

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingeklagen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 35 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kiautschou-Zimmer.

Seit den Tagen, da sich die Völker Europas unter dem Kommando des Weltmarschalls Waldersee zu dem glorreichen Kreuzzuge gegen die Hunnen vereinigen, besitzten wir in Deutschland die Anfänge einer Kolonialarmee: ostasiatische Besatzungsbrigade genannt. Im Verein mit englischen, französischen, japanischen und italienischen Truppen halten deutsche Soldaten die chinesische Provinz Schichü besetzt, um einem Wieder-
ausbruch von Wirren zu begegnen. Für diese Besatzungs-
truppe müssen die deutschen Reichsbürger alljährlich vier-
zehn Millionen Mark aufbringen, eine Summe, deren Höhe
nicht nur in unseren Reihen Befremden und Unwillen erregt hat.
Die Forderung der Regierung ist bisher als ein Pauschale be-
handelt worden; im letzten Jahre strich die Budgetkommission
und, ihr folgend, der Reichstag 3 Millionen der Forderung ab,
um dadurch der Regierung zu erweisen zu geben, daß das
Parlament eine sparsame Wirtschaft und demnächstige Auflösung
der Besatzungsbrigade wünsche. Die Bedeutung dieser Demonstration
wurde freilich alsbald dadurch wieder vernichtet, daß der Centrums-
führer Dr. Spahn der Regierung sagte, es sei nicht so höflich gemeint;
wenn sie mehr Geld, als bewilligt wurde, gebrauche, so solle sie es
nur ruhig ausgeben, denn die Zudemütigung werde ihr das Parlament
gerne gewähren. Das hat sich die Regierung denn auch wohl ge-
merkt und die nicht bewilligten 3 Millionen Mark, bis auf einen
kleinen Rest, schlankweg ausgegeben.

In diesem Jahre nun giebt sich ein Teil der bürgerlichen
Parteien in der Budgetkommission des Reichstages den
Schein, als wolle er den gesteigerten China-Verlust in etwas ernst-
haftere Kritik umfassen. Aber der Regierung erscheint der
russisch-japanische Krieg als neues Moment, um die „Notwendig-
keit“ der Brigade zu behaupten, und die Getreuen der
Kolonialpolitik steuern auf die endgültige Einführung einer
dauernden Kolonialarmee.

Es wird uns über die Beratung der Budgetkommission vom
Freitag berichtet:

Graf Dr. Orla (nat.) erklärte die Zurückziehung der deutschen
Truppen bei der jetzigen Lage in Ostasien als unmöglich, auch Er-
sparnisse ließen sich kaum erzielen.

Die völlige Belanglosigkeit seiner Ausführungen über die poli-
tische Lage und die Aussichten in Ostasien suchte der Staatssekretär
v. Richtigshofen dadurch zu verdecken, daß er um ihre Geheim-
haltung bat; er könne übrigens, so meinte er, in der Be-
urteilung der politischen Lage dem leitenden Staatsmann nicht vor-
greifen. („Leitender Staatsmann“? Scheint auf Wilhelms zu gehen!
D. Red.)

Einem lebhaften Ton schlug der Abg. Baasche in seiner Kritik
an: Die 600 Mann Reserve für die 1000 Mann der Brigade, die
in Kiautschou ständen, bezögen ihre Kriegsgebühren für nichts und
wieder nichts; der Gouverneur wisse mit dieser Truppe gar nichts
anzufangen. In diesem Jahre seien vermutlich nicht nur
die gestrichenen drei Millionen, sondern noch vielmehr aus-
gegeben worden. Lediglich zum Zwecke eines Versuches
habe man 200 Pferde aus Ostasien nach Deutschland
transportiert; überhaupt seien die Transportkosten fabelhaft
hoch. Alle zwei Jahre würde die Mannschaft abgelöst und das
loste pro Kopf jedesmal 675 Mark. Die kaum zu verantwortende
Verschwendung müsse ein Ende nehmen angesichts der Lage
unser Finanzen. Die Wahrung des Budgetrechts des
Reichstages erheische eine Einzelberatung der Positionen; dabei
könne man auch untersuchen, was es mit den vielen Beamten
auf sich habe; man habe sogar „Garnisonaufschreiber“ bei der Bri-
gade. Innerhört sei auch, daß man jetzt das Reich mit 40 000 M.
Transportkosten für die Frauen verheirateter Offiziere belasten wolle.
Dazu liege für das Reich gar keine Veranlassung vor.

Nachdem der Geheimrat Tweste einige Andeutungen über die
muthmaßliche Höhe der in diesem Jahre vorgenommenen Staatsüber-
schreitungen gemacht hatte, fragte der Abg. Müller: „Gulda, wie lange
der jetzige Zustand noch dauern solle? Bisher habe man darüber und
über die internationalen Abmachungen nur allgemeine Redensarten
gehört. Ebenso über die Interessen, die Deutschland in China zu
verteidigen habe. Auffallend sei doch, daß die Amerikaner
ihre Truppen längst aus China zurückgezogen hätten; es scheine
ihm, als ob die Deutschen die Polizeitruppen für die ganze Welt ab-
geben sollten und als ob sie überall dabei sein
müßten, wo etwas los wäre. Er habe das Bedürfnis,
einmal frei von der Leder weg zu reden; auch wenn die Besatzungs-
brigade „vielleicht in acht oder zehn Jahren“ wieder
aufgelöst werde, so bestände doch die Belastung des Reiches durch
den Pensionsetat fort; schon 1901 seien dafür 300 000 M. gezahlt
worden, 1902: 1 047 000 M., 1903: 1 528 000 M. und für 1904 seien
1 872 000 M. gefordert. Das sei eine erschreckende
Steigerung; in zehn Jahren würde bei gleicher Pro-
gression der Pensionsetat für Ostasien fast zehn Millionen
Mark betragen. Die Hälfte der Mannschaften käme invalide
zurück, die Mehrzahl von diesen Pensionsanwärtern sei syphilitisch
geräthet. Das gäbe einen düsteren Ausblick auf die Zukunft. Es
wäre besser, wir wären niemals nach Ostasien gegangen. Das ganze
Unternehmen sei ohne Zustimmung des Reichstages entriert worden
und am liebsten möchte er gar nichts bewilligen. (Er hat es
aber doch! D. Red.) Die Transportkosten seien haarsträubend;
jeder Mann koste über 1000 Mark, die Offiziere noch
viel mehr; in Ostasien verurache uns jeder Mann pro Jahr netto
5000 Mark Kosten. Der zweijährige Befehl der Mannschaften sei
viel zu teuer, man solle wenigstens die Kapitulationen auf längere
Zeit abschließen. Die Pensionen dürften nicht auf den ordentlichen
Etat abgehoben werden, damit man immer sehen könne, was die
ostasiatische Geschichte dem Reiche kostet.

Vergeblich verurtheilte der Staatssekretär v. Richtigshofen diese
Anlagen zu erschüttern; die Vertretung Deutschlands sei seinen
Interessen angemessen, Deutschland sei keineswegs überall dabei, die
Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der ostasiatischen Besatzungs-
brigade sei zeitlich nicht beschränkt; wenn die Amerikaner

aus China abgezogen seien, so deshalb, weil sie auf den Philippinen
ein Heer hätten und keinen Angriff auf ihre Küsten zu fürchten
bräuchten.

Der General Sigt v. Armin versuchte die Besatzungsbrigade
militärisch zu „rechtfertigen“ und bestritt im besonderen, daß die
Bezahlung der Offiziere und Mannschaften das Notwendige über-
steige. Man sei jetzt schon bestrebt, die Abstellungen zu vermindern
und die Mannschaften zu längeren Kapitulationen zu ver-
anlassen. Ihm schloß sich später der Kriegsminister v. Einem an:
Das Leben sei in Ostasien sehr teuer, die gesellschaftlichen
Verpflichtungen und der kameradschaftliche Verkehr mit Offizieren
fremder Truppen kosteten sehr viel Geld; da die Leibbesoldungen
unbedingt notwendig seien, müßten sich die Offiziere neben der Uniform
noch teure Sportanzüge halten; um Sprachen zu lernen, müßten
sie teuren Sprachunterricht nehmen. Wenn die Theuerungungs-
zulage verringert würde, dann sei es unmöglich, daß die Offiziere
Ersparnisse machten, und das wünsche mancher Offizier. Der er-
wähnte Werdetransport sei nicht lediglich zu Versuchszwecken gemacht
worden, sondern auch deshalb, weil man in China Schnupftabak für
die überflüssigen Pferde geboten habe.

Ein offenes Wort sprach der Abg. Dr. Krendt (l.). Er nahm
alle Klagen über die ostasiatische Brigade als begründet an
und meinte, die Schäden lägen am System. Wir müßten
eine Kolonialarmee schaffen. Die zahlreichen Aufgaben, die an uns
heranträten, machten das zur zwingenden Notwendigkeit. Jetzt seien an
der Expedition nach Südwestafrika drei Verwaltungen beteiligt,
das Durcheinander sei unerträglich und werde durch Schaffung einer
Kolonialarmee aus der Welt gebracht. Gerade vom Standpunkte
der Sparbarkeit aus sei sein Vorschlag der beste.

Die Worte des Abg. Krendt zeigen, wohin die Reise geht. Nur
muß er erst einen suchen, der ihm glaubt, daß durch die
Schaffung einer Kolonialarmee die Zustände besser würden.
Das gerade Gegenteil ist der Fall. Da diese Angelegenheit
vermutlich beim Kolonialrat noch ausgiebiger behandelt wird,
so wird sich dann Gelegenheit finden, darauf noch näher
einzugehen. Für heute wollen wir nur feststellen, daß die jetzige
Kritik der bürgerlichen Parteien der Ausdruck des ostasiatischen
Klagenjammers ist, der sie nicht betroffen hätte, wenn sie nicht
früher alle Vorherfahrungen der Sozialdemokratie in den Wind ge-
schlagen hätten.

Krieg dem Kriege! Krieg der zarischen Selbstherrschaft!

Das ist die Stimmung der weitesten Kreise in Rußland, die
dem Zarismus immer drohender wird. In letzter Zeit hat sich der
Händstöß gegen die zarische Regierung in gewaltiger Menge
angefammelt. Druß erzeugt Gegenruß — und die russischen Revo-
lutionäre bleiben die Antwort nicht schuldig. Die Thatsachen,
die hierfür sprechen, häufen sich täglich detartig an, daß wir nur die
allerwichtigsten mitteilen können.

Selbst in den adligen und in den großbürgerlichen Kreisen, die
in den Landschaften vertreten sind, machte sich seit längerer Zeit eine
Opposition gegen die Regierung geltend. Die liberalen Landeshofen
versuchten vor allem auf dem Schulgebiet einige Reformen durch-
zuführen. Man entließ die Gelehrten aus dem Lehramt und setzte
junge Lehrer ein. In Twer führte die Angelegenheit zu einem
Konflikt. Die Regierung löste einfach die Landschaft auf, hob das
Wahlrecht für drei Jahre auf und ließ die Landschaft
durch ernannte Vertreter weiter „wirken“. Außerdem wurde
dem Gouverneur die Befugnis zugesprochen, die Mitglieder der Land-
schaft einfach aus dem Bezirk zu verbannen. Die Landschaft in
Moskau wurde, als sie in einer unterthänigen Adresse auch die
Durchführung von Reformen forderte, kurzerhand aufgehoben. Jetzt
geht das Ministerium daran, die minimalen Befugnisse der adligen
Landschaften auf den Nullpunkt zu beschränken. Die Opposition
hiergegen wächst in den beteiligten Kreisen
ständig.

Und auch innerhalb der Völkerschaften, in deren Mitte bisher
kein größerer Widerstand gegen die zarische Regierung zu bemerken
war, entwickelt sich jetzt eine prächtige sozialdemokratische Volks-
bewegung. In den baltischen Provinzen waren es bisher die Letten,
welche dem Zarismus keine Schwierigkeiten bereiteten und auch von
der Regierung mit Vorliebe als Sturmbod gegen die deutsche Be-
völkerung der Provinz ausgenutzt wurden. Jetzt ist es ganz anders.
In vielen Tausenden von Exemplaren wurde bei der letzten Aus-
hebung ein Aufruf des „Revolutionären Vereins der
Rekruten“ verbreitet, der gegen den Militarismus gerichtet ist und in
dem Rufe: „Nieder mit dem Absolutismus!“ auslingt. Ähnliche Aufrufe werden an die ländliche Bevölkerung verbreitet
und sind von dem „Landarbeiter-Komitee der lettischen Social-
demokratie“ unterzeichnet. In Mittau hat eine große Straken-
demonstration gegen die Renierung stattgefunden, die von einer
Kompanie Soldaten auseinander gesprengt wurde. In Riga fanden
wiederholt Demonstrationen anlässlich der Begräbnisse der Genossen
statt, besonders bei dem Leichenzuge eines von Polizisten
getöteten Arbeiters. Die sozialdemokratische Bewegung
beht sich immer mehr auf die Dörfer aus.

Noch viel lebhafter tritt die Bevölkerung in den Kreisen auf,
die von der sozialdemokratischen Bewegung schon seit langen berührt
sind. In Waku, dem bekannten Ort der Petroleumfabrikation, in
dem im vorigen Jahre mehr denn eine Gewehrsalve gegen die streifenden
Arbeiter trachte, entwickelten die Parteigenossen jetzt eine fieberhafte
Thätigkeit. Vor kurzem wurde die geheime sozialdemokratische Drucker-
ei von der Gendarmerie gefaßt, wobei einige Genossen verhaftet wurden.
Im Theater wurden lebhafte Aufrufe verbreitet, die mit dem Rufe:
„Nieder mit dem Absolutismus!“ schlossen. Die fort-
währenden Verhaftungen rufen das lebhafteste Interesse und die

Sympathie der Bevölkerung für die Sozialdemokratie hervor. Eine
neue Geheimdruckerei der russischen sozialdemokratischen Partei hat
bereits ihre Thätigkeit begonnen. Die Cruzier nehmen an der Be-
wegung regen Anteil. Die neugegründete armenische Socialdemo-
kratie verbreitet einen Aufruf in Wassen, in dem zum General-
streik aufgefordert wird. Diese revolutionäre Bewegung am
Kaukasus hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Die
gruzischen Bergvölker haben ja seit jeher der russischen Eroberungs-
politik bei der Verteidigung der Selbständigkeit ihres Landes
tapferen und hartnäckigen bewaffneten Widerstand geleistet. Außer-
dem ist zu bedenken, daß Waku an einem Punkt gelegen ist, der bei
der Auflösung der armenischen Frage in der Türkei eine eminente
strategische Bedeutung besitzt.

Selbst aus Sibirien, dem großen Gefängnis, kommen Nach-
richten, die für das Zarat recht bedenklich sind. Wir haben schon
vor längerer Zeit gemeldet, daß sich in Sibirien eine revolutionäre
Organisation aus den politischen Verbannenen und aus den Industrie-
Arbeitern gebildet habe. Wie weit die revolutionäre Agitation vor-
geschritten ist, dafür zeugt die Thatsache, daß zuletzt ein Waku-
hofs-Vorsteher aus dem Gouvernement Tomsk nach Ost-
Sibirien verbannt wurde, weil er öffentlich „Nieder mit dem
Zarismus!“ gerufen hatte. In Tomsk wurden lebhafte 30 bis
40 Personen eingekerkert. Die Regierung greift auch hier zu dem
bewährten Mittel, die Arbeiterbewegung von ihrem Wege durch Ver-
anstellung von Judenmeyerleien abzulenken. Ein solcher
Verlust in Tomsk scheiterte an dem festen Widerstand der Arbeiter-
schaft. Die Regierung weist nun aus Tomsk und Jakutsk
Hunderte von jüdischen Familien aus, die damit schuldig dem Elend
überliefert werden.

Und nur allzu selbstverständlich ist es, daß es in dem alten
revolutionären Herd — in Rußland-Polen — in der Arbeiter-
schaft und in der Bauernschaft förmlich gärt. Die „patriotische“
Kundgebung, die etwa 100 russische Bauernsöhne in Warschau
veranstaltet haben, hat die Bevölkerung vollständig überrollt.
Um so größer ist die Empörung dagegen. Die Studenten-
schaft der Warschauer Universität plant eine große Kund-
gebung gegen die Regierung. Die Warschauer Arbeiter sind
fest entschlossen, eine zweite Demonstration dieser Art auf den
Straßen von Warschau nicht zuzulassen. Die Nachrichten von
den japanischen Erfolgen wurden von der Warschauer Bevölkerung
mit einer Begeisterung sondergleichen aufgenommen. Diese
Stimmung hat in den polnischen aristokratischen Kreisen
eine wahre Panik hervorgerufen. Die traditionellen Zaren-
diener fürchten nicht nur antizarische, sondern vor allem
socialistische Arbeiterunruhen. Zahlreiche Personen
aus der Aristokratie haben bereits Warschau verlassen. Vor
einigen Tagen haben massenhafte Verhaftungen stattgefunden. Eine
jüdische Arbeiterversammlung von etwa 60 Personen wurde fest-
genommen, weiter wurden zahlreiche Gymnasiasten und Handels-
schüler verhaftet, ferner Leute aus der Fachintelligenz, darunter
mehrere Frauen.

Nach neuesten Meldungen von Personen, die Warschau kürzlich
verlassen haben, mehren sich die Verhaftungen alltäglich. Es giebt
fast keine Familie, die nicht von einer Hausdurchsuchung oder einer Ver-
haftung betroffen wäre, die nicht irgend einen Angehörigen in der
Citadelle hätte. Das Spitzelsystem ist derart entwickelt worden, daß
eine verdächtige Person von drei Spitzeln bewacht wird.

Schließlich wollen wir wieder die Stimme eines russischen
socialistischen Organs anführen, welche eine wertvolle Ergänzung der
vorstehenden Thatsachen bildet. Es ist die soeben erschienene
Nummer der „Newolucionnaja Rossia“, des Organs der
revolutionären Socialisten, aus deren prächtigem Artikel über den
Krieg wir nachstehendes hervorheben:

„Bei dieser ganzen Orgie der Zerstörung in beiden Ländern
werden nur zwei harmonische Stimmen vernommen, die aber
durch den Kanonendonner, die Schüsse der Schnellgewehre, das
Röcheln der Verwundeten und Sterbenden und die Zeitungsgläsen
überdünnt werden.“

Die zwei Stimmen seien die der japanischen und der russischen
Socialdemokratie. Nachdem der Artikel die Stellungnahme der
japanischen Genossen hervorgehoben hat, wird fortgesetzt:

„Wir russische Socialdemokraten sind getreu den Grundsätzen
der internationalen Socialdemokratie gegen jeden Krieg und umso
mehr gegen einen Krieg, welcher — wie der gegenwärtige —
durch die abenteurliche und verbrecherische Politik der zarischen
Regierung hervorgerufen worden ist. Die russische Regierung hat
— die Menschheit mit der Komödie der Haager Konferenz (Cam-
Ios betrügend) — die Politik des Raubes fortgesetzt; die Regierung
hat das Vermögen des Volkes gedankenlos verpulvert und nun ist
sie bereit, ebenso gedankenlos das Blut des Volkes zu vergießen.
Und für dieses größte Verbrechen an dem Rußland der Arbeiter,
an dem Rußland des Volkes, brandmarken wir das zarische Ruß-
land samt aller seiner freiwilligen und bestochenen „patriotischen“
Verteidiger. Hierin sind wir eins mit dem ganzen denkenden,
von wilden Instinkten unberührten Rußland.“

Aber die zarische Stimme hat sich für die Krieg ausgeprochen —
und die Stimme des Volkes hat keiner gehört. Aller geistlichen
Mittel beraubt, um die zarischen Anschläge gegen den Frieden und
das Wohlergehen des Volkes zu hemmen, konnten wir das, was
geschehen ist, nicht verhindern. Unse ganze Seele legen wir ab
in dem leidenschaftlichen Ruf an alle unsre Genossen: Im Namen
des Volkes, im Namen der Arbeiter Rußlands, im Namen der
Menschlichkeit — „unerbittlicher Krieg dem Kriege! unerbittlicher
Krieg dem Schuldigen des Absolutismus!“ Wäge das Blut, das
in diesem Zusammenstoß der Völker vergossen wird, auf sein
Haupt fallen! Wäge der Absolutismus in den Strömen von Blut
ertrinken!

Nieder mit dem Absolutismus!
Hoch der Volkswille!“

Jaurès Neutralitätsklausel.

Saint-Étienne, 17. Februar. (Fig. Ver.)

Das von Jaurès im Namen der Kommission vorgelegene (und von ihm verfaßte) Manifest sollte die „gefährliche Improvisation“ der Pariser Delegierten erliegen, die eine kurze Protestresolution gegen den Krieg beantragt hatten, worin der proletarische Standpunkt scharf und recht zum Ausdruck gebracht wurde — auch dem Jaurès gegenüber. Das Manifest Jaurès bewegt sich durchweg im Rahmen der bürgerlichen Friedensliga-Auffassung beziehungsweise — speziell in Bezug auf Frankreich und die russische Allianz — im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Kritik. Vergebens sucht man im ellenlangen Manifest nach einer schärferen Andeutung auf die Schuld des Jaurès am Kriege, auf seine Friedenskonferenz-Pötte oder gar erst auf die Gefahr, die er für den internationalen Sozialismus bildet. Dafür bemüht sich Jaurès, die legendären Wirkungen der Friedenspropaganda herauszukehren, trotz des blutigen Dementis des folgenschweren ostasiatischen Krieges.

Das Manifest wird mit diesen Sätzen eingeleitet: „Der zwischen Rußland und Japan ausgebrochene Krieg beweist wieder einmal, daß im gegenwärtigen Zustand der Welt und der Gesellschaft der Frieden schwankend und stets bedroht ist. Das kapitalistische Regime, welches zugleich Klassenengegense und Rivalitäten von nach dem Profit während jagenden Menschengruppen erzeugt, enthält zahlreiche Konflikte und Kriegselemente —, oder vielmehr es stellt dar eine permanente und chronische Kriegs- und Konfliktsmöglichkeit. Es wäre daher eine Tollheit zu glauben, daß es genüge, die Schönheit des Friedens zu proklamieren und schiedsgerichtliche Institutionen anzubahnen. Außerdem und vor allem muß noch das organisierte Proletariat der ganzen Welt durch Erhebung einer weiten gemeinsamen Forderung ein Gegengewicht bilden gegen die verdeckten oder offenen Kriegskräfte, die der Kapitalismus in seinem Schoße birgt. Die sozialistische Harmonie der menschlichen Interessen muß den gewaltsamen Zusammenstoß der kapitalistischen Konkurrenz erliegen, um auf der Welt den Frieden und die Gerechtigkeit zu sichern. Und es ist die wesentliche und permanente Pflicht des Proletariats, national und international die reichende Macht (un suffisant pouvoir) zu erringen, um den Frieden unter den Menschen festlegen zu können. — Wenn der Krieg im Regime des Kapitalismus, der Konkurrenz und des Profits eine chronische Möglichkeit und eine stete Versuchung ist, so ist er doch keine unerlöbliche Katastrophe. Schon jetzt hängt es von der Einsicht der Völker, von der Weisheit der durch das Proletariat beeinflussten Demokratie ab, die Konflikte zu verhindern oder wenigstens ihre Wirkungen einzudämmen.“

Letzteres in Bezug auf den ostasiatischen Krieg zu erreichen, so heißt es weiter, das wäre „ein hervorragendes Interesse der Welt, Frankreichs, des unerschrockenen und französischen Proletariats“. Die französischen Sozialisten wären in einer besonders schwierigen Lage wegen der Geheimtätigkeit der französischen Diplomatie in Bezug auf die russische Allianz, die zu entschleiern sich die sozialistische Partei seit zehn Jahren vergeblich bemüht: „Wir protestieren wieder einmal gegen die unerträgliche, allen Grundgesetzen des öffentlichen Rechts in einer Demokratie widersprechende Annahme, das Land in Lebensfragen zu binden, ohne daß es dazu einwilligt, ja, ohne daß es die in seinem Namen willkürlich übernommenen Verpflichtungen auch nur kennt.“

Die diplomatische Geheimtätigkeit habe zweierlei verderbliche Folgen gezeitigt. Erstens habe sie der chauvinistischen Demagogie ermöglicht, an die Allianz Nebenabschweifungen zu knüpfen und so das Volk in reaktionären Interessen irrezuführen. Zweitens habe die Allianz unter dem Schutz des Dunkels aus Europa nach Asien übertragen werden können. Ursprünglich habe sie nur für den Fall eines Angriffs durch zwei europäische Mächte wegen europäischer Interessen gegolten. Nun aber sei die Allianz durch einen „diplomatischen Staatsstreich“ nach Asien verpflanzt worden — „zum größten Vorteil Rußlands und zum größten Nachteil und zur schwersten Gefährdung Frankreichs“.

Weiter bespricht das Manifest die Tragweite der franko-russischen Abmachung von 1902 in Bezug auf Ostasien. Diese enthalte keineswegs irgendwelche Verpflichtung für Frankreich, in Ostasien zu intervenieren. Trotzdem aber hätten „unvorsichtige oder perfide“ Leute, jener Abmachung einen Sinn zu unterstellen, der über ihre wirkliche diplomatische Bedeutung weit hinausgehe. Frankreich müßte demnach, ohne Rücksicht auf jede präzis vertragliche Bestimmung, in allen Fällen und mit allen Mitteln die verbündete Regierung unterstützen.

Nach einem Hinweis auf die großen Dienste, die Frankreich bereits der russischen Politik in Ostasien geleistet hat, betont das Manifest die schwere Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Frankreich und England: „Die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Frankreich und England ist also der beste Schutz für den Weltfrieden und eine notwendige Würdigung für die Zivilisation. Diejenigen, die über die seit einigen Jahren gemachten Bemühungen zu Gunsten des Friedens spotten, vergessen oder geben sich den Anschein zu vergehen, daß, wenn der russisch-japanische Krieg Europa in einem Konfliktzustand, England und Frankreich in einem Zustand gegenseitigen Mißtrauens überrascht hätte, ganz Europa jetzt in Plänen hände. Es ist die Friedenspropaganda, die Propaganda des Schiedsgerichtswesens und des herzlichen Uebereinkommens, die den Krieg hat eindämmen können.“

Frankreich wolle den Frieden. Niemand werde es wagen, offen und direkt diesem Willen entgegenzuhandeln. Die Gefahr liege in verdeckten Intrigen, in der tendenziösen Stimmungsmache seitens der Presse, die darauf abziele, Frankreich allmählich zu einer kriegerischen Einnischung vorzubereiten: „Wir warnen“, so schließt das Manifest, „das Proletariat, die Sozialisten, alle Franzosen, die um Frankreich besorgt sind, vor allen Uebereilungen und allen Tüden. Wir wollen den Frieden aufrecht erhalten und sichern und wir werden jeder offenen oder verdeckten Kriegspolitik eine kluge und unabänderliche Festigkeit entgegenstellen.“ Wir erklären wieder einmal den Krieg dem Kriege, dieser letzten Diversion und letzten Hoffnung der Reaktion. Und im befestigten Frieden wollen wir am notwendigen Werk der sozialen Gerechtigkeit arbeiten.“

Jaurès Manifest läuft also nicht auf die Forderung einer Kündigung der russisch-französischen Allianz überhaupt hinaus, sondern nur auf Beobachtung strikter Neutralität während des Krieges. Es ist deshalb unso unverständlich, daß nach Pariser Telegrammen die radikale (bürgerliche) Linke durch das Manifest in so große Aufregung versetzt worden ist. Diese Kammergruppe habe beschlossen, für den Fall, daß Jaurès die Frage des Russenbündnisses in der Kammer zur Sprache bringe, eine Tagesordnung anzunehmen, welche erklärt, daß Frankreich unter allen Umständen dem Bündnis treu bleibe und Rußland in wärmster Freundschaft anhängen. Diese Tagesordnung werde der demokratischen Vereinigung und der radikal-sozialistischen Linken mitgeteilt werden, damit sie ihr beitreten. Sie solle der Beschluß des ganzen Blocs, mit Ausnahme der Sozialisten werden. Die Haltung der radikalen Linken erregte bei den Nationalisten lauten Jubel, sie sähen den Bloc bereits gespalten und das Kabinett Cambes gestürzt.

Wir glauben, daß die russophilen Heißhörner der Linken doch wohl noch etwas Wasser in den Wutli ihrer „unbedingten“ Russenbegeisterung gießen werden. Haben die französischen großen und kleinen Kapitalisten auch Rußland 6-7 Milliarden leistungsmäßig gerumpelt — ein Weltkrieg wäre doch eine nicht minder löstliche Affaire. Wahrscheinlich wird man, wenn man die Sache beschlafen hat, das wahrlich nicht extreme Manifest Jaurès wesentlich kühler beurteilen.

Ein neuer Angriff auf Port Arthur?

London, 19. Februar. Aus Tschifu wird gemeldet, eine dafelbst eingetroffene chinesische Barke berichtet: Ein vierter Angriff

auf Port Arthur habe seitens der Japaner stattgefunden. Die japanische Flotte bombardierte den Hafen und die Festungswerke, während andre Schiffe nördlich von Port Arthur verjagten, Truppen zu Lande. Das Gefecht habe vier Stunden gedauert. Das Resultat sei bisher noch nicht bekannt. Weiter wird aus Tschifu berichtet, Chinesen behaupten, in Port Arthur sei eine Feuerbrunst ausgebrochen. Bei einem Seegefecht vor Port Arthur seien zwei japanische Kriegeschiffe von den Russen in Brand geschossen.

Beginn der Landkämpfe am Yalu-Fluß.

Paris, 19. Februar. Aus Tschimuipo wird berichtet: Am Yalu-Fluß fand ein Vorpstoßengefecht statt. Die Russen stießen hierbei auf bedeutende japanische Streitkräfte und mußten sich zurückziehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar.

Reichstag.

Herr v. Gerlach gab heute dem Staatssekretär Kraetke die erwartete Antwort auf seine neuartigen Anzuspinnungen. Wahrscheinlich fühlte sich das jetzige Mitglied der freisinnigen Vereinigung als ganz besonders schlauer national-sozialer Taktiker, als er nicht unbedingt Rede- und Koalitionsfreiheit für die Postbeamten forderte, sondern ganz beiseiden um die gütige Erlaubnis des gnädigen Herrn Kraetke für einen lokalen Verband der unteren Postbeamten bat.

Aber die kraftvollen reaktionären Instinkte dieses Kollegen des Grafen Poladowsky ließen sich nicht einschläfern. Dadurch daß Herr v. Gerlach einmal die Postbeamten auf den Schutz des Reichstages verwiesen hat, hat er die Autorität des Herrn Staatssekretärs untergraben und sich für alle Zeiten um dessen Gunst gebracht. Jedenfalls gab dieser Angriff Herrn Kraetke eine schöne Gelegenheit, den vollen Umfang seiner absolutistischen Neigungen zu zeigen. Schon die Selbstverteidigung und empfindlich waren überaus charakteristisch. „Von einem Koalitionsrecht der Postbeamten kann überhaupt nicht die Rede sein.“ „Die Teilnahme an ausübenden Versammlungen kann den Postbeamten nicht gestattet werden.“ Für Herrn Kraetke ist es auch ganz natürlich, daß man einen Beamten aus dem Dienste jagt, der die unansehbare Wahrheit ausgesprochen hat, daß bei der schändlich geringen Befoldung der Hilfsbeamten diese auf ein Schmalzbrötchen als Mittagbrot angewiesen seien. Natürlich fand Herr Kraetke, besonders wo er gegen Herrn v. Gerlach persönlich ausfallend wurde, die lebhafteste Zustimmung der bürgerlichen Parteien, die freisinnige Vereinigung ausgenommen. Aber zu lauten Jubelrufen steigerten sich Beifall und Begeisterung der Rechten erst, als Herr Kopisch im Auftrage des Abgeordneten Richter gegen Herrn v. Gerlach loszog. Der rüde Ton, den Herr Kopisch anschlug, und die ständigen Verdächtigungen des Herrn v. Gerlach als einen ehemaligen Antisemiten sichern diesem die Sympathie aller antändigen Leute, so fern sie auch seiner politischen Meinung stehen mögen. Eine harmlose, beiläufig gemachte Bemerkung des Herrn v. Gerlach über die „freisinnige Zeitung“ hatte den neuen Rektor aller Deutschen herausgefordert: Er „schüttelte“ Herrn v. Gerlach so gründlich ab, daß der Präsident seinen heiligen Eifer zügelte mußte. Dabei predigte er die Weisheit, daß die Sozialdemokraten Herrn v. Gerlach wegen seines Sozialismus und die Liberalen ihn wegen seines Liberalismus nicht mögen. Den sachlichen Unterschied zwischen den beiden Richtungen der freisinnigen Parteien präzisierete Herr Kopisch dahin, daß Herr v. Gerlach nach unten heben, seine Partei „nach oben“ überzeugen wolle. Dieser kann der unentwegte Liberalismus nicht sinken! Selbst Herr Stöder ist für diese Art „freisinniger“ Abgeordneter schon ein „berehrter Kollege“ geworden. Der ehemalige Hofprediger hat seit dem Frankfurter Kongreß neue Hoffnung auf die „Gesundung Deutschlands“ gefaßt: er träumt wieder von großen christlich-sozialen Arbeiterverbänden, mit denen er die Sozialdemokratie überwinden will. Mit diesem edlen Hintergedanken begeisterte er sich auch heute für das Koalitionsrecht der Postbeamten.

Vor und nach diesen Zwischenfällen brachte eine Menge von Abgeordneten zum großen Teil nur allzu berechtigte Beschwerden und Abänderungsvorschläge in Bezug auf den Postbetrieb vor. Besonders bemerkenswert sind die Mitteilungen unfres Genossen Jubel über die elenden postalischen Verhältnisse in Johannisthal. Der Staatssekretär stellte nur eine einzige Reform in Aussicht. Er will das Postgeld in den Städten nicht billiger sein lassen, als das auf dem Lande. Ganz leise deutete er auch an, daß die Verwaltung im Interesse gesicherter Ueberschüsse den billigen Ortsverkehr abschaffen möchte. Wie harmonisch paßt das zu seiner Rückständigkeit auf dem Gebiete der Socialpolitik!

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag die Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung beendet und das Gehalt des Ministers bewilligt. Noch einmal wiederholten die Redner der verschiedensten Parteien ihre Vorschläge zur Hebung des Mittelstandes, noch einmal ergingen sie sich in langatmigen Betrachtungen darüber, was das Anwachen der Sozialdemokratie verursacht habe. Bemerkenswert ist einzig und allein eine Rede des Ministers Möller über die Konflikte zwischen Ärzten und Krankenkassen. So sehr sich der Minister Möller bemühte, den Schein der Unparteilichkeit zu erwecken, ließ er doch durchblicken, daß er auf Seiten der Ärzte stehe, auf deren Privatbriefe er sich zum Teil stützt. Die ganze Bewegung betrachte er als eine Rendantenfrage, nicht als eine Frage der Klassen, und er hat die untergeordneten Organe angewiesen, bei drohenden Ärztefeiern rechtzeitig einzugreifen.

Das wichtige Kapitel der Gewerbe-Inspektion wurde in Knapp 5 Minuten erledigt. Ein Redner ermahnte den Minister, die Gewerbeämter besser zu besolden, ein anderer forderte für eine Stadt seines Wahlkreises eine besondere Inspektion, und damit war die Debatte erschöpft. Selbst die Freisinnigen, die in den letzten Jahren wenigstens den schwachen Anfang zu einer Reform unserer Gewerbe-Inspektion gemacht hatten, indem sie die Anstellung von Assistenten aus dem Arbeiterstande und die Hinzuziehung von Frauen in vermehrter Anzahl verlangten, schwiegen sich diesmal an. Die Wahlen sind ja vorüber.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Vörsendebatte, die durch den Abg. Dejer (fr. Bp.) eingeleitet wurde. Minister Möller stellte eine Aenderung des Vörsengesetzes (Verbot des Differenzgewandes) in Aussicht, erklärte aber, daß von einer Aufhebung des Verbots des Terminhandels, die der freisinnige Redner im Verein mit einer Beseitigung des Differenzgewandes gefordert hatte, nicht die Rede sein kann. Abg. Febr. v. Bedlich (fr.) schlug im Einverständnis mit seinen Fraktionsfreunden — seine Angriffe gegen die Socialpolitik

des Reichstages hat er, wie er ausdrücklich erklärte, nur für seine eigne Person gerichtet — die Zulassung des Differenzgewandes für Personen mit nicht mehr als 3000—5000 M. Einkommen vor.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Die russisch-administrative Politik der preussischen Regierung, die in dem polnischen Ansiedlungs-Gesetzentwurf den Gipfel dreifacher Mißachtung der Grundrechte des Staates und des Reiches erreicht, findet bisher in der bürgerlichen Presse keine Beachtung, obwohl hier doch wahrlich Anlaß zu gemeinsamem, schärfstem Protest wäre.

Nur die Centrumsblätter schließen sich unserer Kritik an. Die „Germania“ schreibt:

„Wäre es nicht einfacher und deutlicher gewesen, im § 15b offen herauszusagen: „Den Polen soll die Ansiedlung in den Provinzen Posen und Westpreußen verweigert werden?“ Denn darauf läuft doch diese ganze Ausnahmestimmung im § 15b des neuen Gesetzentwurfs hinaus.“

Ist aber diese Ausnahmestimmung mit der Verfassung vereinbar? Der Verfasser der Begründung geht über diese Frage schweigend hinweg. Und doch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der § 15b mit der Verfassung in Widerspruch steht, insbesondere mit dem Grundsatze des Artikels 4 der preussischen Verfassung: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich.“ In diesem Grundsatze der preussischen Verfassung werden die bürgerlichen Rechte vom Staate unterschiedslos jedem Staatsangehörigen wegen seiner rechtlichen Eigenschaft als Teilnehmer der Staatsgenossenschaft gewährt.“ (Die Verfassungsurkunde für den Preussischen Staat, Kommentar von Dr. E. Schwarz S. 50) und ferner kommt hier Artikel 3 Absatz 1 der Reichs-Verfassung in Betracht, wonach das Reichs-Indigenat den Angehörigen eines Bundesstaats ein Grundrecht gewährt zum „festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Aemtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechts und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte.“ Ferner heißt es in Art. 3 Abs. 2: „Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnis durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.“ Wenn also den Polen in den Provinzen Posen und Westpreußen durch eine Ausnahmestimmung das allen Preußen zustehende Recht zur Erwerbung von Grundstücken verweigert werden soll, wenn die bürgerlichen Rechte in dieser Hinsicht für die Polen aufgehoben oder von dem Gutdünken eines Beamten abhängig gemacht werden sollen, so ist das eine verfassungswidrige Rechtsbeschränkung.

Recht muß Recht bleiben, ruft die „Germania“ aus. Sehr schön. Aber nachdem das Centrum erkannt hat, daß das preussische Gesetz das Reichsrecht auf das schändlichste verfehlt, ist mit solchen Deklamationen nichts gethan. Hier ist die Grenze des zu Tuldenden erreicht. So darf es nicht weiter gehen. Wozu ist das Centrum die regierende Partei im Reich, wenn es seine Macht nicht anwendet, um die Regierung zur Befolgung der Grundrechte zu zwingen. Das Centrum mache einmal Ernst. Der Anlaß ist wahrlich wichtig genug, einen wichtigeren kann es nicht geben. Es vertweigere in Reichstag dem Reich die Mittel so lange, bis die verbündeten Regierungen die Minister der Sächsischen Sparlotterie zwingen, ihren Einbruch in das Reichsrecht aufzugeben und zu sühnen. Gäbe es ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, so müßte gegen das Ministerium die Anklage erhoben werden! —

Eine offenbar irrige Russen-Meldung

verbreitet die „Königsberger Hartungische Zeitung“. Nach einer ihr aus Berlin zugegangenen Mitteilung sollen Massenausweisungen russischer Staatsangehöriger seitens der preussischen Behörden beabsichtigt sein. Diese Ausweisungen sollen „gewissermaßen als Antwort auf die Beschwörungen“ dienen, mit denen sich russische Studenten neuerdings an einen Teil der Presse gewandt hatten. Die Minister des Innern und der Justiz sollen dann ihr Vorgehen mit umfangreichem Material vertreten wollen.

Daß die preussischen Minister auf die gegen ihre Behörden erhobenen Anklagen antworten, ist sehr erforderlich. Es scheint nur, daß ihre Antwort sich in das Dreiklassen-Parlament flüchten wird und dem Reichstag ausweichen will, wo doch die Anschuldigungen erhoben wurden.

Unglaublich aber ist es zunächst, daß die Minister „als Antwort“ auf die sehr gemäßig gehaltenen Abwehr, zu der sich die russische Studentenschaft durch die falschen und beleidigenden Ausweisungen des Staatssekretärs v. Nitschhofen genötigt sah, den niedrigsten Kackeplan planen könnten. Nicht allein die empörende Ungerechtigkeit eines solchen, jeder sachlichen Begründung entbehrenden Verfahrens wird die Minister hindern, sondern auch die Erkenntnis, daß ein derartiger schwachvoller Nachseht im deutschen Volke sowie im Reichstage eine Stimmung hervorrufen müßte, vor der auch preussische Minister zurückschrecken —

Der gehauchte Geißliche. Die preussische Polenpolitik schon selbst nicht die sonst so unmissgünstigen edelsten Herren der Kirche. So berichtet die „Volks-Zeitung“ aus Posen, daß dort bei dem Geißlichen Rat Kos eine Hausjuchung veranstaltet wurde. Die Polizei verlangte Einsicht in die Bibliothek des katholischen Lehrkräckervereins, dessen Patron der Geißliche Kos ist. Da sich die Bibliothek nicht in der Privatwohnung des Geißlichen Kos befand, sondern im katholischen Vereinshaus neben der Dominikanerkirche, so wurde auch dort Hausjuchung abgehalten. Wie der „Dziennik Bozanski“ mitteilt, war die Hausjuchung so gründlich, daß auch alte Protokollbücher, die Vereinsjuchungen usw. durchsucht wurden. Gesucht wurde nach dem polnischen Liederbuche, das im Verlage von Wiedermann erschienen ist. Gefunden wurde nichts. —

Die Wahlreform in Bayern.

Die Kammer der Abgeordneten begann am Freitag die zweite Beratung der Wahlreform-Vorlage. Ruedorffer berichtete über die Verhandlungen im Ausschusse; bei denselben hatten Liberale und Sozialdemokraten gegen das Centrum verlangt, daß die Bestimmung des Entwurfs über den Wahlmodus, wonach eine Dreiteiligkeit genügt, beseitigt und absolute Mehrheit vorgeschrieben werde. Ferner forderten bezüglich der Wahlkreis-Einteilung, die bisher durch Verordnung geregelt wurde, nun aber ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes werden soll, Liberale und Bauernbündler Aenderungen bezüglich mehrerer Wahlkreise. Der Minister des Innern Freiherr v. Zeilisch erklärte, die Staatsregierung erachte die Annahme der nach dem Landtage einmütig beschlossenen Grundrissen ausgearbeiteten Vorlage einschließlich der Wahlkreis-Einteilung für dringend wünschenswert. Sie lehne jede Verantwortung für ein etwaiges Scheitern des Gesetzentwurfs ab. Im Falle der Ablehnung des Entwurfs würde die Regierung sich der unangenehmen Aufgabe einer Wahlkreis-Einteilung wieder unterziehen müssen. Dem allgemeinen Wunsch nach Bildung kleinerer Wahlkreise würde auch bei einer künftigen Wahlkreis-Einteilung im Rahmen des jetzt geltenden Gesetzes Rechnung getragen werden.

Geiger (L.): Der Entwurf ist das Produkt des Kompromisses, an dem wir festhalten. Wenn wir den Entwurf damit retten könnten, daß wir bezüglich des Artikels 14 den Wünschen der Liberalen auf absolute Mehrheit nachgeben, so würden wir dies Opfer bringen, aber jetzt verlangen die Liberalen die Aenderung der Wahlkreis-Einteilung als Hauptsache. In diesem Punkte können wir

unter keinen Umständen eine Aenderung zulassen. Die Liberalen wollen nur die Forterhaltung ihrer bisherigen Privilegien. Wenn das Gesetz wegen dieses Punktes nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit findet, wird das Volk wissen, daß die Liberalen aus politischem Eigennutz ihm die sonstigen Errungenschaften des neuen Wahlgesetzes nicht gönnen.

Hammerichmidt (liberal) führt aus, in der Erklärung des Staatsministeriums kam ein großer Teil des Volkes nichts sehen als eine vollständige Kapitulation des Gesamtministeriums vor dem Centrum. (Lärm). Der Wunsch, das Vortreffliche zu behalten, war schwerer als die Rücksicht auf die Vergangenheit. Der Minister ist dem Ansturm der Ultramontanen nicht gewachsen. Noch 1890 erklärte Freiherr v. Feilich, die jetzt geltende Wahlkreis-Einteilung sei gerecht. Heute dagegen finden wir größtes Entgegenkommen gegen das Centrum. Die neue Wahlkreis-Einteilung ist nur eine Festlegung der ultramontanen Mehrheit im Landtag. Das Gesamtministerium ist mit fliegenden Fahnen ins Lager der Ultramontanen übergegangen. Wir aber wollen bei dieser dauernden Festlegung der Centrums-Herrschaft nicht mitwirken, selbst wenn eine Regierung bereit ist, im Falle der Ablehnung des Gesetzes eine Wahlkreis-Einteilung zu feiern, welche die andern Parteien an die Wand drückt. Das Gesamtministerium wirft dem Liberalismus den Behdehandschuh hin. Wir nehmen ihn auf. Redner legt sodann dar, weshalb die Liberalen die absolute Mehrheit statt der relativen verlangen. Hammerichmidt beipflichtet fortwährend den Antrag des Reichsrates Grafen Moy auf Wahlrechts-Beschränkung der Geistlichen. Diesen Antrag nur auf die Geistlichen zu beschränken, halte er für ein Ausnahmengesetz und könne ihm nicht zustimmen, obgleich selbst viele katholische Geistliche den Rückzug der Geistlichen aus der politischen Arena verlangten. Der Versuch, Mittel gegen solche Uebergriffe zu finden, sei berechtigt, aber der Antrag Moy sei unannehmbar. Zum Schluß polemisiert Redner nochmals lebhaft gegen das Centrum und gegen die dauernde Festlegung der Centrums-Mehrheit im bairischen Landtag.

Der Minister Freiherr v. Feilich spricht sein Erstaunen darüber aus, daß Abg. Hammerichmidt aus der Regierungserklärung solche Folgerungen ziehe. Die Erklärung bezwecke nur zu zeigen, daß die Regierung für ein eventuelles Scheitern des ganzen Gesetzes keine Verantwortung treffe; die Regierung halte sich an die früheren Beschlüsse des Landtages. Man könne ihr daher nicht den Vorwurf machen, im Dienste der Centrumpartei zu stehen oder vor ihr kapituliert zu haben. Mit einer Wahlkreis-Einteilung alle zufrieden zu stellen, sei überhaupt unmöglich. — Weiterberatung morgen.

Das Ende des Differenzinwandens. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses benutzte der Abg. Oeser beim Titel „Staats-Kommission der Berliner Wäse“ die Gelegenheit, den Handelsminister zur Aenderung über die Börsengesetzreform heraufzufordern. Die lange Excellenz erklärte, daß in der Demütigung dem Reichstage zugehenden Vorlage, die Erhebung des Differenzinwandens abgeschafft werden würde, während eine Wiederauflösung des Terminhandels für Industriewerte nicht in Aussicht genommen sei, auch nicht für die beschränkte Gruppe der sogenannten Montanaktien.

Die Reform läuft also wieder auf eine halbe Maßregel hinaus. Der Differenzinwand hat allerdings so derartigen widerlichen Erscheinungen geführt, daß er sich nicht so mehr aufrecht erhalten läßt, trotzdem war er bisher immerhin dasjenige Mittel, das noch am meisten die Spekulationslust zügelte. Fällt er, dann hat die Aufrechterhaltung des Terminhandels-Verbots für Industrie-Aktien kaum noch einen Zweck, da dann nach Beseitigung der heute drohenden Gefahr das Verbot noch häufiger umgangen werden wird als jetzt. —

Eine Mittelmeerreise will der Kaiser in nächsten Monat antreten, jedoch nur dann, wenn — wie die „Allgemeine Ztg.“ beruhigend hinzufügt — wenn nicht ungewöhnlich wichtige politische Ereignisse ihn daran hindern sollten. Was ist „ungewöhnlich wichtig?“ —

Staatsmittel für Arbeiterwohnungen. Dem Abgeordnetenhause ist ein Gesuchentwurf zugegangen, durch den die Regierung zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Staatsbeamten einen Kredit von 15 Millionen verlangt. Im ganzen sind für den genannten Zweck bisher 44 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Diese Summe ist so gut wie erschöpft. Es sind demnach für eigne Bauten 27 1/2 Millionen und zu Darlehen an Genossenschaften und dergleichen 16 1/2 Millionen. Der Hauptanteil davon entfällt auf die Eisenbahnverwaltung; in geringerem Maße sind die Bauverwaltung, die Bergverwaltung und die Verwaltung des Innern daran beteiligt. —

Die Hinterkären des Centrums.

München, 18. Februar. (Eig. Ber.) Durch die Indiskretion des Abgeordneten Dr. Pichler wurde am Donnerstag der Einjährig-Freiwillige des Infanterie-Regiments Rechtspraktikant Josef Eras aus Deigsdorf auf der Anklagebank des Kriegesgerichts der ersten Division Platz nehmen. Eras, ein etwas schwächlicher Mensch, machte schon vor seinem am 1. Oktober 1908 erfolgten Dienstentritt erfolglos Versuche, vom Militärdienst befreit zu werden. Nach seinem Dienstentritt meldete er sich wiederholt zum Arzt, gab an, Schmerzen im Rücken und am linken Arme zu verspüren, die er darauf zurückführte, daß er in früher Jugend einmal beide Arme gebrochen habe. Vom Arzte immer wieder zum Dienste zurückgeschickt, schrieb er an den Abgeordneten Dr. Pichler einen Brief, in dem er dem Abgeordneten sein Leid klagte, daß er von dem Unteroffizier Jena extra exerziert und ahnantiert werde, obwohl er nicht im Stande sei, die Übungen so mitzumachen wie die andern, da er sich in der Jugend beide Arme gebrochen habe. Dr. Pichler hatte nichts Eiligeres zu thun, als diesen Brief gelegentlich einer Sitzung des bairischen Landtages dem Kriegsminister v. Asch einzuhandigen mit der Folge, daß gegen den Verführer, der sich in allzu großer Vertrauensseligkeit an den Centrums-Abgeordneten Pichler wandte, Untersuchung wegen verleumdender Beleidigung eines Vorgesetzten und Verschüßens von Gebrechen eingeleitet wurde.

Der Angeklagte Eras, der schon in der Voruntersuchung seine Angaben erheblich einschränkte, verteidigte sich damit, daß er infolge seiner körperlichen Schwäche vom Arzte zur Vermeidung empfohlen worden war. Nichtsdestoweniger habe er am Querbaum zehnmal auf- und abspringen müssen, das ihm die Hand geblutet habe. Am 10. November, dem Tage, an dem er dem Abg. Dr. Pichler den für ihn verhängnisvollen Brief geschrieben habe, sei er eine halbe Stunde lang mit Chargeübungen geplagt worden, so daß er schließlich nicht mehr konnte. Das sei nach seiner Meinung Ehrlane, wenn er auch dem Unteroffizier kein strafrechtliches Verbrechen zur Last legen wolle. Mit der Stelle im Briefe, „die Sache an geeigneter Stelle zur Würdigung zu unterbreiten“, wolle er gesagt haben, daß Abg. Dr. Pichler einen in solchen Dingen erfahrenen Kollegen befragen möge. Von seinen Eltern will Eras erfahren haben, daß er im Alter von drei Jahren beide Arme gebrochen habe; davon habe er bei der Aushebung nichts gesagt, erst als er beim Exerzieren Schmerzen verspürte, habe er sich gemeldet.

Der Junge Abg. Dr. Pichler deponierte, daß Eras eines Tages im November in sein Zimmer im Landtage gekommen sei und ihm seine Beschwerden vorgetragen habe. Er habe dem Eras erwidert, daß er von militärischen Dingen nichts verstehe, daß er aber bereit sei, sich der Sache anzunehmen. Doch möge Eras seine Beschwerden schriftlich niederlegen, damit ihm (Pichler) nichts aus dem Gedächtnis komme. Als er am andern Tage den Brief von Eras bekommen habe, habe er die Sache dem Kriegsminister erzählt und diesem dann den Brief übergeben, damit er nicht darauf vergesse (!) Dies geschehe sehr häufig, man bespreche die Angelegenheit vertraulich mit dem Minister, damit auf solchem Wege Abschlüsse herbei-

geführt werde. Es habe ihn sehr gewundert und aufgeregt, daß der Minister den Brief amtlich behandelt und weitergab. Das sei sonst nie vorgekommen. Seine Absicht sei nicht gewesen, irgendwelche Untersuchungen herbeizuführen, sondern er habe den Brief vertraulich überreicht, damit er (Pichler) nicht veranlaßt werde, den Fall in der Öffentlichkeit zu behandeln und nach beiden Seiten Unannehmlichkeiten heraufzubeschwören. Der Brief sei von Eras für ihn persönlich geschrieben worden und er habe vorher dem Eras mit keiner Silbe davon etwas erwähnt, daß er davon irgend welchen Gebrauch machen werde. „Von uns Abgeordneten werden derartige Fälle häufig so behandelt (das mag vielleicht für das Centrum gelten. Dr. Ver.) und das wird auch von der Regierung so gewünscht, die froh ist, wenn wir nicht gleich öffentlich mit einer Anfrage kommen, sondern vorher den Versuch machen, die Sache in vertraulicher Form zu erledigen.“ Die Sache habe in Regierungskreisen Aufsehen erregt, weil es bei den andern Ministern auch nicht vorkomme, daß derartige vertrauliche Mitteilungen amtlich behandelt werden. Die den Unteroffizier beleidigenden Ausdrücke habe er nicht so streng aufgefaßt wie der Unteroffizier, der als ungebildeter Mensch keine Ahnung von solchen Fällen habe. Dieser verlange mit militärischer Genauigkeit die Erfüllung des Dienstes, während ein gebildeter Mann im Bewußtsein eines solchen Defektes ganz anders urteile. Auf den Entwurf eines Kriegsgerichtsrats, daß sich der Kriegsminister doch nur bei den betr. Vorgesetzten informieren könne, antwortete Dr. Pichler, daß er dies nicht in amtlicher Form zu thun brauche. (Vorländer: Etwas andres giebt es nicht!) Dr. Pichler: Ja gewiß giebt es das, es ist ein Unterschied, ob ein gewöhnlicher Mensch mit einer Klage an eine Behörde berichtet, oder ob ein Abgeordneter als solcher sich an den Minister wendet. — Verhandlungsleiter: Nach § 197 des Militär-Strafgesetzbuches wäre der Minister sogar strafbar, wenn er die Verfolgung strafbarer Handlungen seiner Untergebenen vorzüglich unterläßt! — Dr. Pichler: Das ist ganz etwas andres. Es ist mir bekannt, daß in einem noch viel schlimmeren Falle der Kriegsminister die Sache unter der Hand erledigte. — Verhandlungsleiter: Haben Sie dem Herrn Minister gesagt, daß Sie ihm die Mitteilung vertraulich machen? — Dr. Pichler: Das weiß ich nicht mehr, doch das versteht sich von selbst. Oberstaatsanwalt Dr. Lisch hat die Arme des Angeklagten Eras mit den Röntgenstrahlen durchleuchtet und keine Anhaltspunkte gefunden, daß früher die Knochen gebrochen waren. Die beiden Vorderarme seien lediglich nach auswärts verbogen gewesen. Eras habe auch über Kopfschmerzen geklagt, ein geistiger Defekt sei jedoch nicht vorhanden gewesen. Junge Centrums-Abgeordneter Dr. Hauber schließt aus dem Briefe, den Eras schrieb, daß er abnorm erregt gewesen sein muß. Mit absoluter Sicherheit könne ein 21 Jahre zurückliegender Knochenbruch mittels Durchstrahlung nicht festgestellt werden. Die Eltern des Angeklagten deponierten übereinstimmend, daß ihr Sohn in früher Jugend den linken Arm gebrochen und am rechten Arm eine stärkere Verletzung erlitten habe. — Der Instruktionsoffizier Graf La Rosa sei sowohl als auch der Unteroffizier Jena wußten selbstverständlich nichts von einer vorchriftswidrigen Behandlung. Letzterer hat, wie er sagte, den Einjährigen Eras extra exerziert, um ihn „nachzubringen“. Oberstaatsanwalt Dr. Friedrich bekundet, daß nach dem Zeugnis des Dr. Göy Eras tatsächlich geistig erkrankt war. Er selbst habe den Angeklagten im Januar beobachtet. Eras verfiel öfters in Muskelkrämpfe, die etwa eine halbe Stunde andauerten. Eine Simulation ist ausgeschlossen. Aber trotzdem ist die Zurechnungsfähigkeit nicht gänzlich ausgeschlossen, doch müsse dies beim Urteil mitberücksichtigt werden. Wegen seiner früheren Geisteskrankheit müsse der Angeklagte dauernd aus dem Heere ausgeschlossen werden. Kriegsgerichts-Rat Binder hielt die Anklage im vollen Umfange aufrecht und beantragte acht Monate Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Urteil lautete für Eras auf vier Monate Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Herr Abg. Pichler habe, wohl in der Voraussetzung, daß ihm in diesem Prozesse keine besonderen Lorbeeren blähen würden, sofort nach seiner Zeugnisaussage den Saal verlassen. —

So weit unser Münchener Berichterstatter.

Der Prozeß, der an den Fall Rehbein erinnert, zeigt, mit welcher Geläufigkeit, aber auch mit welcher Gewissenhaftigkeit das Centrum die Hinterkären der Ministerien benutzte.

Es ist unverantwortlich, daß Herr Pichler, der doch ein Politiker sein will, den Soldatenbrief auslieferte und er hätte sich das Verschweigen unfres mit Zeugniszwang bestrafte Genossen Rehbein zum Muster nehmen sollen, der es strikte ablehnte, ein solches Beweis-dokument der Militärbehörde auszuliefern.

Aber so groß die Leichtfertigkeit des Centrumsführers gewesen ist, so ist das Verhalten des Kriegsministers nicht minder schlimm. Der Brief war ihm offenbar vertraulich mitgeteilt worden, damit er unter der Hand dem Schilling Pichlers beibringe. Der Herr benutzte aber dieses Schriftstück, um dem Beschwerde führenden Soldaten einen Strich zu drehen.

Unser Münchener Berichterstatter ländigt denn auch für die Beratung des Militärretats im bairischen Landtag „ein wenig erfreuliches Nachspiel für den Herrn Kriegsminister“ an.

Aber der Fall zeigt auch, wie richtig die Socialdemokratie handelt, wenn sie es ablehnt, Aufforderungen von Regierungsvertretern, vorgetragene Beschwerden durch Auslieferung von Dokumenten zu beweisen, zu entsprechen. —

Der Majestätsbeleidigungs-Prozeß.

der im September v. J. durch die Verhaftung von drei Redakteuren und eines Metteurs gegen die Leipziger „Rudolstädter und Altenburger Volkszeitung“ eingeleitet worden, stand am Freitag vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts als Revisionsinstanz zur Verhandlung. Das Landgericht Leipzig hatte die Redakteure Lütich, Schöpflin und Hellmann wegen Majestätsbeleidigung zu 6 bezw. 4 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Schöpflin ruht auf Beschluß des Reichstags das Verfahren vorläufig. Herr R.-A. Dr. Drucker ging ausführlich auf die Urteilsbegründung ein. Der Vorderrichter habe selbst ausgeführt, der Inhalt der Notiz sei an sich harmlos so wie die Notiz in Wiener Zeitungen enthalten war, aber in der „Volkszeitung“ trete der Kaiser in den Vordergrund. Und hier komme nun in Frage, wie die „Volkszeitung“-Notiz auf die Leser gewirkt habe. Das Landgericht habe nun vier Arten von Zeitungslesern konstruiert, nämlich ruhig denkende Leser, kritisch lesende Leser, urteilsfähige und urteilslose Leser. Das Landgericht sagte weiter, der ruhige und urteilsfähige Leser werde in einer Mitteilung, daß irgend jemand einen unehelichen Bruder habe, keinen Mangel erblicken, während die urteilslosen Leser — und diese bilden die Masse aller Zeitungsleser — einen Mangel darin sehe, wenn jemand einen solchen Bruder habe. Hier fehle die Feststellung, was der Inhalt der Notiz ist, dafür habe das Landgericht die Wirkung auf das Publikum in den Vordergrund gerückt. Die Notiz sei also vom Vorderrichter unter dem Gesichtspunkt betrachtet und beurteilt worden, wie sie angeblich vom urteilslosen Publikum betrachtet und beurteilt werde. Die Notiz sei nicht geeignet, den Kaiser zu beleidigen, wie ja auch das Landgericht selbst betone, daß das Vorhandensein eines unehelichen Bruders ein Mangel nicht sei. Die Beleidigung würde nur dann vorliegen, wenn in der Notiz gesagt worden wäre, der Kaiser habe Kenntnis von dem Dasein des unehelichen Bruders gehabt, und ihn trotzdem in einem Krankenhaus sterben lassen. Ausdrücklich bespreche der Verteidiger dann noch die Verantwortlichkeit des Genossen Hellmann, dem das Landgericht als wahr unterstellt, daß er zur fraglichen Zeit nicht in den Redaktionsräumen sich aufgehalten habe. Das Landgericht habe aber trotzdem die Verantwortlichkeit Hellmanns ausgesprochen, weil z. B. Hellmann nicht nachgewiesen habe, daß es ihm unmöglich

gewesen sei, eventuell ein druckfertiges Exemplar der inkriminierten Nummer in seine Wohnung kommen zu lassen und dann vielleicht durch telegraphische Anweisung die Verbreitung zu verhindern. Er beantrage Freisprechung.

Der Reichsanwalt trat diesen Darlegungen entgegen. Die vom Landgericht ausgesprochene Verantwortlichkeit Hellmanns sei zu Recht angenommen worden, auch sonst enthalte das Urteil weder Mängel noch Widersprüche. Wer über einen andern Dinge zur Sprache bringe, wie es in dieser Notiz geschehen sei, werfe einen Mangel auf ihn. Die §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuchs seien hier nur von nebensächlicher Bedeutung, maßgebend sei der § 95 des Strafgesetzbuchs, der § 186 konnte mit in Betracht gezogen werden, weil die Mitteilung an Dritte ergangen sei. Der Reichsanwalt stellte dann Betrachtungen über das Leserpublikum an in dem Sinne, wie es das Landgericht gethan hat. Der Vorderrichter habe mit Recht gesagt, die große Menge der Zeitungsleser mühe die Notiz in landläufigem Sinne aufzufassen. Und für dieses Publikum sei die Notiz auch berechnet gewesen, und sei von ihm auch im Sinne des Waleks verstanden worden. Er beantrage die Verwerfung der Revision.

Das Urteil lautete: Die Revision wird verworfen. In der Begründung wird hervorgehoben, daß der Gerichtshof den Darlegungen des Reichsanwalts gefolgt sei. Widersprüche in der von der Verteidigung gerügten Art seien in dem Urteil des Vorderrichters nicht enthalten.

Der Freisinn und die Stichwahl in Schwwege.

Im Wahlkreise Schwwege-Schmalldalen ist die Freisinnige Volkspartei aus der Stichwahl gefallen. Der Entscheidungslampf findet zwischen der Socialdemokratie und den Antisemiten statt. Unfre Partei ist den Antisemiten um fast 1300 Stimmen voraus, sie erhielt im ersten Wahlgange 6826 Stimmen, der Antisemit Raab 4650 Stimmen. Die 3525 Stimmen des freikonserватiven Kandidaten werden vollständig dem Antisemiten zufallen. Von den 4083 Stimmen des Freisinn wird es abhängen, ob der Wahlkreis nochmals einem agrarischen und reaktionären Antisemitismus anheimfällt oder der Socialdemokratie. Die „Weiser-Zeitung“, ein Organ der Freisinnigen Vereinigung, das nicht auf dem bairischen Flügel dieser Partei steht, giebt ihren Gesinnungsverwandten diesen Ratsschlag:

„Wenn nun auch der Wahlkreis für die Freisinnigen verloren ist, so brauchen damit noch nicht notgedrungen die Antisemiten bei der Stichwahl den Sieg davonzutragen, wenn die freisinnigen Wähler, vor die Entscheidung zwischen den Kandidaten der schwärzesten Reaktionen und der aufrichtigeren Linken gestellt, resolut die antiquierten Vorurteile über Bord werfen und für den Socialdemokraten stimmen.“

Wenn der Name Freisinn noch den geringsten Sinn haben soll, dann müssen die freisinnigen Parteien so verfahren, wie die „Weiser-Zeitung“ fordert. Bisher aber hat die Freisinnige Volkspartei noch nicht ein Wort verlauten lassen, welche Lösung sie ihren Anhängern vorschlagen will. Will diese Partei die neue Schuld auf sich nehmen, daß sie einen Antisemiten und Volkswuchermann in den Reichstag sendet? —

Freiherr v. Heyl hatte in seinem mißglückten Versuch, die Thätigkeit der Socialdemokratie zu verunglimpfen, unter andern Unrichtigkeiten auch falsche Angaben über die Steuererhebung unfres Parteigenossen Ernst in Zürich gemacht. Wie uns bekannt wird, hat Regierungsrat Ernst dem Reichstags-Abgeordneten v. Heyl nunmehr Aufklärungen zugehen lassen, durch welche die Unrichtigkeit der Behauptungen Heyls über die Steuererhebung erwiesen wird. Herr Heyl zu Herrn Heyl ist aufgefordert worden, seinen Irrtum vor dem Reichstage zuzugestehen. Wir erwarten, daß Herr v. Heyl dieses Zugeständnis mit möglichster Beschleunigung ablegen wird. —

Ausland.

Som Freideuter zum Premierminister.

Nach einer Kapstädter Meldung ist an Stelle des Premierministers Sprigg, der demissionierte, durch Berufung des Gouverneurs der bekannte Jameson getreten.

Jameson war bekanntlich der Handlanger Cecil Rhodes, als welcher er in den ersten Tagen des Jahres 1896 in Transvaal einfiel, um die Uitlander zu einem Aufstand gegen die Boeren-Regierung zu veranlassen. Der Putz mißglückte bekanntlich vollständig. Jameson wurde samt seiner Söldner-Truppe gefangen. Nach England ausgeliefert, wurde er dort pro forma zu 15 Monaten Haft verurteilt, die er aber niemals verbüßte. Daß Cecil Rhodes im Einverständnis mit Chamberlain handelte, ist selbstverständlich. Nach dem Fehlschlagen des Coups wusch natürlich die englische Regierung ihre Hände in Unschuld. Chamberlain nannte in einem amtlichen Vlautuch Jameson einen „Freideuter“. Nun ist der Freideuter zum Minister avanciert! —

Aus Industrie und Handel.

Bilanz der Berliner Bank.

Die von der Berliner Bank veröffentlichte Jahresrechnung zeigt, daß zwar das Geschäft des Instituts sich im letzten Jahre etwas ausgedehnt hat, der Gewinn aber, wenn man die stärkere Abschwächung mit in Betracht zieht, auf demselben Niveau stehen geblieben ist. Nach dem Bericht der Verwaltung ergibt das Gesamt- und Verlustkonto einschließlich des Vortragens aus dem Vorjahre von 127 325 M. einen Bruttogewinn von 3 754 983 M. (3 632 291 M. im Vorjahre). Davon entfallen auf Wechsel- und Zinsenkonto 1 866 501 M. (1 832 167 M.), Provisionkonto 846 728 M. (824 767 M.), Effekten- und Konjunktionalkonto 493 606 M. (447 684 M.), Coupons-, und Sortenkonto 14 854 M. (12 434 M.), Depositionskasse und Kommandite nach Abhebung der Espesen derselben 406 967 M. (383 629 M.). Nach Abzug der Verwaltungskosten von 778 457 M. (751 410 M.), der Steuern von 138 994 M. (88 828 M.), der Abschreibung auf dubiose Forderungen 94 121 M. (88 084 M.) und einer Extra-Abschreibung auf Effekten- und Konjunktionalkonto von 500 000 M. verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von 2 243 409 M. (2 003 968 M.). Auf Antrag der Direktion wurde beschloffen, der Generalversammlung vorzuschlagen, die Verteilung einer Dividende von 4 Pro. (3/4 Pro.) zu genehmigen, dem Reservefonds 103 804 M. (93 617 M.), dem Beamtenpensions- und Unterstützungsfonds 25 000 M. (25 000 M.) zuzuführen, auf das Geschäftshaus einen Vortrag von 51 645 M. (89 089 M.) abzuschreiben und den nach Abzug der statuten- und vertragsmäßigen Lasten verbleibenden Rest von 194 010 M. (127 325 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Bilanzkonto pro 31. Dezember 1903 stellt sich wie folgt:

	1903	1902
Kassenbestand, Reichsbank, Kassen- verein	4 017 830 M.	3 819 763 M.
Coupons und Sorten	466 680 „	401 971 „
Guthaben bei Banken	2 875 625 „	2 572 999 „
Wechselbestand	16 479 770 „	16 082 287 „
Effekten	11 630 180 M.	11 887 265 „
Vorteiligungskonto	9 718 322 „	8 285 670 „
	21 308 611 M.	
abzüglich Extra- abschreibung	500 000 „	20 838 511 „
Reportierte Effekten	8 129 732 „	8 048 677 „
Kommanditeinalagen	2 000 000 „	2 000 000 „
Debitoren:		
a) gedeckte	39 115 996 „	32 679 683 „
b) ungedeckte	10 473 928 „	7 988 257 „
Kontokorrenten	4 210 082 „	3 650 064 „

Passiva.	
Kapital	42 000 000 M.
Reservefonds	8 305 077 „
Accept-Verpflichtungen	17 044 221 „
Abal-Verpflichtungen	2 410 082 „
Kreditoren in laufender Rechnung	41 853 344 „
davon auf feste Termine	28 410 379 M.

Die Beteiligungen der Bank setzen sich zusammen aus: 511 290 M. Beteiligungen an Deutschen Staats- und Kommunal-Anleihen, 579 009 M. an ausländischen Staatsanleihen und andern fest verzinslichen Werten, 378 575 M. an Eisenbahn- und Bankaktien, 3 887 104 M. an Terraintwerten 4 357 343 M. an industriellen Werten einschließlich der Beteiligung der Bank von 2 800 000 M. an der Eisenbahn-Gesellschaft Decker u. Co., G. m. b. H. Die eigenen Effekten der Bank setzen sich zusammen aus 1 891 231 M. Deutschen Staats- und Kommunal-Anleihen in 21 Gattungen, 2 351 926 M. ausländischen Staatsanleihen und andern fest verzinslichen Werten in 45 Gattungen, 2 277 499 M. Eisenbahn-, Bank- und Versicherungspapiere in 24 Gattungen, 5 109 531 M. Industrie-Aktien in 88 Gattungen.

Wie im vorigen hat auch in diesem letzten Geschäftsjahre die Berliner Bank versucht, die Schläge, die ihr die Krisis des Jahres 1901 gebracht hat, zu überwinden und an ihrer Konsolidation zu arbeiten. Das ist ihr auch bis zu einem gewissen Grade gelungen, doch kann im ganzen der Erfolg nur als ziemlich mäßig gelten. Die Zunahme der Kreditoren um über acht Millionen Mark befindet eine entscheidende Festigung des Vertrauens in die Leitung des Instituts, doch haben die dadurch der Bank zugeflossenen reicheren Mittel nur eine geringe Steigerung des Gewinnertrages gebracht, da, wie die Abrechnung erweist, der Bruttogewinn nur um rund 122 000 M. über die vorjährige Ziffer hinausgeht. In diesem Mehrertrag ist trotz des höheren Diskonts im letzten Jahre das Wechsel- und Zinsenkonto nur mit ca. 34 000 M., das Provisionskonto mit 22 000 M., das Effekten- und Konfiskationskonto mit 46 000 M. beteiligt, während weitere ca. 22 000 M. auf die Depositionskassen und Kommanditen nischen.

Wenn trotz dieser geringen Mehreinnahme und der erhöhten Verwaltungskosten (ungefähr 27 000 M. mehr) sowie der gestiegenen Steuerabgaben (58 000 M. mehr) nach der Rechnung der Bank der Reingewinn sich um 240 000 M. höher stellt und von diesem 4 Proz. Dividende verteilt werden können, so ist dieses Resultat lediglich durch die geringen Abschreibungen (500 000 M. statt 700 000 M. auf Effektenkonto) und durch den Wegfall der den Angestellten zustehenden Lantien erreicht. Die Bankverwaltung hat nämlich ihre Angestellten zu veranlassen gewußt, schriftlich auf ihre Lantien-Ansprüche für das Jahr 1903 zu verzichten. Manchem dürfte dieser Verzicht sicherlich nicht leicht geworden sein.

Hoffentlich ist durch die erneute Abschreibung von einer halben Million auf Effekten und Beteiligungen, die mehr als den ganzen Gewinn des Effektenkontos verschluckt, endlich der Effektenbesitz auf seinen effektiven Wert herabgesetzt.

Auch die Flüssigkeit der Mittel läßt, wie die Bilanz zeigt, manches zu wünschen übrig und ist entschieden ungünstiger, als am Schlusse des Jahres 1902.

Gewerkchaftliches.

Der Nachschub der Grimmitzauer Unternehmer.

Die „Herren im Hause“ zu Grimmitzau setzen ihr „sittlich-entwandsfreies“ Vorgehen ungeachtet fort. Dem Herrn Bürgermeister wurde sein Gehalt erhöht, die Arbeiter fliegen auf die Straße. Die Nachregelung ist nach dem Schema des Rühnemänner-Verbandes in ein System gebracht. In jeder Fabrik ist ein Plakat angebracht, auf dem es heißt:

„Arbeitende müssen mit einem in der Arbeitsnachweisstelle in Grimmitzau angestellten Arbeitsnachweiser ein versehen sein. Die Arbeitsscheine werden nur unter Vorlegung der Kündigungsscheine des letzten Entlassungsscheines oder des vorchriftsmäßig ausgefüllten Arbeitsbuches kostenfrei ausgestellt.“

Nach einer Eingabe, welche die Ausgesperrten überflüssigweise an den Stadtrat gemacht haben, spielt sich bei einer Nachfrage nach Arbeit auf diesem sogenannten Arbeitsnachweis, in Wirklichkeit Arbeiterverordnungs-Bureau, folgende Scene ab. Der Arbeiter muß seinen Kündigung- oder Entlassungsschein vorlegen. Herr Lenzen, der Sekretär des Bureaus, schlägt nun sein Buch nach und entscheidet nun nach seinen Notizen, ob er dem Arbeiter Arbeit zuweisen solle oder nicht. Hat er keinen Vermerk in seinem Buche, dann fragt er bei dem früheren Arbeitgeber des Arbeiters an, ob dieser ihn „losgibt“.

Zahllos sind die Fälle, in welchen so Arbeiter an der Arbeitsaufnahme verhindert wurden.

Der Weber B. R. sollte bei der Firma G. Sch. zur Anstalt arbeiten. Als er mit der Arbeit beginnen wollte, sollte er erst einen Schein vom Arbeitsnachweisbureau vorbringen. Die Ausständigung eines Scheines wurde ihm auf dem Bureau verweigert. Er mußte deshalb aufs Arbeiten verzichten, obwohl er keine Arbeit hatte und gern arbeiten wollte.

Der Weber R. D. war nach dem Arbeitsnachweisbureau gegangen und erhielt nach Einreichung des Entlassungsscheines die Mitteilung, daß es für ihn keine Arbeit gebe. D. ging nun auf gut Glück nach Arbeit und erhielt auch solche bei der Firma A. sollte jedoch einen Schein vom Bureau vorbringen, daß sein früherer Arbeitgeber ihn freigebe. Herr Lenzen erklärte diesem, obwohl der Arbeiter darauf hinwies, daß er Arbeit habe: „Für Sie gibt es keine!“ Auf seine Frage: „Hier werden wohl „schwarze Listen“ geführt?“, hatte dieser Mann die Antwort: „Ich lasse mich nicht austragen, ich bin Beamter, das mache ich, wie ich will.“

Der Weber G. Sch. war bei der Firma B. G. am 11. Februar auf unbestimmte Zeit in Arbeit getreten. Der Meister forderte ihn am Nachmittag in der dritten Stunde auf, sich einen Schein zu holen, sonst könne er nicht weiterarbeiten. Die Bescheinigung wurde ihm verweigert. Der Mann mußte bummeln, ob er wollte oder nicht.

Der Weber H. F. konnte zu jeder Zeit bei der Firma G. Sch. in Arbeit treten, wenn er einen Schein vom Arbeitsnachweisbureau ausgestellt beibringe. Die Ausstellung der Bescheinigung wurde ihm verweigert.

M. R. sollte ebenfalls bei der Firma A. in Arbeit treten nach Vorbringung einer Bescheinigung. Die Bescheinigung wurde verweigert.

Der Weber G. F. hatte bei der Firma G. Pf. Arbeit erhalten. Auch hier verweigerte Herr Lenzen die Ausstellung eines Scheines.

A. R. hatte bei der Firma W. Arbeit nach Vorbringung einer Bescheinigung. Die Ausstellung wurde verweigert.

Der Weber M. W. hatte bei zwei Firmen Arbeit erhalten: bei G. Pf. und H. W. Er konnte aber die Arbeit nicht annehmen, da man die Ausstellung einer Bescheinigung im Arbeitsnachweisbureau verweigerte.

Der Weber G. H. sollte bei der Firma G. Pf. in Arbeit treten. Der Fabrikant nahm ihm den Entlassungsschein ab. Er sollte sich einen Schein vom Arbeitsnachweisbureau geben lassen. Hier wurde ihm die Ausständigung eines Scheines verweigert.

L. W. hat bei der Firma H. A. Arbeit versprochen erhalten; er sollte nach dem Arbeitsnachweisbureau gehen und einen Schein holen. Bei seiner Nachfrage wurde ihm die Ausständigung des Scheines mit dem Hinweis verweigert, er müsse noch ein paar Wochen warten.

H. T. konnte als Andreeher sofort bei der Firma Pf. in Arbeit treten. Lenzen verweigerte die Ausstellung eines Scheines.

Bu der Andreeherin A. Sch. hatte der Spinner von der Firma G. Sch. geschickt, ob sie arbeiten wolle, dann könnte sie sofort anfangen. Er habe schon mit Herrn Sch. Rücksprache genommen, sie solle sich einen Schein auf dem Bureau ausstellen lassen. A. verweigerte die Ausstellung. Die Arbeiterin muß daher, weil es die Herren so haben wollen, weiter feiern.

Der Weber M. W. hat am 12. Februar im Arbeitsnachweisbureau um Arbeit vorgeprochen. Lenzen erklärte, er könne mit seinem früheren Chef, Herrn B. H., nicht telefonisch sprechen, doch Arbeit sei vorhanden. Er solle zu H. gehen und fragen, ob er ihn freigebe. W. hat dann ein Zeugnis von Herrn H. erhalten. Als er mit dem Zeugnis im Arbeitsnachweisbureau erschien, wurde ihm bedeutet, daß es für ihn keine Arbeit gebe.

Im „Crimmitzauer Anzeiger“ veröffentlicht die Unternehmer, deren Organ das Blatt ist, unter der Maske einer Ausgesperrten ein „Eingeladent“, in welchem dem Verbands ungenügende Unterstützung nachgesagt wird. Es heißt in demselben:

„Wir müssen in Arbeit treten, wo es ist, denn mit den 8 M. Unterstützung kann man nicht auskommen.“

Daraus macht das „Leipziger Tagblatt“ und sogar die „Nordd. Allgem. Ztg.“ druckt das umbeleben nach:

„Unter den Zurückgebliebenen wächst die Erbitterung gegen die Streikführer, zumal da der Legitarbeiterverband jetzt solchen Familienvätern, deren Frauen Arbeit gefunden haben, nur noch 8 M. Unterstützung die Woche zahlt, die bisher bewilligten 2 M. Wochenzuschuß aber streicht.“ — Ungefähr das Gegenteil davon ist wahr. Nicht herabgesetzt, sondern erhöht sind in letzter Zeit die Unterstützungssätze, und zwar um 2 M. für Verheiratete, deren Frauen keine Arbeit finden und auch nicht unterstützungsberechtigt sind. An Unterstützung erhalten: die Ledigen 8 M., die Verheirateten ohne Kinder, deren Frauen Unterstützung beziehen oder arbeiten, 11 M., diejenigen aber, deren Frauen weder arbeiten noch Unterstützung beziehen, erhalten 13 M. Außerdem werden noch für jedes Kind 75 Pf. gezahlt. Unter den noch Ausgesperrten sind hunderte, deren Unterstützung dem früher verdienten Lohne annähernd gleich kommt. Es ist deshalb eine bodenlose Unverschämtheit, wenn behauptet wird, der Verband habe bezüglich der Unterstützung nicht Wort gehalten und die Gemahregelten würden nicht genügend entschädigt.

Anzusehlichkeit herrscht in Grimmitzau natürlich. Gegen wen sie sich richtet, wird bei geeigneter Zeit zu Tage kommen.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Maschinen- und Hilfsarbeiter. In einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung reiste die Streikleitung mit, daß bis jetzt sieben Firmen mit 50 Arbeitern die Forderungen bewilligt haben, während 49 Arbeiter sich im Streik befinden. Im ganzen mögen etwa 150 Hilfsarbeiter in der Maschinenbranche beschäftigt sein. Die Streikleitung hat das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen und die Versammlung ernannte ihre Vertreter zur Führung der Verhandlungen. Welche Stellung die Unternehmer hinsichtlich der Verhandlung vor dem Einigungsamt einnehmen, ist noch nicht bekannt.

Achtung, Zimmerer! Bei Kästler, Greifswalderstraße, befinden sich die Maschinenarbeiter und Bautischler im Streik. Die Kameraden werden ersucht, die Streikenden dadurch zu unterstützen, daß sie Arbeiten und Hilfeleistungen an den Maschinen verweigern, ebenso keine Tischlerarbeiten anfertigen. Entgegenseitensfalls ersuchen wir unser Bureau, Dragonerstr. 18, Telefonamt III, 6028, zu benachrichtigen. Der Vorstand des Vereins der Zimmerer.

Achtung, Glasbläser! Infolge von Lohnbifferenzen legten die gesamten Glasbläser und Wälerinnen am 8. Februar bei der Firma Heinz, Neue Dohstr. 2, die Arbeit nieder. Heinz hatte am 7. Dezember 1903 den vom Verband ausgearbeiteten Lohnstarif anerkannt und sich durch Unterschrift verpflichtet, den Lohn zu zahlen. Nach kaum zehn Wochen ändert der Herr aber seine schriftliche und mündliche Zusage und hat allen Glasbläsern eine 20prozentige Lohnreduktion angeordnet. Sämtliche Arbeiter haben den Betrieb verlassen und hoffen, daß wenn kein Zugzwang besteht, der Unternehmer nachgeben wird. Ganz besonders machen wir es allen Glasbläsern in Thüringen zur Pflicht, so lange die Differenzen bestehen, Berlin zu meiden. Alle Unterhandlungen, die seitens des Verbandes eingeleitet sind, hat Herr Heinz abgelehnt. Ebenso hat er dem Gewerbegericht, welches die Arbeiter anriefen, mitgeteilt, daß er zu keiner Unterhandlung erscheinen werde.

Achtung, Glaschleifer! Bei der Firma Schulze u. Jost, Friedrichstr. 16, haben sämtliche Glaschleifer die Arbeit niedergelegt, weil die Firma schon seit ca. zwei Jahren fortwährend Arbeiter entläßt, sowie die Arbeit etwas nachläßt. Zu wiederholten Malen nahm die Leitung der Organisation Veranlassung, bei der Firma vorstellig zu werden, die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn die Arbeit nachläßt. Die Kollegen, welche bei der Firma in Arbeit standen, verlangten dies ebenfalls. Als nun vor 6 Wochen die Leitung wieder deshalb vorstellig wurde, gab die Firma am nächsten Sonnabend der Organisation Antwort, indem sie acht Glaschleifer auf die Straße warf. Als darauf diese Woche die Firma vom Arbeitsnachweis Arbeitskräfte verlangte, wurde ihr die Frage vorgelegt, ob sie gewillt sei, nochmals in Unterhandlungen zu treten. Die Firma gab darauf keine Antwort, suchte aber in der „Volk-Zeitung“ bereits Glaschleifer; ein klarer Beweis, daß die Firma es zum Zweck treiben wollte. Als dann am Donnerstag Hausdiener angeleitet werden sollten, legten sämtliche Glaschleifer die Arbeit nieder. Die Werkstelle ist streng zu meiden.

Zum Bautischlerstreik in Steglitz und der Umgegend wird gemeldet, daß gestern zwei weitere Firmen den vorgelegten Netto-Tarif unterschrieben anerkannt haben. In diesen beiden Betrieben kommen 16 Bautischler und 2 Einleger in Betracht. Insgesamt bei sieben Firmen mit 63 Streikenden ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Ueber den Stand des Leipziger Konflikts wird gemeldet: Der Vorstand der Leipziger Orts-Krankenkasse hat sich im Streite mit den Kerzten grundsätzlich mit den den streitenden Teilen von der Leipziger Kreis-Krankenkassenvereinigung unterbreiteten Einigungsvorschlägen einverstanden erklärt. Der Vorstand bezeichnet die Vorschläge als durchaus geeignete Grundzüge für ein neues Vertragsverhältnis. Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß die Kreis-Krankenkassenvereinigung damit einverstanden sei, daß die Verträge mit den inzwischen von auswärts herangezogenen Kerzten im vollen Umfange aufrecht erhalten werden, und daß diesen Kerzten in keiner Weise ein Verzicht auf ihre Vertragsrechte zugunsten werden dürfe. Die Kerzte haben schon zu den ersten Einigungsvorschlägen erklärt, daß sie in die Erfüllung der Verträge mit den neu hinzugezogenen Kerzten nicht einwilligen wollen. Die Situation wird voraussichtlich ähnlich wie in Köln: wenn sich die Kasse den ärztlichen Forderungen fügt, dann entsteht eine „Einigung“; fügt sie sich nicht, dann hängt alles von der Entscheidung der Aufsichtsbehörde ab. Greift diese in einem den Kerzten günstigen Sinne in den Streit ein, dann haben die Kerzte einen „herrlichen Sieg“ erfochten. Wie die neuen Vorschläge der Kreis-Krankenkassenvereinigung lauten, ist noch nicht bekannt. Die vordem gemachten waren:

1. Einschränkung eines Retentions- und Pfandrechts der Kasse an der Kaufsumme für Arzt Honorar, bis feststehe, daß keine Ueberbürdung der Kasse durch den Aufwand für Krankengeld und Arznei vorliegt.

2. Verdrängung der Kasse, die Zulassung eines Arztes zur Kassenpraxis solange bis zur Dauer eines Jahres zu verweigern, als in demjenigen Teile des Kassengebietes, in welchem der Bewerber wohnt oder sich niedergelassen gedenkt, eine hinreichende Anzahl von Krankenärzten bereits vorhanden ist und in einer andern Gegend ein Mangel an Krankenärzten besteht.

3. Entziehung der den neu angeworbenen Distriktsärzten versprochenen Gehalte in die ad 1) gedachte Kaufsumme.

4. Erhöhung des Fixums an Arzt Honorar für jedes Kassenmitglied von 4 1/2 auf 6 M.

Ueber diese vier Punkte haben die Kerzte einer- und der Kassenvorstand andererseits in folgender Weise Beschluß gefaßt:

Die Kerzte hatten beschlossen:

- zu 1. und 2. Annahme der gemachten Vorschläge;
- zu 3. Ablehnung in der Erwartung, daß die Kasse die mit Distriktsärzten abgeschlossenen Verträge wieder auflösen werde;
- zu 4. Bereitwilligkeit zu wesentlichen Zugeständnissen. Wegfall der Extravergütungen bei Festsetzung des Honorarfixums auf 8 M. pro Mitglied.

Der Kassenvorstand

andererseits erklärte in einer längeren Eingabe, er müsse befürchten, daß durch die vorgeschlagenen Abmachungen ein dauernder Friede nicht erzielt werde. Unter diesen Umständen müsse er die gemachten Vorschläge zur Zeit und zwar schon aus dem Grunde ablehnen, weil zu einem Eingehen auf dieselben seiner Ansicht nach die Zustimmung der Generalversammlung nicht zu umgehen sei.

Die Krankenversicherung in Berlin.

Nach der soeben erschienenen ausführlichen Statistik der Krankenversicherung im Jahre 1901 seien einige allgemein interessierende Angaben über die Verhältnisse in Berlin mitgeteilt. Es waren im Jahresdurchschnitt 155 Kassen mit 657 571 Versicherten vorhanden, darunter 109 905 weibliche Personen. Nur 18 der vorhandenen Kassen dehnten ihre Thätigkeit über den Gemeindebezirk hinaus aus. Die Mehrzahl der Versicherten, nämlich 370 791, gehörte den 55 Orts-Krankenkassen an und von den weiblichen sogar der allergrößte Teil, nämlich 183 408. Der Gemeinde-Krankenversicherung der Stadt Berlin gehörten am 31. Dezember 1901 nur noch 22 männliche und 32 weibliche Personen an. In 46 Betriebsklassen befanden sich durchschnittlich 104 189 Versicherte, darunter 16 043 weibliche. Junungs-Kassen gab es 20 mit 49 570 Mitgliedern, unter ihnen 9935 weibliche.

Bei sämtlichen Versicherten kamen insgesamt 224 120 Erkrankungsfälle vor, wovon 66 436 auf die weiblichen Mitglieder entfielen. Auf 100 durchschnittlich vorhandene Mitglieder kommen danach 40,2 Erkrankungsfälle; auf 100 männliche aber 40,7 und auf 100 weibliche nur 39,1. Die Zahl der Krankentage betrug 5 705 218, so daß auf 100 Mitglieder 1029,2 Krankentage entfallen. Die weiblichen Mitglieder waren durchschnittlich länger krank wie die männlichen; es kommen nämlich auf 100 männliche Mitglieder 998,4 und auf 100 weibliche 1080 Krankentage.

Bei den Ortsklassen kamen auf 100 Mitglieder 1038,8 Krankentage, bei den Betriebsklassen 1133,3, und bei den Junungs-Kassen 776,9.

Sterbefälle kamen bei sämtlichen Kassen 4443 vor.

Die Einnahmen sämtlicher Kassen betragen 18 098 195 M., davon aus Beiträgen 14 098 812 M., aus Zusatzbeiträgen für Familienversicherung 21 954 M. und aus Eintrittsgeldern 207 955 M.

Die Ausgaben betragen 17 379 171 M., davon für ärztliche Behandlung 1 854 512 M., für Arznei und sonstige Heilmittel 2 133 667 M., Krankengeld an Mitglieder 6 718 571 M., an Angehörige 175 057 M., an Wöchnerinnen 162 181 M., Sterbegeld 413 321 M., Anstaltskosten 2 051 795 M., Reservelohncentenpflege 1 005 M., Verwaltungskosten 794 714 M., persönliche und sächliche 272 197 M. Berlin nimmt unter allen Bundesstaaten und preussischen Provinzen darin eine auffällige Ausnahme-Stellung ein, daß die Ausgaben für Arznei und Heilmittel erheblich höher sind wie die Arztkosten. Nur noch Schaumburg-Zippe hat ein ähnliches Verhältnis, in allen übrigen Gebieten sind diese Ausgaben geringer und zum Teil sogar sehr erheblich geringer wie die Arztkosten. Das günstigste Verhältnis hat darin Lübeck, wo auf 120 692 M. Arztkosten nur 48 708 M. Arzneikosten kommen.

Auf ein Mitglied berechnet betragen: die Beiträge einschließlich Zusatzbeiträgen und Eintrittsgeldern 25,70 M., Arztkosten 3,33 M., Arzneikosten 3,83 M., Krankengeld an Mitglieder und Angehörige 12,36 M., Anstaltskosten 3,68 M., Wöchnerinnen-Unterstützung, Sterbegeld und Reservelohncentenpflege 1,03 M., Verwaltungskosten 1,91 M. Die Verwaltungskosten sind in Berlin sehr hoch, was sich auf der Zerstückelung des hiesigen Kassenwesens mit erklärt; sie werden nur noch von Hamburg übertraffen, wo auf den Kopf 2,25 M. entfallen.

Bei den Ortsklassen kamen auf ein Mitglied: Beiträge 25,25 M., Arztkosten 3,08 M., Arznei 3,93 M., Krankengeld 11,55 M., Anstaltskosten 3,93 M. Die übrigen Krankheitskosten 1,10 M., Verwaltungskosten 2,26 M.

Betriebsklassen auf ein Mitglied: Beiträge 31,41 M., Arzt 4,81 M., Arznei 4,22 M., Krankengeld 17,41 M., Anstaltskosten 3,17 M., sonstige Krankheitskosten 1,09 M., Verwaltungskosten 0,39 M.

Junungs-Kassen auf ein Mitglied: Beiträge 20,69 M., Arzt 2,11 M., Arznei 2,58 M., Krankengeld 9,21 M., Anstaltskosten 4,12 M., sonstige Krankheitskosten 0,64 M., Verwaltungskosten 2,21 M.

Sämtliche Kassen Berlins hatten am Schlusse 1901 zusammen einen Aktivüberschuß von 11 024 788 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstags-Wahl im Kreise Schmalkalden-Grube. Schwere, 19. Februar. (B. Z. B.) Bei der Reichstagswahl im 4. Hessen-Rheinischen Wahlkreis erhielten Zigarrenfabrikant Wilhelm Hugo, Coffel (loc.) 6887, Vorsekammaler Friedrich Raab-Hamburg (Deutschsocial) 4552, Volksschullehrer Otto Nerten-Berlin (freiz. Vp.) 4080, Gutsbesitzer Hermann v. Christen-Berleshausen (freiz.) 3519 Stimmen. Es hat Stichwahl zwischen Hugo und Raab stattgefunden.

Stichwahlen zur Hamburger Bürgerstättwahl. Hamburg, 19. Februar. (B. Z. B.) Die bei der Bürgerstättwahl am 12. d. M. erforderlich gewordenen sechs Stichwahlen haben heute unter sehr starker Wahlbeteiligung, die in einzelnen Bezirken 98 Proz. erreichte, stattgefunden. In sämtlichen sechs Bezirken haben die bürgerlichen Parteien über die Socialdemokraten gesiegt.

Sterberief.

Berlin, 19. Februar. (B. Z. B.) Gouverneur Leutwein telegraphiert unter dem heutigen Tage, daß am 16. Februar eine Mitteilung Ratrosen und Schutzgruppen unter Kapitänleutnant Ohgas am Liebenberg, nordöstlich Otfimbinge in Richtung auf Groß-Warmen ein Gefecht hatte. Diefeits sind als Verlust gemeldet ein Feter, ein Berwundeter, deren Namen folgen werden. Der Segner, dessen Verluste unbekannt sind, wurde zurückgeworfen.

London, 19. Februar. (Unterhaus.) Lair Gardie beantragte ein Amendement zur Adresse, in dem das Bedauern ausgedrückt wird, daß mit Rücksicht auf die sich aus dem Arbeitsmangel ergebende Not kein Arbeitsministerium geschaffen worden ist, um dem Arbeitsmangel wirksam zu begegnen. Das Amendement wurde mit 231 gegen 151 Stimmen abgelehnt. Im Laufe der Debatte erklärte der Präsident des Lokalverwaltungsamts Long, die Regierung habe die Notwendigkeit eines besonderen Arbeitsministeriums nicht angesehen. Die Adresse wurde darauf angenommen.

Reichstag.

37. Sitzung. Freitag, 19. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetle.

Die zweite Lesung des Post-Gesetzes wird fortgesetzt beim Titel Staatssekretär.

Dazu ist neu eingegangen eine Resolution Erzberger (C.): „den Reichsanwalt zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß für das Reichspostgebiet neben den Postanweisungs-Kartons auch Postanweisungs-Karten eingeführt werden.“

Abg. Jubel (Soc.):

In dem Berliner Vorort Johannisthal, der etwa 3000 Einwohner zählt und eine große industrielle Zukunft hat, besteht kein Postamt, sondern nur eine Postagentur, die in einem einzigen einseitigen Raum eines Restaurationsgebäudes untergebracht ist. Die Verleumdung ist so schlecht, daß abends niemand dort schreiben oder lesen kann. Schreibgelegenheit giebt es gar nicht. Die einlaufenden Depeschen werden telephonisch weiter gegeben. Der Telephonkranz ist in einem so schlechten Zustande, daß jedes telephonierte Wort vom Publikum gehört werden kann. Aber nicht nur das Depeschengeheimnis wird verletzt, sondern auch das Briefgeheimnis, denn die Briefe werden an einem restaurationsstischen abgestempelt, an dem gleichzeitig das Publikum beim Bier sitzt. Die Postbeamten haben durchschnittlich 80 Stunden wöchentliche Dienstzeit. Die Einwohnerschaft hat sich mit einer Dietschrift um Verbesserung der Verhältnisse an die Postverwaltung gewandt. Unter den Unterzeichnern befindet sich auch der Ortsvorsteher. Eine Besserung der Verhältnisse ist dringend notwendig. Passende Räume sind heute Kagenblitz in Johannisthal zu haben.

Nedner bemängelt im weiteren, daß die den Postbeamten zustehende Urlaubszeit ihnen nicht gewährt werde. Die Gehälter und Ortszulagen der unteren Postbeamten sind vollkommen unzureichend; wenn sie heiraten, läßt die Post sich einen Neiders ausstellen, daß die Post sie nicht zu unterstützen verpflichtet sei, wenn sie in Not geraten. Wahrscheinlich sollen die Leute sich gar nicht verheiraten. Im Interesse eines guten Familienlebens, das Sie (nach rechts) ja so hoch schätzen, müssen die Rittagspausen der Briefträger besser geregelt werden. Die jetzigen Zustände sind daran schuld, daß die Postbeamten vielfach unter Wagenkrankheiten leiden. In Weihnachten und Neujahr werden ungezählte Lieberstunden geleistet, aber entgegen den Wünschen der gesamten Industrie vom Staate nicht bezahlt. Die Postillone müssen jetzt den ganzen Tag in durchschlafenen Kleibern ihren Dienst verrichten; sie brauchen während der Fahrten einen Schutz von oben. Die Ausgabe für zweidmähige Mäntel wird bei dem Millionen-Etat wohl nicht zu groß sein. Möge der Staatssekretär besser für seine Beamten sorgen! (Dravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Gerlach (Hosp. d. Fr. Bg.):

Im Laufe der letzten Woche sind mir so viele Beschwerden aus den Kreisen der Postbeamten zugegangen, daß ich eine Diskussionsrede halten möchte, um nur die ganz sicherlich berechtigten vorzubringen. Und die Obstruktionsreden spare ich mir doch für den Notfall auf. Ich will deshalb zu den übrigen Gegenständen nur kurze Bemerkungen machen und ausführlicher nur über das Koalitionsrecht sprechen. Die Wohnungsgeldzuschüsse der Beamten sind viel zu gering bemessen. In der untersten Klasse beträgt der Zuschuß 72 M. Darüber sind mir Beschwerden, besonders aus den dunklen Streifen des Ostens zugegangen. (Lachen und Juraufe rechts.) Im Vergleich zum Westen scheinen mir jedenfalls die Kreise des Ostens dunkel zu sein, in denen die Mittergutsbesitzer überwiegen. (Erneutes Gelächter rechts, Juraufe: Sie stammen ja selbst aus diesem Mittel!) Jawohl, aber ich habe mich davon emancipiert. (Lache rechts: Dravo! Sehr gut!) Die Herren haben eifrig versucht, mich zu halten, aber es ist ihnen nicht gelungen.

Weiter empfinden es die Unterbeamten geradezu als ein schreiendes Unrecht, daß die Wohnungsgeldsätze für die höheren Beamten prozentualiter viel günstiger formuliert sind als die für die unteren. Es stift sich, wenn wir Klasse A als Einheit ansetzen, der Wohnungsgeldzuschuß prozentualiter bis zu der untersten Klasse ab. Bei den oberen Beamten von 1 auf 0,40, bei den Unterbeamten von 1 auf 0,25. Dabei hätten doch die Unterbeamten bei ihren geringen Gehältern das Wohnungsgeld viel nötiger. Diese Ungerechtigkeit muß aus der Welt geschafft werden. Die Unterbeamten sehen darin ein Zeichen, daß das Wohl der oberen Beamten der Postverwaltung viel mehr am Herzen liegt als ihr eigenes.

Darüber, daß die Nachdienststunden besonders entschädigt werden müssen, ist sich erfreulicherweise der Reichstag von Herrn Dröschler bis zu Herrn Singer einig. Der Staatssekretär befindet sich hier in einer Isolation, die keineswegs splendide ist. Die Postbeamten haben doch während des Nachdienstes bare Ausgaben, für die sie gar keine Vergütung bekommen. Wenn J. B. die Deschiffreure im Auswärtigen Amt für den Nachdienst besondere Entschädigungen bekommen, so muß das den Postbeamten billig sein. — Weiter sind mir viele Klagen entgegengekönt darüber, daß die gehobenen Stellen nach Wunsch vergeben werden. Juristisch läßt sich das ja nicht beweisen, aber es ist die allgemeine Ansicht unter den Beamten. Das kann der Postverwaltung nicht angenehm sein. Es möchte eine besondere Kategorie gehobener Beamten geschaffen werden, an die ganz bestimmte Anforderungen gestellt werden müßten. Die Dienstzeit der Postbeamten ist vielfach zu lang; als Beispiel verweise ich nur auf das Postamt Berlin 62. Die freie Fahrt auf den Strahlenbahnen, die in Bayern längst eingeführt ist, wäre für die Beamten, die weit draußen wohnen, eine bedeutende Erleichterung. — Ueber das Koalitionsrecht der Beamten hat der Staatssekretär geäußert, sehr leicht hinweggehen zu können. Aber daß ein Socialdemokrat für jemand oder für eine Sache eingetreten ist, ist doch höchstens noch für die Kreisblätter ein Grund, sie abzumahn. Ich bin überzeugt, daß Herr Singer objektiv genug gewesen wäre, den Staatssekretär auch dann zu tadeln, wenn er eine Versammlung des Grafen Vinburg-Sirum über den Nutzen des Jolkarcis für die Lebenshaltung der Postbeamten verboten hätte. Ich hatte übrigens nicht das Unglück, daß Herr Singer mein Fürsprecher, sondern den, daß er Ihre Anklage war. Nun hat zwar ein Berliner Blatt meine Versammlung als demagogisch bezeichnet, aber dieses Blatt, das täglich durchschnittlich 17, bis 17 1/2 Angriffe auf mich bringt, kann ich nicht als objektiv betrachten. Die „Berliner Beamtenzeitung“ hat demgegenüber meine Ausführungen als außerordentlich gemäßigert anerkannt. Ich habe diese Versammlung nur auf Drängen der Postbeamten einberufen. Vor der Versammlung in Hamburg hat ja die dortige Ober-Postdirektion mit dem Reichspostamt telephonisch unterhandelt. Danach wurde die bekannte Verfügung erlassen, die durch die Kommentare der einzelnen Postvorsitzer bedenklicher wurde. Auf dem Postamt 21 ist sogar der Besuch der Versammlung direkt verboten worden. In der Versammlung erschienen auch einige höhere Beamten, wahrscheinlich aus Interesse an meinen Ausführungen. Man hielt die Sache offenbar für so wichtig, daß man die Beamten, die nicht Dienst hatten, besonders auf Postamt bestellte. Ein Beamter wurde durch Telegramm aufs Postamt berufen und so noch rechtzeitig für meine Versammlung gewetzt. (Heiterkeit.)

Einen Grund zu diesem Vorgehen habe ich der Postbehörde nicht gegeben. Ich habe weder die Beamten noch den jetzigen Staatssekretär angegriffen, ich habe ihn sogar teilweise in Schutz genommen. (Heiterkeit.) Freilich, Herrn v. Poddieles hat ich scharf angegriffen. Leider habe ich nur Herrn Kraetle zu günstig beurteilt.

Ich bitte nun den Herrn Staatssekretär, mir einmal rein vernunftgemäß die Gründe für das Verbot des Post-Unterbeamten-Verbandes anzugeben. Herr v. Poddieles hat es ja einfach als Willensakt hingestellt. Der Staatssekretär meinte, Postunterbeamten-Verbände dürften sich nur auf Bezirke erstrecken, innerhalb deren die Leute sich kennen. Kennen sich etwa die 7500 Mitglieder des bayerischen Postunterbeamten-Verbandes? Das ist doch eine ganz unhaltbare Ansicht. Auch die Nedner der Rechten haben sich nicht gegen den allgemeinen Postunterbeamten-Verband erklärt. Wieder befindet sich der Herr Staatssekretär in völliger Isolation. Das muß doch schließlich Einbruch auf ihn machen. Den Postunterbeamten muß endlich das doch in erster Linie ideale Recht der Koalition gegeben werden. Daß heute die Unzufriedenheit unter den Unterbeamten immer mehr zunimmt, erkennt J. B. für die Eisenbahner der Eisenbahndirektor de Terra in einer Arbeit „Im Zeichen des Verlehrs“ an. Unser Ziel ist der Friede zwischen Unterbeamten und Postverwaltung, aber wir müssen kämpfen, um ihn durchzusetzen! (Dravo! links.)

Staatssekretär Kraetle:

Herr de Terra sagt aus, daß die Beamtenverbände nicht die Unzufriedenheit schüren und ihre Ziele nicht mit allen Mitteln zu erreichen suchen dürfen. Alle diese Vereine haben das Ziel, die Autorität zu untergraben, und das hat Herr v. Gerlach auch gethan. (Unruhe links.) Er ist sogar nicht davor zurückgeschreckt, in Hamburg zu sagen: „Der Staatssekretär wird es nicht wagen, irgend etwas zu unternehmen, denn der Reichstag trete zusammen.“ (Hört! hört! rechts.) In dieser Weise den Chef einer großen Verwaltung der Freiheit und der Unehrlichkeit zu zeichnen, das bedeutet doch eine Untergrabung der Autorität. Sieht Herr v. Gerlach das nicht ein, so kann ich mich mit ihm nicht mehr darüber unterhalten, was angemessen und was schädlich ist (lebhaft Zustimmung rechts.) Der „Postbote“ wirkt dauernd anreizend. Ich lasse den Unterbeamten gern soviel Freiheit, als mit ihrer Staatsstellung vereinbar ist, aber so lange von anderer Seite die Begehrlichkeit und Insubordination geübt wird, so lange werden Sie mich nie auf dieser Seite finden. (Sehr gut! rechts.) Der „Postbote“ schrieb J. B. am 20. Juni 1903, die Vorgesetzten könnten, obgleich auch sie einen festen Stundenplan hätten, kommen und gehen, wann sie wollten. Die Zustände würden sich nur durch eine Kontrolle von unten bessern. Das bedeutet doch die Auflösung unserer ganzen Zustände. (Sehr richtig! rechts.) Natürlich findet das den Beifall der Linken. Die „Harmlosigkeit“ des Herrn v. Gerlach geht schon daraus hervor, daß der Abg. Singer ihn verteidigt. Ich habe das Vorgehen des Oberpostdirektors in Hamburg nicht nur gebilligt, sondern ich habe selbst darauf hingewirkt, daß er so vorgehe, nicht etwa um Furcht zu erzeugen, sondern um die Unterbeamten davon zu bewahren, daß sie derartigen Einschüchterungen zum Opfer fallen und sich behördlichen Maßregelungen aussetzen. In jener Versammlung hat ein Unterbeamter sich demagen ausgelassen, daß gegen ihn eingeschritten werden mußte. Es ist keine geheime Verfügung erlassen worden, sondern es geschieht alles ganz offen. Ich bin auch nicht gegen alle Unterbeamte, die in jener Versammlung gesprochen haben, eingeschritten, sondern nur gegen jenen, der sich nicht scheute zu sagen: „Ich bin in der Lage gewesen, als Hilfsunterbeamter statt eines warmen Mittagmahls Brot mit Schmalz essen zu müssen. Ich habe mich geschämt und bin deshalb in eine einfache Ströcke gegangen, um mein Essen zu verzehren, die Postverwaltung hat sich nicht geschämt, mich so zu bezahlen.“

Man mag über die Vergütung unserer Beamten denken, wie man will — wir richten uns nach den Sätzen, die allgemein üblich sind — aber, wenn die Gehälter gar so jämmerlich wären, so würden doch nicht so viele Entlassene sehentlich um ihre Wiederanstellung bitten und Sie (nach links) würden diese Bitten nicht unterstützen. Auch Leute in hohen Stellungen haben sich wohl einmal mit einer Stelle als Mittagmahl begnügen müssen, das ist doch keine Schande! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Herr v. Gerlach hat von meiner Isolierung gesprochen. Nun, ich bin sehr zufrieden, daß ich mich nicht in seiner Gesellschaft befinde. (Dravo! rechts.) Herr v. Gerlach hat das Koalitionsrecht für die Beamten gefordert. Daß davon nicht die Rede sein kann, hat gestern schon Herr Schrader nachgewiesen, weil es sich hier um Beamte und nicht um Arbeiter handelt. (Abgeordneter v. Gerlach: Es handelt sich um das freie Vereins- und Versammlungsrecht.) Die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts unterliegt den Schranken, die sich aus der Dienstpflicht der Beamten ergeben. Die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen, die die Disziplin untergraben, kann den Beamten nicht gestattet werden. Auf diesem Standpunkt siehe ich und werde ich stehen bleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Bleck (Fr. Bg.): Meinen vorjährigen Antrag auf Einführung der Postanweisungskonten sind seitdem im Centrum und im Handelsjahr wertvolle Bundesgenossen entstanden; ich hoffe also, daß er nach dem Minister Württembergs im ganzen Reiche zur Durchführung gelangen wird. Die Vorschriften über die Beförderung von Druckarbeiten sind sehr kompliziert; man sollte allgemein fünf geschriebene Worte zulassen. Das Uebersehen der gesamten Korrespondenz an den Vertreter oder Reisenden eines Hauses in Sammelbriefen muß im Interesse des Verlehrs unbeschränkt zulässig sein. Wenn diese die Korrespondenz dann weiter versenden, so geschieht das nicht um Porto zu hinterziehen, sondern damit der Vertreter die Korrespondenz des Hauses kennen lernt. Nedner bittet zum Schluß, neben Steglitz auch Südde in den Ortsverlehrs einzubeziehen. (Dravo! links.)

Staatssekretär Kraetle: Die Einzulangungen auf Briefe haben schwere Nachteile für die Schnelligkeit und Sicherheit des Betriebes. In dem Fall, den Abg. Singer gestern vortrug, bemerke ich, daß der Kriegerverein keineswegs Vorkostenfreiheit hatte. Was den deutsch-niederländischen Postverein betrifft, so hat die dortige Postverwaltung uns erklärt, daß sie den Zeitpunkt zum Abschluß einer Postkonvention für noch nicht gekommen halte. Ein Ausschluß der Beförderung von Paketen durch Schnellzüge kann nur aus lokalen oder betriebstechnischen Gründen in einzelnen Fällen erfolgt sein. Der neue Fernsprechbahnen-Tarif kann jetzt nicht schon wieder ermäßigt werden. Auch ein weiteres Entgegenkommen in der Beförderung von Druckarbeiten ist nicht angezeigt.

Abg. Noeren (C.) tritt für die Resolution seiner Partei ein, die eine ständige Statistik über die Löhne und Arbeitszeit und eine erhöhte Berücksichtigung der religiösen Ortsgebäude fordert. Bei der Postverwaltung herrscht jetzt eine Geheimniskrämerei, die die Beamten verbittert. Deshalb ist eine offizielle Darlegung der Lebensverhältnisse der Postbeamten geboten. Wenn die massenhaften Ansichtskarten, die beim Oster- und Pfingstfest versandt werden, etwas später zur Beförderung kommen, so wäre das kein Unglück. Zum Schluß wendet sich Nedner gegen das Institut der gehobenen Stellen und betont, daß die Unterbeamten mit den gegenwärtigen Gehältern auch bei bescheidensten Ansprüchen nicht auskommen können. Die Postunterbeamten hätten auch volles Vertrauen zum Staatssekretär. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Kraetle: Durch dieses Vertrauen fühle ich mich angenehm berührt, ich werde ihm nach Möglichkeit entsprechen. Die gehobenen Stellen werden keineswegs nach persönlichen Sonderinteressen der Amtsvorsteher, sondern lediglich nach der Fähigkeit der Beamten verliehen. Daß unwichtige Druckarbeiten von der Sonntagsbestellung auszuschließen sind, habe ich schon früher betont. Es ist mein Ziel, die Härten der Postgebühren auf dem platten Lande zu beseitigen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Gerold (L.): Die Form der gestrigen Rede des Fürsten Radzivil war maßvoll; sie sprach wohlthuend ab von den polnischen Anlagen, die wir sonst gewöhnt sind. Für die Bewahrung oder

Nachgewahrung der Ostmarkenzulagen dürfen nicht politische, sondern nur rein sachliche Gründe maßgebend sein.

Abg. Prinz Schönau-Carolath (Hosp. der Rail.): In Deutschland ist es doch mit dem Postbetrieb am besten bestellt. An der Riviera z. B. ist es viel primitiver. Wir haben in jedem kleinen Ort ein Postamt. Ich freue mich über die vernünftige Anstellung von Frauen. Im Spreewald muß der telephonische Verlehrs weiter ausgebaut werden.

Abg. Dr. Stücker (mitbl.): Wir sind zwei Aufschriften von Unterbeamten zugegangen, die beide die Bildung eines über das ganze Reich sich erstreckenden Unterbeamtenvereins für notwendig erklären im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Dadurch würde die Socialdemokratie nicht gestärkt, sondern im Gegenteil ein Mittel geboten werden gegen die Verführung durch die Socialdemokratie. Ich glaube nicht, daß der socialdemokratische Geist schon tief in die Kreise der Postbeamten eingedrungen ist. In Bayern und Württemberg hat man keine schlechten Erfahrungen mit den Unterbeamten-Verbänden gemacht. Der Regierungsdirektor Conrad sagte im bayerischen Landtag, mit Verbänden sei leichter zu verhandeln als mit Massen. Die Organisation der Postbeamten ist nicht nur eine Gefahr, sondern auch eine Hoffnung.

Die Sonntagsruhe muß strenger durchgeführt werden. Ich werde mich nicht eher zurüben geben, als bis daß das Rasteln der Gepäckwagen am Sonntagmorgen aufgehört hat (Dravo! rechts.) Dem Volke ist Sonntagsruhe gleichbedeutend mit Sonntagsheiligung. Nicht nur die Behörden, sondern auch die Geschäfte müssen uns in unserem Bestreben unterstützen. Viele jüdische Geschäfte lehnen es ab, vom Freitagabend bis Sonnabendabend von der Post befreit zu werden. Dann können sie auch bis zum Montag warten. (Sehr richtig! rechts.)

Die Dienstalterzulagen der Landbriefträger müßten von 50 Mark auf 75 Mark erhöht werden; ihre wöchentliche Dienstzeit sollte höchstens 60 Stunden betragen. Ich behalte mir vor, weitere Wünsche der Postbeamten bei den einzelnen Titeln vorzubringen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Kopsch (Fr. Bg.):

Es war bisher nicht Sitte in diesem hohen Hause, Redakteure polemik fortzuführen, die zur Fortsetzung der Verhandlungen nichts beiträgt. Wenn alle Abgeordneten, die täglich in der Zeitung des Herrn v. Gerlach angegriffen werden, in dieser dreiten Weise hier antworten wollten, würde der Gang der Verhandlungen noch wesentlich schleppender werden als jetzt. Aber die andern Kollegen, die Redakteure sind, können an Wert- und Selbsteinschätzung der eignen Persönlichkeit mit Herrn v. Gerlach nicht konkurrieren. (Große Heiterkeit und Zustimmung rechts.) Der Artikel der „Freisinnigen Zeitung“, auf den Herr v. Gerlach Bezug nahm, war notwendig gegenüber dem einen Artikel der „Berliner Zeitung“ mit der Aufschrift „Herr v. Gerlach und die Postunterbeamten“, einem Artikel, der den allerneuesten Stern des allerneuesten Liberalismus ins hellste Licht setzen sollte. (Heiterkeit bei der Freisinnigen Volkspartei und rechts.) Unser Artikel war notwendig auch gegenüber den Postunterbeamten. Herr v. Gerlach hatte behauptet, daß die bürgerlichen Parteien diesen gegenüber ihrer Pflicht nicht nachgekommen wären. Die Postunterbeamten sind aber auf das Wohlwollen aller bürgerlichen Parteien angewiesen und wir haben uns jedes Jahr reichliche Mühe gegeben, ihre Stellung aufzubessern. Allerdings sind wir mit der großen Mehrheit des hohen Hauses davon überzeugt, daß diese Aufbesserung nicht durch Reden nach unten, sondern durch Ueberzeugen nach oben erreicht wird. (Lebhafte Beifall bei der Freisinnigen Volkspartei und rechts, große Unruhe links.) Auch heute vor wieder die Tendenz der Gerlachischen Ausführungen: „Die Vorgesetzten taugen nichts!“ Im Lande dranhin macht man leider nicht den gehörigen Unterschied zwischen Vertretern der Freisinnigen Volkspartei und denen der Freisinnigen Vereinigung, zu der Herr v. Gerlach jetzt ja gehört. Deshalb müßte Herr v. Gerlach als nicht zu und gehörig gekennzeichnet werden. Es war dieselbe Abschüttelung notwendig, wie sie Herr Drömel im Abgeordnetenhaus gegenüber den Heberlein des Pfarrers Raumann in der „Hilfe“ vornehmen mußte. Herr v. Gerlach ist ja neulich von seinen politischen Freunden, den Herren Graf Reventlow und Liebermann v. Sonnenberg, kräftig abgeschüttelt worden. Die Form der Abschüttelung —

Präsident Graf Ballessem (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, nicht immer das Wort „Abschüttelung“ zu gebrauchen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Kopsch (fortfahrend):

Die Form der Ablehnung war ja etwas sonderbar, aber die Herren werden wissen, was ihren politischen Freunden zukommt. (Große Heiterkeit rechts und ländig wachsende Unruhe links.) Genau so wie die Herren von der äußersten Linken nichts von dem socialen Liberalismus des Herrn v. Gerlach wissen wollen, will sie sehen, daß es nur aus ein Stimmwerden aus ihre Kosten heraustritt, genau so wenig wollen wir etwas von diesem socialen Liberalismus wissen. Ich habe diese Ausführungen in voller Uebereinstimmung mit allen meinen politischen Freunden gemacht. (Wiederholtes Hört! hört! und lebhafter Beifall rechts.) Aus unserer allgemeinen Anerkennung, daß eine Aufbesserung der Gehälter notwendig ist, mag der Herr Staatssekretär eine Lehre ziehen. Ebenso einmütig stehen wir gegenüber dem Bestreben, das Vereins- und Versammlungsrecht der Postbeamten einzuschränken. Ich unterschreibe in dieser Hinsicht die Ausführungen der Kollegen Eichhoff, Gröber und Stücker. Gleich dem Kollegen Stücker hielt ich es für das Beste, wenn die Vorgesetzten selbst als Freunde und Berater ihrer Untergebenen in die Versammlungen gingen.

Den Wunsch auf Vorlegung einer Statistik über die tägliche Dienstzeit der Postbeamten möchte ich unterstützen. Die jetzige Dienstzeit — 60—70 Stunden wöchentlich — ist zu reichlich. Auch der Sonntagsdienst sollte soweit wie möglich eingeschränkt werden. In der Bemessung der Urlaubszeit bestehen Verschiedenheiten, infolgedessen sich leicht der eine Beamte gegen den andern zurückgesetzt fühlt. Zu Anfang Juli suchte nach den Hamburger neuesten Nachrichten ein Postbeamter wegen eines Lungenstich-Katarrhs im Urlaub nach. Erst im Oktober wurde ihm dieser Urlaub gewährt! Das ist der Bureaucratismus in der schönsten Form. — In die Personalkosten muß den Beamten Einsicht gewährt werden, damit eventuell Unrichtigkeiten und falsche Auffassungen berichtigt werden können. — Im allgemeinen verdient unsre Postverwaltung durchaus den Ruhm, den sie in der Welt genießt. (Dravo! links.)

Abg. Dabach (C.): Ich halte die Uebersetzungsstellen für ganz überflüssig. Ich habe hier ein Couvert, das zunächst in polnischer Sprache die Worte enthält: „An den Herrn Erzbischof“ — dann kommt der Name: Florian Stabietowski. Jeder Kubjunge hätte den Brief ohne weiteres richtig im bischöflichen Palais abgeben, aber die Post sandte ihn zunächst auf die Uebersetzungsstelle! Die Post sollte sich nicht von der antipolnischen Chilianerungspolitik ins Schlepptau nehmen lassen. Heute schreiben viele Polen die Adressen polnisch, weil sie wissen, die Post ärgert sich darüber. Wenn die Post sich nicht ärgerte, kämen keine polnischen Adressen mehr. (Heiterkeit.) — Wir wünschen die Postfreiheit für Briefe und Pakete, die Soldaten in die Heimat senden. In der steten Verführung mit der Heimat liegt ein ethisches Moment.

Staatssekretär Kraetle: Briefe aus dem Auslande in fremden Sprachen erledigen wir, so gut es möglich ist. Das sind Einzelfälle. Die polnischen Briefadressen aber stellen Chitanen dar, die der Post bereitet werden. Man hat geglaubt, man könnte die deutsche Postverwaltung zwingen, die polnischen Briefe zu

befördern. Darin liegt eine Herausforderung. — Die Porto-
freiheit für Sendungen, die von den Soldaten abgehandelt
werden, hat früher bestanden. Sie ist aber wieder abgeschafft worden,
weil man damit traurige Erfahrungen gemacht hat. Ein „Soldaten-
paket“ erwies sich z. B. als von einer Witwe abgehandelt und enthielt
zwei Damenhüte, eine Tüllhaube und ein Haarband. (Große
Heiterkeit.) Es ergeben sich also da große Schwierigkeiten.
Ich sehe auch nicht recht ein, inwiefern der Soldat
so viele Pakete abzuhändigen hat. Daß er welche bekommt, wünschen
wir alle. (Heiterkeit.) Ich möchte vorschlagen, es bei dem bestehenden
Zustand zu belassen.

Darauf verträgt das Haus die Weiterberatung auf
Sonnabend 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung, Freitag, 19. Februar 1904, 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller.
Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbe-
verwaltung wird beim Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Hammer (L.): Herr Rosenow erklärte den Grafen Posa-
dowsky für eine Autorität auf dem Gebiete des Handwerkerhandels.
Das muß ich entschieden bestreiten. Graf Posadowsky ist nur Autorität
auf dem Gebiete des Arbeiter-, aber nicht des Arbeitgeberhandels. Er
hat kein Geld für eine Handwerker-Enquete und kein Geld
für die Versicherung der Kleingewerbetreibenden. Die Witwen-
und Waisenversicherung müßte im Reichstage von unsrer
Fraktion abgelehnt werden, wenn sie nicht auch auf diese Klein-
gewerbetreibenden ausgedehnt wird.

In den Handwerkerkammern sollen die kleinen Leute majorisiert
werden. Das ist unrichtig, wohl aber trifft dies zu für die Handels-
kammern. In der Handelskammer in Berlin, zu deren Errichtung
die Freisinnigen erst durch den Herrn Minister gezwungen werden
mußten, sitzen nur zwei kleine Kaufleute.

Abg. Brömel (fr. Bg.):

Alles, was die Konservativen bisher an gesetzgeberischen Maß-
nahmen für das Handwerk vorgeschlagen haben, erinnert mich an
das Wort jenes Wanderlehrers des Bundes der Landwirte in Bezug
auf das beste Heilmittel für die Landwirtschaft: Mist, Mist und noch
einmal Mist; ich kann Ihnen diesen Mist nicht warm genug ans Herz
legen. (Große Heiterkeit.) Die Maßnahmen zum Schutze des Handwerks
haben bisher nur die Socialdemokratie gefördert. (Widerspruch rechts.)
Der Vorwurf des Vorredners gegenüber der Berliner Handels-
kammer war durchaus unbillig. Die geringe Anzahl kleiner
Kaufleute in dieser Kammer ist lediglich auf die vollkommene Teil-
nahmslosigkeit der kleinen Kaufleute bei den Wahlen zurückzuführen;
sie betrug nur 1 Prozent.

Minister Müller:

Die Handwerkerkammern sind nicht so unthätig, wie man es
hinstellt, sie haben insbesondere auf dem Gebiete der Ausbildung des
Handwerks viel getan. Mit der Enquete für Preußen vorzugehen,
halten wir nicht für praktisch, zumal ich die feste Hoffnung habe, daß
im nächsten Jahre in den Reichsetat die nötigen Mittel ein-
gestellt werden.

Abg. Rosenow (fr. Bp.):

Wir wollen den Handwerkerstand gesund und stark machen von
innen heraus. Herr Hammer möchte ich bemerken: Ich kann es
nur mit Freuden begrüßen, daß schon vor 40 Jahren die Frei-
sinnigen den gesunden Gedanken der Beschaffung billiger Lebens-
mittel vertreten haben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Hammer (L.):

Die schwache Wahlbeteiligung der kleinen Leute an den Handels-
kammer-Wahlen liegt einfach daran, daß diese kleinen Leute bei dem
jetzigen Wahlrecht keine Aussicht haben, genügend vertreten zu sein.
Daß die Großkaufleute die Interessen der kleinen vertreten ist aus-
geschlossen. Herr Brömel möchte ich bemerken, daß Mist nicht nur
ein landwirtschaftliches Produkt ist, sondern auch in Reden manchmal
zu finden ist. (Heiterkeit rechts.)

Präsident v. Kröcher:

Herr Abgeordneter, solche Bemerkungen dürfen Sie doch hier
nicht machen; ich rufe Sie dafür zur Ordnung!

Abg. Hammer (fortfahrend):

Wir sind auf dem richtigen Wege, nicht Sie (nach links). Sie
bedauern, daß durch diese Genossenschaften der Großhandel aus-
geschlossen wird, wir freuen uns darüber. (Bravo! rechts.)

Abg. Goldschmidt (fr. Bp.):

Nicht wir sind die Vorwärtler der Socialdemokratie, sondern die
Konservativen, indem sie das Handwerk in trügerische Hoffnungen
einwiegen, bis die Handwerker dann schließlich in der Verzweiflung
zur Socialdemokratie übergehen. Durch Ihre verkehrte Zollpolitik
versteuern Sie den Handwerkern die Rohstoffe (Sehr richtig! links.)
und erschweren ihnen die Konkurrenz. Unsern Standpunkt, den wir
seit jeher vertreten haben, hat neuerdings auch Herr Jacobsfötter in
der „Kreuzzeitung“ verteidigt. Herr Jacobsfötter erkannte auch an,
daß die Förderung des Beschäftigten nachweislich für das Hand-
werk nicht mehr zeitgemäß sei. Der letzte Handwerkerkongress hat diese
Forderung überhaupt keiner Erörterung mehr für wert erachtet.

Abg. Dr. v. Bohna (fr. L.):

Wünscht systematische Einrichtung von technischen Winterkursen für
das Handwerk. Die Freisinnigen, die sich als Freunde des Hand-
werks ausgeben, sind in der That die besten Freunde der Social-
demokratie. Nach einem Verammlungsbericht der „Vossischen
Zeitung“ soll eine der Korporationen der Freisinnigen in Berlin es
bedauert haben, daß kein Socialdemokrat in den Landtag gekommen
sei. (Widerspruch bei den Freisinnigen.)

Minister Müller sagt eine Förderung der Winterkursen zu.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Bp.):

Von der Aeußerung eines Mitgliedes unsrer Partei, die Herr
v. Bohna erwähnte, ist mir nichts bekannt. Das Bedauern, daß
kein Socialdemokrat im Landtag ist, würde doch schließlich nur dem
Gefühl einer gewissen Gerechtigkeit entsprechen. Uebrigens hat Frei-
herr v. Jeddli, der Parteigenosse des Herrn v. Bohna, am 25. No-
vember vorigen Jahres im „Tag“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er es im Interesse der Verhandlungen des Ab-
geordnetenhauses sehr beklagte, daß keine Socialdemokraten hier
vertreten seien. (Lebhaftes Hört! hört!) Es kann also aus solchen
Aeußerungen niemals gefolgert werden, daß wir besondere Freunde
der Socialdemokraten seien.

Abg. Trimbom (C.):

Das Centrum wird in seiner bisherigen Socialpolitik unentwegt
fortfahren und auch die Zusammenstellung verschiedener unsrer
Namen mit Herrn Singer wird uns daran nicht irre machen.
Die Handwerkerkammern müssen immer weiter ausgebildet werden,
auch könnte der Verkehr der Regierung mit diesen Kammern ein
regener werden. Den Herrn Minister möchte ich bitten, daß die Ver-
richte der Handwerkerkammern und leichter zugänglich gemacht
würden. Wünschenswert wäre es auch, wenn diese Berichte etwas
einseitiger abgefaßt würden, damit Vergleiche besser zu ziehen
sind. — Sehr wichtig wäre eine Bestimmung, wonach nur derjenige
Handwerker Lehrlinge ausbilden darf, der selbst die Meisterprüfung
abgelegt hat. Redner geht des weiteren auf den Kölner Wertkreis
ein. Der Regierungspräsident hat formell den Streit beendet da-
durch, daß er selbst einen Vertrag mit den Ärzten abschloß. Ich
halte das Eingreifen des Regierungspräsidenten für formell und auch
materiell berechtigt, da thatsächlich ein Notstand für die Massenmitglieder
vorlag. Ob aber alle einzelnen Maßnahmen richtig waren, das lasse ich
dahingestellt sein. Vor allem hätte man vielleicht früher eingreifen
können. Man hätte dann auch die Frist von 48 Stunden für die
Krankenkassen etwas verlängern können; dann hätte das ganze Vor-
gehen nicht so den Eindruck des Gewaltigen gemacht. Die Klausel

in dem Vertrage, daß der Regierungspräsident berechtigt sein soll,
die Sätze nach Bedürfnis herab- oder heraufzusetzen, kann nur eine
Notbestimmung sein, sonst würde sie einen direkten Eingriff in die
Selbstverwaltung der Kassen bedeuten. Ich bitte den Herrn Minister,
dafür zu sorgen, daß die Wertfrage gesetzlich geregelt wird. (Bravo!
im Centrum.)

Minister Müller:

Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn auch die Wertfrage
bei der letzten Novelle des Krankenversicherungs-Gesetzes geregelt worden
wäre. Diese Regelung ist angesichts des tief bedauerlichen Zwei-
spalts der Ärzte und Krankenkassen eine dringende. Die freie Arzt-
wahl halte ich mit gewissen Beschränkungen auch für notwendig. Was
den Kölner Streit betrifft, so sind Vertretungen beider Parteien bei
mir gewesen, jede hat der anderen die Schuld beigemessen, daß eine
Verständigung nicht zu erzielen war. Der Meinung des Herrn Vor-
redners, daß in Streitfällen früher eingegriffen werden muß, bin
ich auch und es ergibt in diesen Tagen ein Erlaß an die Regierungs-
präsidenten, der ihnen nach dieser Richtung Anweisungen giebt. Ich
hoffe, daß dieser Erlaß dahin wirken wird, ähnliche Vorgänge wie in
Köln zu verhindern. An eine Beschränkung der Selbstverwaltung
der Kassen denken wir nicht, ebensowenig wie eine solche in Köln
erfolgt ist. Dem Gedanken, daß nur Meister Lehrlinge ausbilden
dürfen, haben sich die Regierungen bisher ablehnend gegenüber-
gestellt.

Abg. Dr. Krendt (fr. L.):

polemisiert gegen den Abg. Trimbom. Die socialdemokratischen
Stimmen hätten sich, abgesehen von Sachsen, am meisten in der
Domäne des Centrums, am Rhein, vermehrt. Socialpolitik wollen
wir auch, aber wir wünschen nicht das Liebäugeln mit der Social-
demokratie.

Abg. Jellisch (L.):

Wenn auch die Freisinnigen nicht die Vorfrucht der Socialdemo-
kratie sind, so unterscheiden sich doch Freisinn und Socialdemokratie
sehr wenig. (Lachen links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich erklärt

Abg. v. Jeddli: Ich habe nie gewünscht, daß die Socialdemokratie
im Landtage vertreten sei, sondern der Sinn meiner von Herrn
Wiemer citierten Aeußerung im „Tag“ war mehr historischer Art.
Ich bedauere, daß man nicht so lebhaft Debatten haben könne wie
im Reichstag, besonders auch im Hinblick auf die im vorigen Landtag
geistig und sonst schwach vertretene Linke. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Bp.): Herr v. Jeddli hat die Richtigkeit
meiner Angaben bestritten. Was seine Bemerkung über das Auf-
treten der Linken im vorigen Landtag betrifft, so hat er sich in dem
ihm nahestehenden Organ seiner Zeit anders geäußert.

Abg. Hammer (L.): Ich habe in meiner ersten Rede einen
Angriff auf die Linke gemacht. Gleich darauf kam Herr Brömel
und begann seine Rede mit Mist. (Große Heiterkeit.) Darauf habe
ich dann geantwortet.

Der Titel „Minister“ wird hierauf bewilligt.
Beim Titel „Staatskommissar der Berliner
Börse“ erörtert

Abg. Defer (Hosp. d. freif. Bp.):

die Kursstürze am 8. und 9. Februar und im Anschluß daran die
Reformbedürftigkeit der deutschen Börsengesetzgebung. Redner tritt
für Wiederzulassung des Terminhandels ein, dessen Verbot der
Hauptgrund für die Schwäche der deutschen Börsen bildet. Das
Verbot ist zu eifertig erlassen worden. Gerade durch das
Verbot ist erst eine wilde Spekulation eingetreten. Ange-
lockt durch die Kursstürze werden die Spekulanten, ab-
gesehen von dem großen Publikum. Als das jetzige
Börsengesetz noch nicht bestand, blieben bei ähnlichen kriegerischen
Verwicklungen unsere deutschen Börsen fast unberührt. Deutschland
als kapitalarmes Land ist besonders darauf angewiesen, sich die
denkbar beste Organisation für den Weltmarkt zu schaffen. Das
Börsengesetz hat nur den Großbanken genügt, besonders aber die
Provinzialbankiers geschädigt. Nur das Ausland hat Vorteil von
unserm Börsenriegel gehabt. Die Zeit zur Wiederaufhebung des
Terminhandelsverbots ist gekommen. Die Reform muß außerdem
den Differenzentwandel beseitigen. Der Minister hat ein Börsen-
reformgesetz ausgearbeitet. Warum ist es noch nicht dem Reichstage
vorgelegt worden. Hoffentlich geschieht dies nun recht bald.

Handelsminister Müller:

Die Börsengesetznovelle ist in der Thronrede angekündigt und sie
wird dem Reichstage vorgelegt werden. Wenn es bis jetzt noch nicht
geschehen ist, so liegt das an der Geschäftslage des Reichstages, der
trotz aller langen Reden, die gehalten werden, doch das Bestreben
hat, den Etat rechtzeitig zu erledigen. Die Vorlage soll die Erhebung
des Differenzentwandes für unzulässig erklären. Dagegen kann ich
eine Wiederzulassung des Terminhandels nicht in Aussicht stellen. Man
darf nicht die notwendige Reform gefährden dadurch, daß man zu viel
fordert und deshalb will auch ich mir bei der Vorlage die Einschränkung
auferlegen. Der Vorwurf des Herrn Vorredners, daß die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“ das Publikum über die Kriegsausichten ge-
täuscht habe, ist unbedeutend. Der Korrespondent dieses Blattes ist
ebenso überrascht gewesen durch den Ausbruch des Krieges wie der
Kommandant von Port Arthur. (Heiterkeit. Sehr richtig! rechts.)

Abg. Frhr. v. Jeddli (fr. L.):

Es ist Thatsache, daß unsere Börsen am 8. und 9. Februar nicht
funktioniert haben. Der Hauptgrund für diese traurige Erscheinung
liegt meiner Ansicht nach in dem Verbot des Terminhandels für
Industrie- und Montanwerte. Ich bin für eine Wieder-
zulassung des Terminhandels, ebenso wie für die Un-
zulässigkeit der Erhebung des Differenzentwandes. Der Staat
hat das Recht der Aufsicht, Mißbräuche und Auswüchse müssen
beseitigt werden, aber berechnete Formen des Handels dürfen nicht
gefährdet werden. Die Spekulation ist auf das Cassegeschäft
gedrängt worden. Die Kursstürzungen sind dadurch immer größer
geworden. Der Zweck des Verbots des Terminhandels in Industrie-
und Montanwerten war eine Eindämmung der Spekulation, dieser
Zweck hat sich nicht erfüllt. Man muß also an Stelle des
untauglichen ein taugliches Mittel setzen. Vielleicht ist es
ein taugliches Mittel, wenn man Leute, die nur ein geringes
Einkommen haben, den Differenzentwandel machen läßt. Die Banken
würden dann mit diesen Leuten überhaupt keine Spekulationsgeschäfte
machen und damit wäre viel erreicht. Wenn sich der Geizhacker in
einer Maßregel geirrt hat, dann muß aber möglichst schnell Remedium
eintreten. Der Terminhandel muß so bald als möglich wieder zu-
gelassen werden.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr
verlagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages unterbrach am Freitag die
noch nicht beendete Beratung des Militär-Etats, um zunächst die
noch nicht erledigten Petitionen zum Post-Etat aufzu-
arbeiten. Es handelt sich zumeist um Klagen verschiedener Beamten-
kategorien, die sowohl in der Kommission, als auch im Plenum schon
früher behandelt worden sind. Hervorgehoben sei eine Petition der Post-
unterbeamten, die nach einer tadellosen Dienstzeit bei lebensläng-
licher Anstellung den Titel Oberpostsekretär zu erhalten wünschen. Zu-
gleich wird in dieser Petition darum gebeten, daß auch für
die Postunterbeamten in kleinen Städten die Kosten ärztlicher
Konsultationen von der Verwaltung getragen werden, wie
das in größeren Städten schon jetzt der Fall sei. Der
Vertreter der Regierung erklärte das damit, daß
in den größeren Städten die Verwaltung Vertrauensärzte habe; da
sei es den Unterbeamten gestattet, die ärztliche Hilfe bei diesen
unentgeltlich in Anspruch zu nehmen. Abg. Singer stellte fest,
daß hier eine nicht zu rechtfertigende Unterscheidung zwischen den

Beamten in großen und kleinen Orten stattfindet. Es sei
vielleicht unmöglich, in den kleinen Städten auch Vertrauens-
ärzte anzustellen, wohl aber sei möglich, daß man die Kosten der
ärztlichen Hilfe auf die Postkasse übernehme. Abg. Müller-
Sagan wies auf die Einrichtung der Bahnärzte hin, die wohl auch
von der Postverwaltung nachgeahmt werden könne. Abg. Gröber
regte an, ob die Postverwaltung nicht in kleinen Städten mit anderen
Behörden ein Abkommen treffen könne, wonach ein Arzt den Unter-
beamten aller dieser Behörden kostenlos zur Verfügung stehe.

Ein Vertreter der Reichs-Postverwaltung ging näher auf die
Institution der Postvertrauensärzte ein und gab zu erwidern, daß
die den Postunterbeamten am Eige der Vertrauensärzte für ihre
Person gewährte Vergütung kostenloser ärztlicher Versorgung auf
das ganze Reichs-Postgebiet ausgedehnt, erhebliche finanzielle Auf-
wendungen erfordere. Abg. v. Richtigsofen tritt auch für die kosten-
lose ärztliche Fürsorge für die Postunterbeamten im ganzen Reich ein.
Abg. Singer bittet, daß für den nächsten Etat eine Nachweisung
vorgelegt werde, aus der sich ergibt, in welchem Dienstalter die
Unterbeamten in die sogenannten gehobenen Stellen eingereiht sind.
Der Referent beantragt die Petition zur Verückichtigung zu über-
weisen, was mit großer Mehrheit angenommen wird.

Hierauf erfolgte die Beratung des Etats der ostasiatischen Be-
satzungsbrigade, die wie an anderer Stelle des Blattes behandelt
haben.

Entschädigung unschuldig Verhafteter. Mit auffälliger Hart-
näckigkeit traten auch gestern die Regierungsvertreter in der Kom-
missionsberatung jeder Erweiterung der Entschädigungspflicht entgegen.
Staatssekretär Niederding wiederholte die Drohung, das ganze Gesetz
werde scheitern, wenn die Regierungsvorlage dahin geändert werde,
daß auch die im Vorverfahren aus der Haft Entlassenen Entschädigung
sollten fordern dürfen. Abg. Bargmann (fr. Bp.) betonte das
Recht des Reichstages, ihm zugegangene Regierungsentwürfe nach
seinen Wünschen zu ändern und hielt die socialdemokratische Fassung
des ersten Absatzes in § 1 für die glücklichste. Die Abgg. Burtage
und Schmidt-Warburg (C.) hoben hervor, daß auch die kurzen, un-
schuldig erlittenen Untersuchungshaften schwere Schädigungen nach
sich ziehen könnten. Erkläre der Staatssekretär, die Erweiterung des
Entschädigungsrechtes mache die Vorlage der Regierung unannehm-
bar, so werde der Reichstag sich fragen, ob für ihn ein Gesetz an-
nehmbar sei, das die Entschädigungsfrage so einseitig und ungerecht
regelt wie der Entwurf.

Prozesse (Soc.): Es ist die höchste Zeit, daß dem willkürlichen
Erlaß von Haftbefehlen durch Staatsanwälte Einhalt gethan
wird. In Göttingen ist gegen den Verleger der „Göttinger Zeitung“,
der mit dem Göttinger „Amtsblatt“ in Differenzen geraten war,
gegen den jedoch nicht das mindeste vorlag, vom Staatsanwalt,
einem jungen Assessor, ein Haftbefehl beantragt, und nur durch
einen alten, vernünftigen Amtsrichter ist der Haftbefehl ver-
weigert worden. Das Göttinger „Amtsblatt“ hat trotz-
dem durch die Veröffentlichung, gegen den Verleger der
„Göttinger Zeitung“ habe ein Haftbefehl erlassen werden
sollen, seinen Konkurrenten geschäftlich schwer geschädigt. Auf
seine Beschwerde wurde dem Geschädigten die Antwort, der Staats-
anwalt sei „disziplinarisch“ zur Verantwortung gezogen worden.
Das genüge nicht. Wenn einer der Regierungskommissare so leichtsin-
nig von „kleinen Fällen“ gesprochen habe, die nicht entschädigt zu
werden brauchten, so dürfe nicht außer acht gelassen werden,
daß auch diese angeblich „kleinen Fälle“ den Betroffenen
schwere seelische Qualen und Vermögensschädigungen bereiten
können. Abgeordneter Stadthagen (Soc.): Der Staatssekretär hat
darauf hingewiesen, daß vor 20 Jahren die hervorragenden Juristen
des Reichstages dieselbe Stellung eingenommen haben, die der Ent-
wurf einnimmt. Er hat aber vergessen hinzuzufügen, daß im
Prinzip der Reichstag schon damals seine weitgehend
Forderung anerkannt hat. Seitdem haben die Staatsanwälte
durch ihr Vorgehen sehr dazu beigetragen, daß das allgemeine
Rechtsempfinden nunmehr die Entschädigung für jede unschuldig
erlittene Untersuchungshaft fordert. Schließlich fand unter Ablehnung
der socialdemokratischen Anträge § 1 Absatz 1 in folgender Fassung
einstimmige Annahme:

Personen, die im Strafverfahren freigesprochen oder außer
Verfolgung gesetzt sind, können für erlittene Untersuchungs-
haft Entschädigung aus der Staatskasse verlangen, wenn das Verfahren
ihre Unschuld ergeben hat; Unschuld liegt auch dann vor, wenn
kein dringender Verdacht mehr besteht. Der Untersuchungs-
haft steht gleich die vorläufige Festnahme und die Verhaftung.

Somit sind gegen den Willen der Regierung auch solche Fälle
zu entschädigen, in denen bereits durch den Staatsanwalt im Vor-
verfahren die Entlassung aus der Haft verfügt werden mußte.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 25. Februar.

Kaufmannsgerichte.

Die Beratung über die Zulassung der Rechts-
anwälte und Erhöhung der Berufungssumme
am 19. Februar fortgesetzt. Trimbom (C.) stellte,
amendiert von Semler (natl.), folgenden Antrag: „Rechtsanwälte
und Personen, welche als Angestellte von Vereinen oder sonst das
Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als
Prozessvollmächtigte oder Beistände vor den Kaufmannsgerichten
nicht zugelassen. Sie können vom Vorsitzenden auf Antrag einer
Partei zugelassen werden bei glaubhaft gemachter Verschönerung der
Partei sowie bei besonderer Schwierigkeit des Falles.“

Semler (natl.) will die Anwälte ausgeschlossen wissen, dies sei
eine Konsequenz der Einrichtung der Gerichte als sociale Institution.
Im Handelsprozeß kommen so viel intime Dinge zur Sprache, daß
eine große Geneigtheit zu Vergleichen bestehe. Diese würde der
Anwalt fördern. Den Anwälten liege auch nicht viel an dem
Wagatellprozeß, weil die Gebühren nicht den Verlust an
Zeit erliegen. Er wolle aber auch die Vereinsvorsitzenden von
der Vertretung ausgeschlossen wissen, weil dadurch agiologisch
die Prozeßführung ausgenutzt würde. Ebenso wolle er die
Winkellonjulen ausgeschlossen wissen. Lipinski (Soc.): Wei-
den Amtsgerichten habe sich trotz Vorschrift der mündlichen Verhand-
lung der Grundlag ausgebildet. Klagen durch Schriftsätze einzuleiten und
durchzuführen. Lasse man die Anwälte zu, so werde dieser Grundlag auch
Eingang bei den Kaufmannsgerichten erlangen. Hierdurch, sowie durch das
Hinzuziehen von Anwälten werde das Verfahren nur verschleppt und
nicht gefördert. Durch den Ausschluß der Anwälte bei den Gewerbe-
gerichten haben sich Unzulänglichkeiten für den Prozeß nicht ergeben.
Die Auslegung des Begriffs „geschäftsmäßig Verhandeln“ seitens
des Staatssekretärs v. Posadowsky sei zu weit, nach ihr wäre jeder
Angestellte einer Organisation von der Prozeßvertretung aus-
geschlossen. Trimbom (C.) ist für den Ausschluß der An-
wälte, weil ohne Verhinderungen der Anwalte Vertagungen
eintreten müssen, der Prozeß also verschleppt wird. Nur
in besonderen Fällen soll die Vertretung der Partei
zugelassen werden, was sein Antrag erreichen wolle. Der § 32 des
Gewerbegerichts-Gesetzes gebe eine Handhabe, die Kosten herab-
zumindern. Preussischer Vertreter Dr. Gablich und Bundesrats-
bevollmächtigter Dehrüßler plaidieren für Zulassung der Anwälte,
ebenso Dove (fr. Bg.) und Müller-Reinigen. Singer (Soc.):
Die Handlungsgehilfen und ein Teil der Prinzipale petitionieren
gegen Zulassung der Anwälte, sie müssen ihre Interessen doch besser
kennen als wie die Herren am grünen Tisch. Dove und Müller
seien gegen den Ausschluß, weil sie im Prinzip gegen das ganze
Gesetz seien. Der Antrag Trimbom sei eine Halbheit, die
volle Konsequenz ziehe der socialdemokratische Antrag. Der zweite
Satz der Trimbom'schen Anträge bringe die Berichtsvorsitzenden in
eine schiefte Lage zu den Anwaltschaften, verzögere den Prozeß. Die Er-
höhung der Berufungssumme sei notwendig, weil die Summe für
die Zuständigkeit erhöht worden sei.

Staatssekretär v. Posadowsky giebt noch einmal eine, dies-
mal eingehende Deklaration des Begriffs „geschäftsmäßig Ver-
handeln“. Geschäftsmäßig verhandeln ist, wenn jemand die Vertretung
vor Gericht zu einem wesentlichen Teil seiner Lebensaufgabe oder
seiner Berufstätigkeit oder seiner Amtstätigkeit mache. Eine
andere Erklärung könne er nicht geben, wenn er sich mit Jacob

Grimm nicht in Widerspruch stehen sollte. Herbert (Zoc.) hebt hervor, daß die Gewerbevereine ebenfalls gegen Zulassung der Anwälte sind, die Ursprünglichkeit der Verhandlung selbst dürfe nicht durch dritte störend beeinträchtigt werden.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Socialdemokraten — Nichtzulassung der Anwälte — gegen deren Stimmen abgelehnt. Der erste Abgang des Antrags Trindborn einstimmig, der zweite Satz mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. Der Antrag die Verrechnungssumme auf 500 M. zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt.

Der dritte Abgang des § 15 wurde redaktionell geändert und dann der ganze § 15 angenommen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteiengenossen des zweiten Wahlkreises. Um in unserm Kreise eine Agitation zu entfalten, welche bezweckt, neue Mitglieder für den Wahlverein und Abkommen für den „Vorwärts“ zu gewinnen, findet morgen, Sonntagvormittag 8 Uhr, eine Flugblatt-Verbreitung statt. Wir eruchen die Genossen, sich in den bekannten Stellen zahlreich einzufinden.

Der Vorstand und die Vertrauensleute.

Hernsdorf. Am Sonntagnachmittag 2 Uhr findet in Hernsdorf eine Volksversammlung mit dem Thema „Die Gemeinderatswahlen“ statt. An demselben Tage abends 7 Uhr wird in Schenken-dorf bei Königs-Wusterhausen mit dem Thema „Die politischen Machtmittel des Proletariats“ eine Volksversammlung abgehalten, in der auch die Gründung eines Wahlvereins auf der Tagesordnung steht. Für beide Versammlungen hat der Reichstags-Abgeordnete Fritz Zubeil das Referat übernommen.

Ober-Schöneweide. Die Genossen werden aufgefordert, sich zu dem am Sonntagmorgen 7 1/2 Uhr vom Restaurant Kaufholt, Wilhelmshofstraße 18, aus stattfindenden Handzettel-Verbreitung recht zahlreich und pünktlich einzufinden.

Der Vertrauensmann.

Friedrichsfelde. Sonntag früh findet zur Agitation für die Gemeinderatswahl eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Loffe, Luisenstr. 20, in Karlshorst bei Kupisch, Treddow-Allee.

Nummelsburg. Die Genossen werden ersucht, sich Sonntagvormittag Punkt 8 Uhr in folgenden Lokalen zur Flugblattverbreitung einzufinden zu wollen: Tempel, Alt-Vogelagen 56; Werner, Schillerstr. 24; Burggänger, Kanstr. 44; Loens, Goeßelstraße Ecke Kanstr. 44; Jage, Prinz-Albertstr. 13/14; Otto Wengler, Neue Prinz-Albertstr. 17.

Der Vorstand.

Blankenfelde. Wahlverein Bezirk Pantow. Die erste Mitglieder-Versammlung hier selbst findet am Sonntagnachmittag 4 1/2 Uhr im Lokal von Tinius statt. Genosse Davidsohn-Vorwärts referiert über „Die Einführung in die Gedankenwelt der Socialdemokratie“. Zahlreicher Besuch der Mitglieder, auch aus den Nachbarorten, wird erwartet.

Lokales.

Bernau und Berlin.

Als bei den Abgeordnetenwahlen im November vorigen Jahres die Kirche zu Bernau von amtswegen als Wahllokal bereit gestellt war, erhob sich in der konservativen Presse ein heilloser Geschrei. Der Umstand, daß konservative, freisinnige und socialdemokratische Wähler in dem einen Punkte einig waren, daß die zu profanen Zwecken bereitgestellte Kirche für den Tag der Wahl auch ihres kirchlichen Charakters entseufet sei, hatte selbstverständlich zur Folge, daß während der langen Wahlhandlung von den Wahlmännern ohne Unterschied der Parteistellung gegessen, getrunken und geraucht wurde. Konservativen Blättern fiel es nun bei, deswegen von Kirchen-schändung zu reden, und zwar in dem Sinne, daß sie ihren „Kirchenschändenden“ Parteiengenossen sühnwiegend Absolution erteilten, die socialdemokratischen Wähler jedoch in ihrem Gerechtigkeitsgefühl der Polizei denunzierten. Diese kerndeutsche Leistung der konservativen Blätter hatte denn auch die Wirkung, daß der Minister eine Untersuchung der Angelegenheit versprach, von deren Ergebnis jedoch bis jetzt kein Sterbenswort an die Öffentlichkeit gedrungen ist.

Warum wir diese Sache wieder aufzählen? Nun, weil in den letzten Tagen sich in der vornehmsten Kirche Berlins, der durch die weggenommene Kamels-Inskript berühmten Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, während einer kirchlichen Handlung Szenen ereignen haben, die im Gegenfatz zu den Bernauer Vorgängen wirklich nach Kirchenschändung aussehen. Und diese die Kirche entwürdigenden Vorgänge sind herbeigeführt worden von Damen und Herren, die auch der böseste Wille nicht mit der Socialdemokratie in Beziehung bringen kann. Der Fall liegt so: Vor einigen Tagen hat die bekannte am königlichen Schauspielhaus engagierte Tragödin Fräulein Rosa Poppe Hochzeit gefeiert. Ein Vorgang, der die Deffentlichkeit verzeufl wenig angeht, der aber doch vorher von der Berliner Klatschpresse unter Angabe von Ort, Tag und Stunde, wann die Trauung stattfinden sollte, publiziert worden war. Die Folge war, daß zur bekanntgegebenen Zeit die gelangweilten alten Weiber Berlins ohne Unterschied des Geschlechts und Alters sich nach der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, als dem Ort der Trauung, auf die Strümpfe machten. Was nun geschah, das mögen unsere Leser und Lesערinnen aus einer Zuschrift entnehmen, die der Küster der erwähnten Kirche, Herr C, vom Orde, um sich der gegen ihn erhobenen Angriffe zu erwehren, dem „Berl. Börsen-Courier“ zuwendet:

„Es liegt sich natürlich nicht im entferntesten vorhersehen, daß ein solch ungeheurer Andrang zur Trauung sein würde. Schließlich ist doch der Bekanntheitskreis des Fräulein Poppe als Mitglied des königlichen Schauspielhauses, dessen Fortalen sich nur den besseren, begüterten Bevölkerungsklassen öffnen, auch begrenzt, zumal dem Mittelstande wohl die Zeit gefehlt haben dürfte, der Trauung beizuwohnen. Die Polizei ist gleichwohl von mir auf die Trauung aufmerksam gemacht worden. Die geringe Zahl der Schutzleute erklärt sich daraus, daß auch die Polizei einen derartigen Andrang zu einer Trauung für unmöglich hielt. . . . Nun zu den Eintrittsarten. Nach eigener Angabe hat Herr Dr. Leva 400 Karten ausgegeben. Er wünschte aber, daß jeder freie Platz besetzt würde. Es blieben also noch 1400 Plätze verfügbar. Beim Öffnen der Thüren um 4 Uhr — ein früheres Öffnen der Kirche war nicht möglich, weil noch eine Gefangene zur Trauung stand — stand das Publikum wie eine Mauer bis auf den Zahrdamm. Durch das Drängen der Hinterstehenden wurden die Vordersten hineingestoßen, die Kirchendiener beiseite gedrängt. Die nach außen sich öffnenden Kirchenthüren konnten nicht mehr geschlossen werden. Die zum Abgrenzen der für die mit Karten versehenen Personen bereit gehaltenen Plätze bestimmten, fünf Centimeter starken Taue wurden niedergetreten, zer-schnitten. Zur Befriedigung der Keugierde netterte das Publikum auf die Bänke, auf die Lehnen und Fensterbrüstungen, die zerstörte Politur der Bänke bezeugt es. Als es gelang, die Thüren zu schließen, harreten noch Tausende draußen, durch Anknöpfen und Lärmen die Thüren störend. Jeder Versuch, in der Kirche Ordnung zu schaffen, war vergeblich: „Was wir entzwei machen, bezahlen wir“, war auf Bitten wie Befehlen die Antwort. . . . Das ganze Verhalten des Publikums erinnerte hart an die Szenen, die sich bei den Trauungen reicher Erbinnen in Amerika

zutragen. Die der Würde des Gotteshauses zuwiderlaufenden Auftritte, sowie der große Andrang erklären sich nur durch die Keugierde, die alle Schranken der Ordnung und der guten Sitte durchbrach. Die mir gemachten Vorwürfe fallen auf die Urheber selbst zurück.“

Aus der Darstellung des Küsters geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß derselbe keine unter dem „verrohernden“ Einfluß der Socialdemokratie stehenden Arbeiter, sondern Herren und Damen aus den angeblich besten Gesellschaftsklassen den von ihm geschilderten Unfug verübt haben. Bis jetzt haben wir noch nicht bemerkt, daß die Blätter, die aus Anlaß der Bernauer Angelegenheit so häufig Empörung markierten, sich ob der hier von dem Kirchendiener so anschaulich geschilderten Entweihung eines Gotteshauses sonderlich entrüstet hätten.

Aus der Magistrats-sitzung vom Freitag. Eine Erweiterung der polizeilichen Funktionen des Magistrats steht bevor. Die auf die Ver- und Entwässerung der städtischen Grundstücke bezüglichen Funktionen beabsichtigt der Oberbürgermeister bezw. der Berliner Magistrat zu übernehmen. Diese Erweiterung der polizeilichen Funktionen des Berliner Magistrats ist schon aus dem Grunde von Wert, weil die Entwässerung der Grundstücke schon seit längerer Zeit in den Händen der städtischen Verwaltung liegt. Der Magistrat hat der Uebernahme dieser polizeilichen Funktionen zugestimmt und wird der Stadtverordneten-Versammlung eine besondere Vorlage zu gehen lassen. Die Aufsicht soll von der städtischen Polizeibehörde ausgeübt werden.

Gesindebelehungs- und Unterhaltungs-fonds. Der Stadtverordnete Rechtsanwalt Ullstein hat mit seinen Freunden zum Stadthaushalts-Etat des Gesindebelehungs- und Unterhaltungs-fonds für das Etatsjahr 1904 folgenden Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit den zuständigen Staatsbehörden in Verbindung dahin zu treten, daß der § 3 des Statuts der Belehungs- und Unterhaltungsanstalt für das Gesinde in Berlin aufgehoben oder daß von der Erhebung der in diesem Paragraphen gedachten Einrichtung von je fünf Silbergroschen für jeden Diensthier und für jeden Dienstwechsel in Zukunft Abstand genommen werde.“

Der Minimallohn der städtischen Arbeiter. Es wird uns geschrieben: Als der Stadtv. Singer in der letzten Stadtverordneten-Sitzung in durchaus zutreffender Weise den merkwürdigen Zustand kritisierte, daß trotz des Beschlusses des Magistrats, den städtischen Arbeitern einen Anfangslohn von 3,50 M. zu gewähren, doch noch Betriebe vorhanden sind, die diese bescheidene Summe nicht zahlen, bezweifelte Oberbürgermeister Kirchner diese Thatsache. Er hat darum, ihm solche Fälle mitzuteilen. Genosse Singer wies auf die Parkarbeiter hin, die nach Ansicht des Oberbürgermeisters keine Volkarbeiter sind. Es erscheint äußerst bedauerlich, daß die Parkverwaltung immer wieder den Anschein zu erwecken sucht, als ob nur alte und schwächliche von der Armenverwaltung überwiesene Arbeiter in den städtischen Parks Beschäftigung fänden. Das ist nicht der Fall. Es werden besonders im Frühjahr Leute eingestellt, die sich in Vollbesitz ihrer Kräfte befinden, wenn auch die Rot sie dazu getrieben hat, diese Arbeit anzunehmen. Aber auch die älteren Leute müssen ein ganz reales Tagewerk für ihren Lohn leisten. Die Arbeitszeit beginnt um 6 Uhr morgens und endet in der Zeit vom 1. April bis 15. September 7 Uhr abends, von da bis 1. Oktober 6 1/2 Uhr, bis zum 15. Oktober 6 Uhr, bis 1. November 6 1/2 Uhr, bis 14. Februar 5 Uhr und dann steigt sie wieder bis 7 Uhr. Die Mehrzahl der Arbeiter rechnet mit einer 13stündigen Arbeitszeit, da die Mittagszeit als Ruhepause kaum erheblich in Betracht kommt. Um 5 Uhr früh muß der Parkarbeiter seine Wohnung verlassen und spät abends kommt er erst wieder nach Hause. Daß für eine solche Thätigkeit die Vergütung von 3,50 M. nicht glänzend ist, sollten sich auch die Herren der Verwaltung sagen. Auf dem Schlauch- und Viehhofe wird der versägte Anfangslohn auch nicht bezahlt. Dort bestand unter dem früheren Direktor das Verhältnis, daß nur neun Stunden gearbeitet, dafür aber 3,50 M. an Tagelohn gezahlt wurden. Die neue Direktion hat eine Änderung insofern vorgenommen, daß jetzt Stundenlöhne gezahlt werden und die Arbeiter dabei nur auf 3,15 M. zu stehen kommen. Und es sind deren nicht wenige, die nunmehr hoffentlich in den Genuß des Minimallohnes kommen. Die Stadt Berlin sollte endlich einmal dafür sorgen, daß die Beschlässe der städtischen Kollegien bei den Betriebsleitern die nötige Beachtung finden.

Für Kerze und Publikum ist eine Entscheidung des Amtsgerichts, die in den „M. f. Rechtspl.“ ausführlich mitgeteilt wird, von Interesse. Zu einem Arzt kam ein Votum mit der Bestellung, er möge sofort zu einer Entbindung kommen. Der Arz war nicht zu Hause, der Votum war damit zufrieden, daß er telephonisch gerufen werden sollte und nahm die Instrumente des Arztes gleich mit. Der Arzt begab sich auf die telephonische Benachrichtigung seiner Ehefrau mittels Drohke nach seiner Wohnung, als er aber dort angelangt und eben im Begriffe war, sich zu der Entbindung zu begeben, ersahen der Votum wieder und bestellte ihn unter Zurückbringung seiner Instrumente ab. Der Arzt verlangte darauf die angemessene Gebühr für einen dringenden Besuch, und da sie verweigert wurde, wurde er klagbar. Er ist vom Gericht abgewiesen worden. Das Gericht führt in den Gründen aus, daß der Arzt in diesem Falle überhaupt nicht die ganze Vergütung für einen dringenden Besuch hätte verlangen können, sondern nur einen feinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung. Der Arzt habe nun aber, als ihm die Auffündigung erklärt wurde, nichts weiter gethan, als sich von seinem Aufenthaltsorte in seine Wohnung zurückbegeben. Dies sei aber kein Teil der dem Votum zu leistenden Dienste, in erster Reihe nicht, weil dem Arzte für den Weg zum Patienten innerhalb seines Wohnortes überhaupt in Gemäßheit von Abschnitt B Nr. 16 der Gebührenordnung für approbierte Kerze und Zahnärzte vom 16. Mai 1896 eine Vergütung nicht zusteht, womit anerkannt ist, daß dies im Verhältnis zwischen Arzt und Patienten noch kein Teil der ärztlichen Dienstleistungen ist.

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn hat eine erhebliche Vermehrung ihrer Betriebsmittel eintreten lassen. Es sind insbesondere eine größere Zahl von Zügen eingestellt worden, die aus vier Wagen bestehen. An Stelle von einigen wenigen Bierwagenzügen sind jetzt deren sieben vorhanden. Die Züge bestehen bekanntlich aus zwei Motorwagen 2. Klasse und je einem Beiwagen 3. und 2. Klasse. Die Bierwagenzüge dienen in erster Linie zur Bewältigung des Sonntagverkehrs. Sie laufen dann regelmäßig zwischen der Ost- und Weststraße über den Potsdamer Platz. Zur Zeit dieses stärksten Betriebes sind dann nicht weniger als 17 Züge unterwegs. Jeder der Bierwagenzüge bietet ungefähr für 300 Personen Raum. Rechnet man für die Beiwagenzüge 220 Plätze, so vermag die Hochbahn gleichzeitig 4000—4500 Personen zu befördern. Auch zu den Stunden des stärksten Verkehrs an den Wochentagen werden die Bierwagenzüge eingestellt. Es ist dies insbesondere der Fall in den ersten Morgenstunden und abends zwischen 4—8 Uhr. Die Ausstattung der neuen Beiwagen entspricht der bisherigen.

Der Bahnhofsassistent auf dem Stadtbahnhofe Vörie Hugo Spielmann, der, wie gemeldet, gestern schuldig geworden, ist bereits in sicherem Gewahrsam. Die von Spielmann veramtete Summe dürfte wohl nicht so groß sein, wie ursprünglich angenommen wurde, und 6000 M. kaum übersteigen. Spielmann wurde am Donnerstagnachmittag in einem Wirtshaus am Nonjoulouplatz, wo er auch früher zu verkehren pflegte, von Kriminalbeamten angetroffen und festgenommen. Er bestreitet, das fehlende Geld der Kasse entnommen zu haben und giebt an, daß es ihm gestohlen wurde. Da er aus eigenen Mitteln nicht im stande gewesen sei, Deckung zu schaffen, sei er koplos geworden und planlos umhergelaufen. Seine Aussage wurde vorläufig durch nichts unterstützt, so daß er in Untersuchungshaft genommen wurde.

Selbstmord eines Bankiers. Nach dem „M. Z.“ hat sich der Fondsmakler Max S. Meyer in seiner Wohnung im Grunewald das Leben genommen. Meyer, ein Mann in der Mitte der fünfziger Jahre, war eine der markantesten Persönlichkeiten der Berliner Börse, an der er sich dem Vermittlungsgeschäft, speziell in Kreditattien, widmete. Es steht fest, daß umfangreiche Spekulationsverluste ihn in den Tod getrieben haben, doch weiß man 3. J. noch nicht, inwieweit eigene Operationen die Verluste herbeigeführt haben. Es verlautet, daß ein Teil seiner Klienten sich im Schutze des Börsengesetzes geweigert haben, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Meyer war Besitzer einer prächtigen Villa im Grunewald und galt für überaus vermögand. Sein tragisches Ende ist eine Folge der in den letzten Tagen eingetretenen Kurdschwünge an der Berliner Börse.

Am Teltowkanal sind die Arbeiten bereits wieder im vollen Gange. Bei Hohlbohlenbrück wird jetzt die mitten im Wasser der Teltowsee erbaute Feldbahn beseitigt. Sobald dies geschehen ist, wird die sich in Bindungen dahingehende Teltowsee gänzlich geschüttet. Interessant sind auch die Erdarbeiten auf einem großen abgeholzten Terrain zwischen Albrechts-Teerosen und dem Eisenbahn-damm der Berlin-Potsdamer Bahn. Metertief hat man dort den weichen Sand, der zu Anschlägungen beim Teltowkanal gebraucht wurde, abgefahren und statt dessen den Moorboden des Teltowsee-thales dorthin gebracht. Auf dieser Moorflur sprossen bereits grüne Grasbalme empor und an Stelle des einsigen Waldes wird bald fruchtbares Ackerland auf diesem Gelände zu sehen sein.

Wegen Nichtgrühens stellte am Donnerstagabend in der Velle-alkauestraße ein junger Offizier der Sächsischen Armee einen Mann vom Train zur Rede, fragte ihn nach Namen und Compagnie und entließ ihn mit der Bemerkung, sich am andern Morgen um 10 Uhr in der Wachtstube zu melden. Kurze Zeit nach diesem Vorfall stellte derselbe Offizier zwei Dragoner, die ihn übersehen hatten, in gleicher Weise. Aus der Menschenmenge, die sich angeammelt hatte, wurden Neugierigen des Unwillens laut, da die Leute den Offizier, der auf die Straßenbahn wartete, beim besten Willen nicht sehen konnten.

Durch fünf Messerstücke verletzt wurde in der vorletzten Nacht ein Mann, der zu früher Morgenstunden von einem Schuttmann vor dem Hause Gartenstraße 18 aufgefunden wurde. In ihm wurde der Bahnarbeiter Otto Wage aus der Marienstraße 8 ermittelt. Zunächst erhielt er auf der Unfallstation IX einen Verband und wurde dann in einem Koffischen Wagen nach der Charité gebracht. Die Messerstücke, die Kopf und Arme aufwies, will Wage von Zuhältern in einer Wirtshaus der Gartenstraße erhalten haben.

Unternehmungsgelst. Zwei junge Lebemannern wurden gestern vom Lehrter Bahnhof fort festgenommen. Einem Kriminalbeamten war aufgefallen, daß zwei junge Burken im Wartesaal des Bahnhofs sich reichlich auftragen ließen, sich in der Mücke kleiner Krösche gefielen und auch offen zeigten, daß sie eine bei ihnen sonst nicht läbliche Summe Geldes besaßen. Der Kriminalbeamte mußte sie bei der Einnahme von Lederbüßen fügen und nahm sie mit nach der Polizeiwache. Hier entpuppten sich die beiden als der Kaufmannslehrling Wilhelm Hallstump und der Laufbursche Friedrich Lotte aus Vielesfeld. Sie gestanden ein, die Reife mit einer unterschlagenen Summe von 300 M. unternommen zu haben.

Abgefaßte Einbrecher. Gestern abend in der zehnten Stunde bemerkte der Schlossermeister Rier, Rosigstr. 56, daß auf dem verschlossenen Hofe des Hauses, nahe seiner Werkstatt, fremde Leute umherliefen. Er holte einen Hausbewohner, den Konditor Sch., und beide gingen mit brennender Laterne auf den Hof, wo sich die drei Eindringlinge hinter Eisenplatten zu verbergen suchten. Während die beiden Männer auf Posten blieben, rief die Portierfrau, die inzwischen hinzugekommen war, einen Schuttmann herbei, mit dessen Hilfe es gelang, die Einbrecher festzunehmen. Diese ergaben sich, als der Beamte blank zog, in ihr Schicksal. Auf dem Wege nach dem Polizeibureau versuchte einer der Einbrecher in der Varnitzerstraße zu entfliehen, wurde jedoch sofort wieder ergriffen und gefesselt. Auf der Wache in der Teltowstraße, wohin man die drei Burken gebracht hatte, wurden sie als der Hausdiener Friedrich Böier, Aufseher Gustav Kantsch und Buchbinder Alfred Zuppa, sämtlich im Alter von 18—21 Jahren stehend, festgestellt. Man fand bei ihnen eine größere Anzahl Dietriche und Schlüssel sowie Zangen, Schraubenzieher und einen geladenen Revolver.

Der Lese- und Diskussionsklub Mosbit veranstaltet morgen Sonntag im neuerbauten zweiten Saal der Brauerei Papenhöfer, Turmstr. 20 einen kleinen Kunstabend, an welchem Herr Dr. Alberty und hervor-ragende Künstler mitwirken. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. Anfang 6 Uhr.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der Bilderschaft, Technische Hochschule, Berlin, Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, wird Herr cand. mod. Edwin Vab über: „Das Gehirn als Sitz der Geistesthätigkeit“ in der Aula der Charlotten-burger Ober-Realhule sprechen. Eintrittskarten zu 10 Pf. (Abonnement auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

Die Zählung der Sonnenscheinstunden, eine für Berlin bereits seit längerer Zeit eingerichtete, aber bisher noch wenig beachtete meteorologische Beobachtung, sucht das von den Kellern der Kaufmannschaft herausgegebene „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“ (Berlin, Verlag von Georg Reimer) unter dem Gesichtspunkte der Wichtigkeit für die Versicherungsverhältnisse über das gewerbliche Leben zu würdigen. Für die im freien arbeitenden Gewerbe giebt die Zahl der Sonnenscheinstunden, wenn auch nicht genau, so doch einigermaßen die größere oder geringere Gunst der Witterung für den Aufenthalt im Freien an, da man im allgemeinen wohl annehmen kann, daß die Dauer des Sonnenscheins ein ungünstiges Maß auch für die sonstigen einschlägigen Bedingungen abgibt. Der Bericht läßt es dahingestellt, ob dieses Mittel der Charakterisierung gerade für das Berichtsjahr 1903 zutrifft. Denn in diesem war die Zahl der Sonnenscheinstunden mit 1487 im Vergleich zu einem neunjährigen Durchschnitt von 1626 nicht gerade groß, während die gewerbliche Entwicklung ein ziemlich günstiges Bild zeigt. Aber höchst bemerkenswert ist die Vergleichung der vorangegangenen Jahre, in denen die Zahl der Sonnenscheinstunden betrug: 1895: 1789; 1896: 1619; 1897: 1557; 1898: 1417; 1899: 1524; 1900: 1748; 1901: 1904; 1902: 1629. Sie bringt mit einer Ziffer zum Ausdruck, in wie hohem Maße gerade während der kritischen Jahre die Gunst der Witterung uns zu Hilfe kam. In den günstigen Jahren ging die Zahl der Sonnenscheinstunden zurück (bis zum Jahre 1896). Von da ab stieg sie und erreichte in dem schlimmsten Jahre der Krisis, 1901, ihren Höhepunkt.

Aus den Nachbarorten.

Ueber die Schulverhältnisse in Nixdorf ergiebt der Verwaltungsbericht des Magistrats folgendes. Es sind in der Stadt vorhanden 20 Gemeindefchulen, darunter 2 katbolische. 19 sind in städtischen Schulgebäuden untergebracht, eine befindet sich in Mieträumen eines Privathauses. Am 1. Januar 1903 bestanden 17 Rektorenstellen, 211 Lehrerstellen, 23 Lehrerinnenstellen und 9 Gendarbeits-lehrerinnenstellen. Dazu kommen 4 ständige Hilfslehrerinnen. Hinzu kamen am 1. April 1903 6 Lehrer und 4 Lehrerinnen und am 1. Oktober 1903 6 Lehrer und 2 Lehrerinnen, sowie eine technische Lehrerin.

Die Zahl der Kinder, die die hiesigen Gemeindefchulen vor der Aufnahme am 1. April 1903 besuchten, betrug rund 16 000, während sie sich am 31. Dezember 1903 auf rund 18 300 belief. Es war mithin eine Zunahme von 1700 Kindern zu verzeichnen. Von den Kindern waren vor dem 1. April 1903 Knaben 8215, Mädchen 8385, am 31. Dezember Knaben 9050, Mädchen 9250. — Die vor dem 1. April 1903 vorhanden gewesenen 16 000 Schulkinder wurden in 294 Klassen und 238 Klassenräumen und die am 31. Dezember 1903 vorhanden gewesenen 18 300 Schulkinder in

117 Klassen, für die auch nur 298 Klassenräume zur Verfügung standen, unterrichtet. (Das ergibt eine unangenehm große Zahl "fliegender" Klassen.) - Vor dem 1. April 1903 kamen auf eine Lehrkraft im Durchschnitt 63 Kinder, auf eine Klasse im Durchschnitt 50,4 Kinder. Am Schlusse desselben Jahres (31. Dezember 1903) war das Verhältnis ungünstiger: pro Lehrkraft 64,7, pro Klasse 67,7 Kinder. - Für das nächste Jahr ist die Neueinrichtung von 2 Rektorstellen, 17 Lehrerstellen und einer Lehrerinnenstelle (technischer Unterricht) beschlossen worden. Die Stellen der vier ständigen Hilfslehrerinnen sollen zum 1. April aufgehoben und mit fest angelegten Lehrerinnen besetzt werden. Als technischer Beirat des Magistrats fungierte, wie bisher, der Kreis-Schulinspektor Schulrat Anders. Ende des Jahres 1903 wurde der Kursus für Kinder mit Sprachförderung wiederholt. Es nahmen 30 Kinder teil. Durch den etwa ein Vierteljahr dauernden Sturz des Sprachgebräches der Kinder soweit befristet werden, daß eine ungehörte Teilnahme am Unterricht erfolgen kann. Der Turnunterricht in den Volksschulen hatte darunter zu leiden, daß für die gesamten Volksschulen nur zwei Turnhallen zur Verfügung standen. Um dem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, ist für das laufende Winterhalbjahr die Turnhalle des Turnvereins Jahn zum Schillerturnen gemietet worden. (Bekanntlich sparen Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit entgegen den Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion an Turnhallen und Anlagen, wo es sich „nur“ um Volksschulen handelt.) Die Jugendspiele der Volksschüler, die bereits in den Vorjahren abgehalten wurden, sind im verflossenen Sommer unter Leitung von Lehrern fortgesetzt und gefördert worden. Zu ihrer weiteren Förderung wurden im Sommer zwei Leiter der Jugendspiele auf Kosten der Stadtgemeinde zu dem in Dresden stattgefundenen Kongress für Volks- und Jugendspiele entsandt. Um dem durch das außerordentlich starke Anwachsen der Schülerzahl (1701 Schüler im letzten Jahr) eintretenden Mangel an Schulklassen zu begegnen, haben die städtischen Körperschaften beschlossen, daß außer dem Schulhaus am Herbergraben, welches voraussichtlich am 1. Oktober dieses Jahres mit 40 Klassenräumen seiner Bestimmung übergeben werden kann, noch der Bau zweier weiterer Schulhäuser sofort in Angriff genommen werden soll. Der Bau dieser beiden an der Weisse bzw. Fontanestraße und an der Elbstraße gelegenen Schulhäuser soll derart gefördert werden, daß das eine Schulhaus im Jahre 1905 und das andre im Jahre 1906 in Gebrauch genommen werden kann.

Hoffig sind die Volksschulverhältnisse in Niddorf nach dem Bericht nun gerade nicht.

Schöneberg. Zum 1. Juli d. J. wird voraussichtlich die 26 Millionen-Anleihe, nachdem die staatliche Genehmigung bis dahin erfolgt ist, zur Ausgabe gelangen. Es sollen daraus für die *Schönhauser Allee* allein (einschließlich des Betrages der Anleihe von 1902) fünf Millionen verwendet werden. Hiervon entfallen auf die dritte Rate zum Bau des Krankenhauses 2.000.000 M., für den Bau der katholischen Volksschule in der Vertheimsgasse 2.000.000 M., des Berner Siemens-Realgymnasiums (Waukostenrest) 420.000 M., der Volksschule an der Götterstraße 270.000 M., für den Neubau der höheren Töchterschule (1. Rate) 300.000 M., den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule auf dem Siedelgelände (1. Rate) 400.000 M. und für Bauarbeiten an der Hohenpöller- und der Gemeindeschule in der Feurigstraße 13.520 M. angelegt.

Wilmersdorf. Für das Etatsjahr 1904 gelangen folgende Steuerfätze zur Hebung: An Gemeinde-Einkommensteuer 90 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, einschließlich der Kreissteuer; an Gewerbesteuer 90 Proz. der veranlagten Beträge; an Gemeinde-Grundsteuer 0,2 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke; an Umsatzsteuer 1 Proz. beim Verkauf des Eigentums von Immobilien; an Hundsteuer für jeden Hund 20 M. Die Kreissteuern sind in dem Voranschlag des Jahres 1904 mit 500.000 M. in Ansatz gebracht worden. Seit 1891, wo sie 10.413 M. betrugen, sind sie um das 50fache gestiegen.

Die elektrischen Versuchsfahrten auf der Vorortstrecke Nieder-Schöneweide-Spindlersfeld, welche der Untersuchung dienen sollen, ob und in welcher Weise man künftig auf der Stadt- und Ringbahn den elektrischen Betrieb wieder einführen können, sind, wie gemeldet, vor einiger Zeit wieder mit Erfolg ausgenommen worden. Gestern nahmen der Präsident der Königl. Eisenbahndirektion Berlin, Wissl. Geh. Ober-Regierungsrat Kronold und der Decernent für die elektrische Zugförderung, Geh. Raurat Vogt, an einigen Fahrten zwischen Nieder-Schöneweide und Spindlersfeld teil. Es wird dem Vernehmen nach beabsichtigt, nach Fertigstellung eines zweiten Motorwagens demnächst einen ganzen Zug auf der bezeichneten Strecke zu befördern, um weitere Versuchsergebnisse im Betriebe zu gewinnen. Diese Versuchszüge sollen an der Spitze und am Schluß aus je einem Motorwagen und dazwischen aus einem bis drei gewöhnlichen Personenzugwagen gebildet werden.

Grünau's Dorfsubsidium. Grünau besteht am 20. Februar d. J. 150 Jahre als Dorf. Als „Kolonie“ war es durch König Friedrich II. im Bezirk des Amtes Köpenick unweit des Forsthauses Steinbinde bereits im Jahre 1749 gegründet worden, aber erst 1754 wurde es unterm 20. Februar zum Dorf erhoben und erhielt den Namen „Grüne Aue“. Es hatte zunächst nur vier Höfe; anfänglich waren sogar nur drei geplant gewesen. Im ersten Jahre nach der Gründung der Kolonie sahen auf diesen vier Höfen, die sich an der jetzigen Friedriehstraße entlang von der *Murwiese* bis zur *Vahnhofsstraße* hinziehen, die Kolonisten Libbold, Lamers (Schmied), Fuchs, König. Auf dem ersten und dem dritten Grundstück werden heute Gattwirtschaften betrieben. Das zweite und das vierte besitzen noch jetzt als dorfliche Gehöfte, wenn auch in veränderter Gestalt, und sie sind bis in die Gegenwart im Besitz der Familien Zahnert und König geblieben. Zu den vier ältesten Gehöften kamen später ein Wohnhaus für einen Hirten, ein kleines Wälderhaus für eine Tagelöhnerfamilie, ein großes Wälderhaus für vier Tagelöhnerfamilien. Noch am Ausgang des 18. Jahrhunderts waren nicht mehr als diese sieben Wohnhäuser nebst Scheunen und Ställen vorhanden. Erhalten ist aus jenen Anfängen Grünau's nur noch das große Wälderhaus an der Friedriehstraße. Das alte, 1768 fertig gewordene Gebäude ist heute eine bauliche Ruine. Die vier Wohnungen des nur aus einem Erdgeschos bestehenden Fachwerkhäuses lagen um eine gemeinsame Küche herum, die den Mittelpunkt bildete. Die vier Hausviertel hatten aber verschiedene Besitzer und wurden jedes für sich vererbt oder verkauft. Dieser Zustand besteht noch jetzt, nur daß im Jahre 1873 einer der Besitzer, der Zimmermeister Behling, unter Aufhebung der Mietersgemeinschaft sein Hausviertel abgetrennt und dafür einen massiven zweigeschossigen Bau mit festem Dach aufgeführt hat. Die drei andren Viertel sehen heute noch aus wie vor hundert und mehr Jahren. Sie liegen noch unter dem alten, gemeinsamen Strohdach, zu dem das neu erbaute Viertel einen sonderbaren Gegenlag bildet. Besitzerin und Bewohnerin des einen der drei erhalten gebliebenen Viertel dieses jetzt ältesten Grünauer Hauses ist die Wittve Geyler, die gegenwärtig die älteste Frau in Grünau ist. „Mutter Geyler“ wurde geboren im Jahre 1819 und wohnt in dem Wälderhaus seit 1839, wo ihr Vater das betreffende Viertel erwarb.

Gerichts-Zeitung.

Ein Major als Vertreter militärischer Geheimnisse. Ein objektives Verfahren auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 3. Juli 1893 (Vertrag militärischer Geheimnisse) beschloß gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoepfner. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Weck, die Verteidigung führten Justizrat Dr. Lisco und Rechtsanwält Dr. Weyerstein. Es handelte sich um einen in der „Kriegstechnischen Zeitschrift“ vom Major a. D. Albert Schlegel in Königsberg i. Pr. veröffentlichten, durch eine Abbildung illustrierten

Kußfuß „Die Entwicklung der Geschützländer in der preussischen Armee.“ Ein subjektives Verfahren konnte nicht stattfinden, weil der Verfasser inzwischen geistlos geworden sein soll. Für die geistige Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und auf Grund des § 175 des Gerichtsverfassungsgesetzes den Anwesenden ein Schweigegebot erteilt. Als Zeuge und Sachverständiger war Oberleutnant Kronisch, als Interessenten die Inhaber der Mittelrheinschen Geschützhandlung geladen. Das Urteil wurde öffentlich verkündet. Es lautete auf Einziehung der Schrift, da die Publikation geeignet sei, die Sicherheit des Reiches zu gefährden.

Frauenhilfe. Schwindelhafte Kniffe hat der Buchhandlungsreisende Gustav Meding bei Ausübung seines Geschäfts in Anwendung gebracht und wurde dafür gestern vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts I zur Verantwortung gezogen. Er vertrieb im August v. J. für eine Berliner Buchhandlung ein „Die Kreuzzüge“ betiteltes Werk. In diesem Werk war er mit gedruckten Formularen ausgerüstet und wandte sich damit an einflussreiche Personen mit der Bitte, durch ihren Namen das Bestellen des Unternehmens zu fördern. Es war in den Zetteln ausgeführt, daß das Werk nächst der Bibel das lehrreichste und zur Vertiefung vortrefflich geeignet sei. Zum Schluss hieß es, daß 10 Proz. des Reingewinnes zu irgend einem wohltätigen Zweck festgesetzt seien, dessen Bestimmung dem betreffenden Ausfertiger des Formulars überlassen bleibe. Meding wandte sich zunächst an den Pfarrer Kaiser in Zehlendorf, der seinen Namen unter den Zettel setzte und die in Aussicht gestellten 10 Proz. des Reingewinns für den „Verein für Frauenhilfe“ in Zehlendorf bestimmte. Meding ging dann zu mehreren Gemeindevorständen und betrog namentlich die Frauen durch die Vorpiegelung, daß jede Dame, die das Werk kaufe, Mitglied des „Vereins für Frauenhilfe“ werde, zur Annahme des Buches. Dasselbe Mandor führte er in Schwargendorf aus, nachdem er auch hier den Pfarrer Weichrod zum Unterschreiben deszettels überredet hatte. Die Unterschreiben der Pastoren benutzte er zum Umdenken, indem er den Anschein erweckte, als ob er direkt im Auftrage der Geistlichen läme. - Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten des Betrugs für überführt und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. - Der Gerichtshof ging über diesen Antrag noch hinaus und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Delas in Berlin. Nikolaus Phacis und Nikolaus Gnaris sind die Namen zweier Kaufleute aus Griechenland, welche vor etwa Jahresfrist das Deutsche Reich heimlich in, um hier in verschiedenen größeren Städten die Juwelen- und Goldwarenhandlung durch raffiniert ausgeführte Diebstähle zu brandstiften. In Leipzig, Berlin und Hamburg hatten sie bereits ihren Zweck erreicht und sich dann nach Wien gewandt, wo sie die bereits erbeuteten Wertstücke veräußern wollten. Hierbei wurden sie festgenommen und zunächst nach Hamburg zurückgebracht, um hier wegen der begangenen Diebstähle zur Verantwortung gezogen zu werden. Sie wurden zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Gestern erschienen die beiden Griechen vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I Berlin. Sie sollen hier in einem Juwelierladen einen Verkaufstrug zum Werte von 1200 M. entworfen haben. Da die Angeklagten der deutschen Sprache völlig unfähig sind, so mußte mit Hilfe eines Dolmetschers verhandelt werden. Sie behaupteten beide unter den heftigsten Gesen, daß sie so unschuldig seien wie die Sonne am Himmel, sie würden schwer vom Schicksal verfolgt, daß sie überall für Diebe gehalten würden. Sie seien ehrliche Juwelenhändler und die bei ihnen gefundenen Steine seien ihr ehrlich erworbenes Eigentum. Durch die Beweisnahme wurde festgestellt, daß beide Angeklagte zugleich den Laden betreten und durch Zeichen zu erkennen gegeben hatten, daß sie einen Ring zu kaufen beabsichtigten. Der Verkäufer hatte die Hände der Fremden nicht aus den Augen gelassen, aber dennoch mußte einer von ihnen es verstanden haben, einen wertvollen Ring verschwinden zu lassen. Die Besucher entfernten sich schließlich ohne etwas zu kaufen. Als der Juwelier dann das Fehlen des Ringes feststellte, fiel ihm ein, daß einer der Besucher einmal eine Frage an ihn gerichtet und dadurch seine Aufmerksamkeit für einen Augenblick von seinem Gewissen abgelenkt hatte. Dieser Zeitpunkt mußte zur Begehung des Diebstahls benutzt worden sein. Der Staatsanwalt beantragte eine Zusatzstrafe von je einem Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof belieh es mit Rücksicht darauf, daß das frühere Strafmaß bei Mitverurteilung dieses Falles nicht erheblich höher ausgefallen wäre, bei einer Zusatzstrafe von je sechs Monaten Zuchthaus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr. in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6. Versammlung. Predigt durch die Predigerin - um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Pr. Dr. v. Altmann: „Michael Serret, das Protokoll des protestantischen Rom.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. - Montag, den 22. d. Mts., Sonntag abends 8 1/2 Uhr. im großen Saale des Central-Klubhauses, Am Königsgraben 14a: Beschließende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Besondere Darlegung festgemittelt.

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Benderischen Ober-Realhülle, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Dr. Rudolf Benzl ein Vortrag über: „Auree geistigen Vorleser: L. Gustav Adolfs Blöcken.“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (A. D. 22. Halle Berlin 3): Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 20. Februar, abends 9 Uhr, bei Bergener, Reichenbergerstr. 137. - Halle Berlin 4. Sonntag, den 21. d. Mts., vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Westhoff, Andreasstraße 28. - Halle Charlottenburg: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 20. Februar, abends 9 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Tagesordnung: Aufstellung eines Delegierten zur diesjährigen Generalfversammlung.

Vermischtes.

Für die Abgebrannten in Kalesund hat der *Ruchener* Magistrat, nachdem sich vorher ein Hilfskomitee unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters, Hofrat v. Vorsicht, gebildet hatte, die Summe von 3000 M. bewilligt. Im Gemeindefollegium wandte sich Gemeinde-Verollmächtigter *Kaitz* (Soz.) gegen den Magistratsbeschluss, indem er sich entschieden dagegen verwahrte, daß die Gemeinde, die für die Mittellosen in Münden fast nichts übrig hatte, für solche Zwecke Mittel aufwende. Das Komitee möge doch an die Wohlthätigkeit der Bevölkerung appellieren. Der Magistratsbeschluss wurde demnach am 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Das verruchte Kalesund. Die auf Anregung des deutschen Kaisers ins Werk gesetzte Dislokation für Kalesund wird jetzt von den Abgebrannten zu geradezu unerhörten Zwecken, nämlich zur Errichtung des sozialdemokratischen Zukunftskaates ausgenutzt. Die „Hamb. Nachr.“, die von Anfang an für die mit so großem Geräusch in Szene gesetzte Hilfsorgedebition leisterlei Schwärzerei an den Tag legten, schreiben: „Auch eine Kalesund-Reminiscenz! Wie die norwegische Zeitung „Morgenbladet“ mitzuteilen weiß, fand am letzten Sonntag in Kalesund eine Arbeiter-Massenversammlung statt. Man las eine Resolution, die die augenblickliche Bildung von Arbeitervereinen erstrebt, um dem Zustrome von fremden, nicht organisierten Arbeitern entgegenzuarbeiten und damit den höchsten Tageslohn aufrecht zu erhalten. Ferner forderte man die augenblickliche Errichtung von kommunalen Arbeiterhäusern und -Schulen - eine sozialdemokratische Zeitung herauszugeben. - Die Hamburger Komitees, die, wenn wir uns nicht täuschen, an demselben Tage ihre Zusammenkünfte für die „Kollektanden“ schloffen, an welchem die „Kollektanden“ die Gründung einer sozialdemokratischen Zeitung beschloßen, hätten vielleicht recht gut daran getan, ihr Ohr unsterblichen Klüßlungen nicht zu verschließen. Wir haben deutlich genug gesagt, daß dem Komitee dort oben durch die reichen Gaben des Kaisers, der Hamburg-America-Linie und des Bremer Lloyd, abgesehen von der standinavischen Unterstützung, vollkommene Abhilfe getan worden sei und daß man recht vernünftig handelte, wollte man diese enormen Summen - hat doch Hamburg allein 150.000 M. aufgebracht -

in unzählbaren Mengen an Liebesgaben einem würdigeren, vor allen Dingen uns näher liegenden Zwecke zuwenden. Man warte die „Kollektanden“, die den nicht organisierten Arbeiter zurückhalten befehlen, um nur ja den „höchsten Tageslohn“ herauszupressen, auf die Hamburger Landensmarktschneide, um mit deren Hilfe - das sozialdemokratische Platt zu fundieren!“

Treffend bemerkt das „Hamburger Echo“ dazu: Wir wissen den Werger der „Hamburger Nachrichten“ vollumfänglich zu würdigen. Aber wie heißt es doch in dem patriotischen Sang? „Der König rief und alle, alle kamen!“ Daß die Leute von Kalesund sich nach ihrem Gutsfinden einzurichten gedanken, ist doch nur ihr gutes Recht, und die Geber waren gewiß uneigennützig - oder nicht?

Unter dem Titel „Reutrastitäts-Erklärung“ veröffentlicht der dänische Satiriker Carl Ewald in der Kopenhagen'ger Zeitung „Politiken“ folgende Skizze:

St. Petrus trat vor Gottes Thron und erstattete Bericht über den russisch-japanischen Krieg.

Als er zu Ende war, stürzte der russische Engel auf die Knie und rang die Hände.

„Hilf den Russen, o Herr! den rechtgläubigen Russen!“ bat er. „Der Zar wird Dich preisen in St. Petersburg, wird vor Dir knien in Moskau und sich vor Dir auf sein Angesicht werfen in Kasan!“

„Versämetere die grausamen, ungerechten Russen!“ bat der finnische Engel und erhob sein dunkles, thränenfeuchtes Antlitz.

Der französische Engel stürzte in das rechte Ohr des Herrn: „Stehe den Russen bei, sonst macht Frankreich danktrotz!“

Der englische Engel neigte sich gegen das linke Ohr des Herrn: „Laß die Japaner weiterziehen, damit wir nicht in die Zwangslage kommen, ihnen beistehen zu müssen!“

„Stärke sie alle beide ins Verderben!“ feuchte der chinesische Engel aus der Tiefe seines Herzens.

„Wo ist der japanische Engel?“ fragte Gott. „Ich sehe ihn nicht.“

„Er ist in den Krieg gegangen“, sagte St. Petrus. „Er liegt jetzt in Annschlag und schießt auf Fort Arthur.“

Gott sah von dem einen zum andern. Dann flog ein Lächeln über sein unergründliches Angesicht.

„St. Petrus, höre!“ sagte er. „Wir werden uns neutral verhalten!“

Briefkasten der Redaktion.

H. v. Steglitz. Nach der heut geltenden Auffassung scheidet die Immunität den Abgeordneten nicht vor Verhaftung und Strafen, zu denen er rechtskräftig verurteilt ist. Das Mandat wäre also ohne Vertretung geblieben.

J. v. 36. 1867 im konstituierenden Reichstag war der Kreis Hagen-Schwelm durch das liberale Centrum, und zwar durch v. Binde vertreten; seit dem ordentlichen norddeutschen Reichstag 1867 regte stets die Fortschrittspartei, und zwar zuerst Harfort. Seit 1874 Eugen der Große. Kurz: A. 67 l. all. C. 1. o. 67 R. = Vertretung 1867 im konstituierenden Reichstag durch liberales Centrum, seit der Zeit des ordentlichen norddeutschen Reichstags durch Fortschritt. Das ist allerdings eine Geheimzeichen-Formel, die sehr kurz, aber für das höhere Publikum absolut unverständlich ist. Fragen Sie ruhig lieber bei dem Verleger von stärkster Handbuch „Deutscher Reichstag“ direkt an in Berücksichtigung unter Inapp bemessenen Zeit. - P. P. Reich, Höhe, Höhe, besonders in gerühmterem Zustande. - N. J. 10. Erbuhngen Sie sich nach allem: 1. Entbindungsanstalt Am Urban. 2. Charlé, Schumannstr. 21/22. - Danzig. Es geht uns ähnlich wie Ihnen beliebt, da alles gleichsam in der Luft schwebt und jeder feste Stützpunkt fehlt. Da es sich nur um eine ultramontan-kerische Neuerung handelt, so werden Sie ziemlich sicher Kaufmann erhalten entweder durch die „Reichs- und Zeitung“ in Köln, Ursulaplatz 6, oder durch die „Volks-Zeitung“ in Düsseldorf, Dombauertstraße 6, welche letztere einer Spezialisten für beratende Fälle in ihrem Redaktionsstab beist. - M. B. (65). 1. Verein gegen Verarmung, Deutscher Dom, Gensbarmarkt. 2. Frauenverein, Westk. Frau J. Salomonsohn, Charlottenberg, Hardenbergstr. 18. 3. Ferner im Berliner Rathaus: Bürger-Heilungsinstitut, Friedrich-Wilhelm-Straße für Arbeitlose und Vorkursbildung. - G. 26. und J. 7. Central-Auskunftsbüro für Auswanderer und Kolonisation, hier, Schillingstr. 4. - M. G. Rein. - M. G. 1. Die Sache ist etwas dunkel. 2. Wasfen Sie den Rest von einem Juwelier in einem größeren Goldworengeschäft prüfen. - G. v. (1893). 1. „Vollständige Zeitung“ oder „Berliner Tageblatt“. 2. Ja, verdrängen Sie es. - Würzburg. 1. Rein. 2. Bedenken Sie sich an den Vorstand. - M. B. (100) und Fruchtler. Herr Eugen Simonowitsch, Quodstr. 48, wird Ihnen gern Auskunft geben. - Stendal. Reint! Kusaren-Begleiter Nr. 10. - G. G. 1. Am 1. Mai 1890. 2. Am 1. Oktober 1890. - G. 54. Erwachen Sie doch deswegen gelegentlich in der Buchhandlung Bornhörs vor. Befehle erhalten Sie wohl auch mündlich durch Herrn Lemme, Konsumverein Kreuzbergstraße 30. 2. Ist Vorsitzender der Arbeiter-Bildungsschule. - P. B. Rein. - M. G. Ja. - Nina. 1. Ja. 2. Rein. - Kalsender. Der russische, jullanische, um 14 Tage hinter dem untern, dem gregorianischen, zurück. - Sibirien. Der Jaremitch ist der russische Kronprinz. - Brühlpöbadooge. Er schlägt sieben Teufel hinein, wenn er einen einzigen herauskauen will.

Juristische Teel.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

M. G. 777. Unbegrenzt. - M. B. 1000. Ja. - Strahburg M. und Galt 37. 1. Erbe ist der überlebende Gatte und die Eltern des Verstorbenen. Erhalten Sie ein Testament, so empfiehlt es sich, die Eltern auf das Pflichtteil zu setzen. 2. Solche Säule kennen wir nicht. - M. Z. Welche Rechte und Pflichten einer Witwe und deren Wittgebern zustehen, läßt sich ohne Einblick in die Statuten nicht sagen. So weit möglich, handelt es sich um eine jener leistungsunfähigen kleinen Klassen, deren Dasein allenfalls für die Belegung irgend eines Postens von Erblichkeit ist und deren Wittgebern im Interesse der Wittgebern liegt. - 105. G. Th. R. 74. Kollern Sie aus der Landeskirche austreten, so teilen Sie Ihre Absicht schriftlich dem Amtsgericht mit, melden sich innerhalb 4-6 Wochen nach Eingang Ihrer Mitteilung am dem Amtsgericht und erklären dort Ihren Austritt zu gerichtliche Protokoll. Protokoll erhalten Sie nicht. Sie müssen also ohne Einladung rechtzeitig das Gericht aufsuchen, jeder Mann, Frau, über 14 Jahre altes Kind) muß für sich den Austritt erklären; ein anderer tritt nicht für ihn ein. Kostenpunkt für Austritt 3 M. und etwa 50 Pf. Schreibgebühr, für eine besondere Ausfertigung über Ihren Austritt noch mehr 3 M.

Marktpreise von Berlin am 18. Februar 1904

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Gr.	17,05	17,03	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
„ „ „ „ „ „ „ „	17,01	16,99	Wendtsche, Reife 1 kg	1,80	1,90
„ „ „ „ „ „ „ „	16,97	16,95	„ „ „ „	1,40	1,10
„ „ „ „ „ „ „ „	13,20	13,18	Schweinefleisch	1,60	1,00
„ „ „ „ „ „ „ „	18,16	18,14	Rohschmalz	1,80	1,20
„ „ „ „ „ „ „ „	13,12	13,10	Dammelfleisch	1,80	1,20
„ „ „ „ „ „ „ „	13,80	13,80	Butter	2,80	2,00
„ „ „ „ „ „ „ „	12,80	11,90	Eier	60 Stück	5,00
„ „ „ „ „ „ „ „	11,80	11,00	Kartoffeln	1 kg	2,40
„ „ „ „ „ „ „ „	15,40	14,50	Kais	„ „	3,00
„ „ „ „ „ „ „ „	14,40	13,50	Hander	„ „	3,00
„ „ „ „ „ „ „ „	13,40	12,50	Dehte	„ „	2,40
„ „ „ „ „ „ „ „	4,00	3,50	Dehte	„ „	1,80
„ „ „ „ „ „ „ „	7,90	5,00	Schleie	„ „	3,00
„ „ „ „ „ „ „ „	40,00	28,00	Mele	„ „	1,40
„ „ „ „ „ „ „ „	50,00	30,00	Kreble	der Schod	15,00
„ „ „ „ „ „ „ „	60,00	20,00			3,00

† ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 19. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hocht. mm	Wind- richtung	Windstärk.	Temp. u. d. G. u. u. F.	Stationen	Barometer hocht. mm	Wind- richtung	Windstärk.	Temp. u. d. G. u. u. F.	
Zwinnende	749	SWB	4 bedekt	0	Daparanda	754	SHH	—	bedekt	-12
Hamburg	753	SWB	2 bedekt	1	Bretzburger	753	SO	—	1 bedekt	-1
Berlin	752	SWB	3 bedekt	1	Berz	764	SWB	—	1 bedekt	4
Frankf. a.M.	758	SWB	2 halb bd.	1	Aberdeen	—	—	—	—	—
Königsberg	756	SWB	3 Schnee	-1	Paris	762	SWB	—	2 wolkenl.	0
Wien	755	B	2 wolflg	1						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 20. Februar 1904.
Zunächst ausblühend, ein wenig kälter, bei mäßigen westlichen Winden; später wieder geringe Erwärmung und Trübung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau

Der Kongress von Saint-Etienne.

Saint-Etienne, 16. Februar. (Eig. Ber.)

Zu Jaurès' Organisationsvorschlägen ist berichtigend nachzutragen, daß die vierteljährliche Berichterstattung der Kammerfraktion nicht vor den einzelnen Föderationen, sondern vor großen Regionalkongressen stattfinden hätte.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittag-Sitzung. 9 1/2 Uhr.

Vorsitzender Gérard-Seine-et-Oise.

Auf Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission werden die Mandate der Savoie-Föderation für gültig, die der Doucluse-Föderation für ungültig erklärt.

Kommunalprogramm.

Der Programmvorwurf wurde vom Gemeinderats-Kongress (Paris, 10. und 11. Januar 1904) ausgearbeitet. Die Frage eines dem Programm vorauszuführenden Präzedenzfall wurde dem Parteitag vorbehalten.

Da die kommunale Macht eines der Mittel ist, um das vom Tours-Kongress festgelegte sozialistische Ideal verwirklichen zu helfen, so ist die sozialistische Partei verpflichtet, diese Verwirklichung vorzubereiten, indem sie auf dem kommunalen Gebiete und im Rahmen der kommunalen Befugnisse für die Abschaffung der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit arbeitet.

Gemäß den Beschlüssen des Tours-Kongresses erklärt die sozialistische Partei, die geistige, politische, civile und ökonomische Befreiung des Proletariats anzustreben und tritt zu diesem Zwecke für folgende Grundzüge ein:

„Internationale Verständigung und Aktion der Arbeiter; politische und ökonomische Organisation des Proletariats in einer Massenpartei zum Zwecke der Eroberung der öffentlichen Macht und der Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel, das heißt der Umwandlung der kapitalistischen in eine kollektivistische oder kommunistische Gesellschaft.“

Der letzte Absatz wiederholt wörtlich die Schluß-Erklärung des Tours-Programms.

Der Programmvorwurf des Gemeinderats-Kongresses ist von der Kommission nur in einigen nebensächlichen Punkten abgeändert bzw. ergänzt worden. Im folgenden die Hauptforderungen des Programms, das in sechs Abteilungen zerfällt.

I. Auf politischem Gebiete: Kommunale Autonomie, Ausdehnung des Rechtes der Gemeinden, internationale Vereinigungen zu bilden, Referendum, Bezahlung der gemeinderätlichen Funktionen.

II. Auf ökonomischem Gebiete: Kommunalisierung der öffentlichen Dienste gemeindlichen Charakters; der Verkehrsmittel, der Beleuchtung, der Wasserversorgung usw., Schaffung von kommunalen Fleischerien, Bädereien und Getreidemöhlen, Achtstundentag für alle kommunalen Angestellten und Arbeiter sowie ein wöchentliches Ruhetage und ein Minimallohn auf den von den Gewerkschaften der Region festzustellenden Grundlagen.

Verbot des Zwischunternehmens, Ernennung von Inspektoren durch die Gemeinderäte auf Vorschlag der Gewerkschaften zum Zwecke der Aufsicht über die Durchführung der Schutzbestimmungen zu Gunsten der Arbeiter. Alterspensionen für die kommunalen Arbeiter. Bessere Bedingungen für die mit Gemeindearbeiten betrauten Produktivgenossenschaften sozialistischen Charakters.

III. Auf finanziellen Gebiete: Abschaffung der Detrouis (Konsumsteuer), Entlastung der kleinen Mieter von der Mobilitätssteuer, Kommunale Feuerversicherung, Progressive Erbschaftsteuer u. a. m.

IV. Unterricht: Unentgeltlicher und weltlicher Unterricht in allen Unterrichtsstufen und Schaffung von Gewerkschulen, Schulbücher, Bekleidung der Schulkinder, unentgeltliche Lieferung des Schulzeugs, Subventionierung des Fortbildungunterrichts u. a. m.

V. Soziale Solidarität: Geldunterstützung zu Hause für die Bedürftigen (Greise, Kranke, Arbeitsfähige, Arbeitslose), Vertiefung sämtlicher Kassen und Spindler, unentgeltliche ärztliche Pflege und Arznei, Mietzins-Unterstützung, kommunale Kinder-Verwahranstalten u. a. m.

VI. Hygiene: Bau von billigen hygienischen Wohnungen, Sanitäre Wohnungs-, Werkstätten- und Nahrungsmittel-Inspektion, Abschaffung der „Sittenpolizei“.

Nach längerer Debatte über einzelne Punkte wird das Programm angenommen.

Die Programmkommission beantragt ferner in Bezug auf kommunale Wahlbindnisse: Im ersten Wahlgang ist, soweit es die Umstände gestatten, selbstständig vorzugehen; für den zweiten Wahlgang sind Bindnisse mit entschiedenen Republikanern zulässig nach Einholung des Gutachtens der Föderation.

Die Frage des Alkoholmonopols wird den Föderationen zum Studium überwiesen.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr.

Die sozialistische Einigkeit.

Es handelt sich um einen Antrag der Averbegne-Föderation, der die Einigkeit mit der revolutionär-sozialistischen Parteiorganisation (P. S. de F.) bezweckt. Ein ganz ausschließlicher und zweifelloser Antrag in der gegenwärtigen Situation.

Die Föderation von Andre-et-Loire beantragt, jede Beteiligung an den Senatswahlen zu verbieten, da eine solche der Programmforderung auf Abschaffung des Senats widerspreche.

Die Frage des Alkoholmonopols wird den Föderationen zum Studium überwiesen.

Nachmittagsitzung. 2 1/2 Uhr.

Die schiedsgerichtliche Regelung von Streiks erregt eine längere lebhaftere Debatte über die Vorfälle, ob dieser Punkt der Tagesordnung zu beraten ist oder nicht, obwohl die Kommission mit dem Bericht und Resolutions-Entwurf bereits fertig ist.

An der Debatte beteiligen sich Rouquet, Longuet, Urb, Renaudel, Jaurès und andre. Renaudel beantragt, auf jeden Fall, gleichviel, ob die Frage vom Kongress beraten wird oder nicht, die Fraktion zu verpflichten, für keinen Gesekentwurf über die schiedsgerichtliche Regelung von Streiks zu votieren, bis ein Parteitag hierüber entschieden hat.

Schließlich wird der Punkt einstimmig einem Referendum der Föderationen unterbreitet, wobei die Föderationen binnen drei Monaten dem Interföderalen Komitee das Ergebnis der Abstimmung mitzuteilen haben.

Partei-Organ.

Auf Antrag der Kommission wird ohne Debatte beschlossen, das Interföderale Komitee zu beauftragen, die Frage zu prüfen und dem nächsten Kongress einen bezüglichen praktischen Vorschlag zu machen.

Nach Erledigung — in langer Debatte — eines lokalen Streit-falles wird der Bericht der Agitationskommission erstattet. Der Bericht klagt über den Geldmangel, der die Agitation hemmt. Auf den Antrag der Kommission wird „im Prinzip“ beschlossen, eine spezielle Agitationskommission zu schaffen.

Der Finanzbericht des Interföderalen Komitees zeigt eine traurige Finanzlage. Zur Deckung der Ausgaben für 1903 und des Defizits von 1902 (ein Schuldenbetrag von 8724 Fr. 50 Cts.) wäre eine Einnahme von etwa 2000 Fr. erforderlich gewesen. Das Defizit ist aber Ende 1903 auf 6068,50 Fr. gestiegen.

Die Vorschläge werden in Verbindung mit der Statutenfrage beraten werden.

Statutenänderung.

Die Statutenkommission ist noch immer nicht fertig. Der wichtigste Streitpunkt über die Stellung des Komitees und der Fraktion ist noch nicht erledigt.

Im Zeit zu gewinnen, werden nun zunächst die bereits vorliegenden Änderungsanträge der Kommission beraten. Sie beziehen sich auf untergeordnete Punkte.

Zum Artikel 15 der Statuten wird ein Zusatz votiert, wonach die Gemeinderäte Kandidaten verpflichtet werden, die Prinzipien-Erklärung des Kommunalprogramms als Plakat anzufügen. Was das Kommunalprogramm selbst betrifft, so kann es auf Wunsch der Kandidaten nur teilweise affiziert werden, und zwar unter Weglassung derjenigen Forderungen, die in der gegebenen Gemeinde entweder bereits verwirklicht worden oder undurchführbar sind.

Zum Artikel 28 beantragt ein Delegierter von Saint-Etienne, selbst ein Arbeiter, daß das Interföderale Komitee auch in „dringenden Streitangelegenheiten“ keinen Redner zu entsenden berechtigt wäre, ohne sich vorher mit der betreffenden Föderation verständigt zu haben.

Zum Artikel 29 beantragt ein Delegierter von Saint-Etienne, selbst ein Arbeiter, daß das Interföderale Komitee auch in „dringenden Streitangelegenheiten“ keinen Redner zu entsenden berechtigt wäre, ohne sich vorher mit der betreffenden Föderation verständigt zu haben.

Der Punkt: „Kontrolle über die Presse“ erledigt sich dadurch, daß die Partei keine eignen Presseorgane besitzt. Es wird daher nur ein „Wunsch“ votiert betreffs der Mitarbeit von Parteimitgliedern an nichtsozialistischen Organen.

Nach Erledigung einiger weiterer Anträge und Wünsche schließt die Sitzung um 7 Uhr.

Die Frage über die Stellung des Interföderalen Komitees und der Kammerfraktion wird in einer Abendsitzung beraten werden.

Litterarisches.

Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Von Julius Wahlteich. Verlag von G. Viefel u. Co. in München. Preis 1 M.

Es ist ein höchliches Wort, daß kein Großer in den Augen seines Kammerdieners ein Held ist. Häufig nicht des Großen wegen und auch nicht, weil es diesem Wort an Wahrheit gebricht, sondern deshalb, weil so leicht keinem auf der Lebensbahn die Rolle des Kammerdieners behagt. Daher verwahren wir uns auch formell dagegen, dem früheren Sekretär Lassalles, wiewohl er in Amerika weilenden Parteigenossen Wahlteich diese Rolle zuzuschreiben.

handelte, daß ein früherer Kavallerie-Offizier und ein sechszehnjähriger Junge ihn plump dupieren konnten und daß ebenfalls die Gräfin Dapfeld trotz ihres Geizes von ihren politischen Arealuren schamlos beschwindelt wurde?

Nun geht Wahlteich weiter auf die politische Wirksamkeit Lassalles ein und zwar mit dem Vorzug, sowohl die Schilderungen Veruissens in dessen Vorrede zur Gesamtausgabe von Lassalles Werken, insbesondere aber die von Mehring in der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ gegebene Charakteristik da, wo es nötig sei, richtig zu stellen.

Wahlteich hat sich 1884 mit Lassalle überworfen; weshalb, ist denen, die mit der Geschichte der Partei vertraut sind, einigermaßen bekannt. Er soll unferntwegen alle Ursache gehabt haben, sich von Lassalle getrennt zu fühlen. Aber einigen historischen Sinn für die Bedeutung unseres Vorkämpfers hätte er sich denn doch zueignen müssen.

Nach Erledigung — in langer Debatte — eines lokalen Streit-falles wird der Bericht der Agitationskommission erstattet. Der Bericht klagt über den Geldmangel, der die Agitation hemmt. Auf den Antrag der Kommission wird „im Prinzip“ beschlossen, eine spezielle Agitationskommission zu schaffen.

Ganz seltsam berührt es, wenn der Verfasser der Broschüre dann weiter dem Manne, der das allgemeine gleiche Wahrrecht der Arbeiterpartei prophezeit, der die preußische Fortschrittspartei in den Tagen, wo sie sich im höchsten Glanze praezte, in ihrer ganzen aufgeblähten Hohlheit durchschaut hat, wenn Wahlteich diesem mit wahrhaft prophetischem Blick begabten Denker politische Kurzsichtigkeit vorwirft.

„Ich war der Einzige, der Lassalles Charakter richtig beurteilen konnte, der seine Eitelkeit, seinen Ehrgeiz und seine Herrschsucht kannte, denn alle die Quellen, die uns heute so eingehend Aufschluß über ihn geben, waren damals noch nicht erschlossen; ich war auch der Einzige auf unserer Seite, der wußte, daß er ein Bündnis mit Bismarck geschlossen, oder, was dahingestellt sein mag, gesucht hatte.“

So finden wir denn am Schluß der Broschüre einen gar stattlichen Scheiterhaufen zusammengetragen. Ist das ein Verdienst des Verfassers? Es war gewiß eine weise Einrichtung bei den alten Römern, daß sie dem siegreichen Feldherrn beim Triumph zurufen ließen: „Bedenke, daß Du ein Mensch bist!“

„Ich war der Einzige, der Lassalles Charakter richtig beurteilen konnte, der seine Eitelkeit, seinen Ehrgeiz und seine Herrschsucht kannte, denn alle die Quellen, die uns heute so eingehend Aufschluß über ihn geben, waren damals noch nicht erschlossen; ich war auch der Einzige auf unserer Seite, der wußte, daß er ein Bündnis mit Bismarck geschlossen, oder, was dahingestellt sein mag, gesucht hatte.“

„Ich war der Einzige, der Lassalles Charakter richtig beurteilen konnte, der seine Eitelkeit, seinen Ehrgeiz und seine Herrschsucht kannte, denn alle die Quellen, die uns heute so eingehend Aufschluß über ihn geben, waren damals noch nicht erschlossen; ich war auch der Einzige auf unserer Seite, der wußte, daß er ein Bündnis mit Bismarck geschlossen, oder, was dahingestellt sein mag, gesucht hatte.“

„Ich war der Einzige, der Lassalles Charakter richtig beurteilen konnte, der seine Eitelkeit, seinen Ehrgeiz und seine Herrschsucht kannte, denn alle die Quellen, die uns heute so eingehend Aufschluß über ihn geben, waren damals noch nicht erschlossen; ich war auch der Einzige auf unserer Seite, der wußte, daß er ein Bündnis mit Bismarck geschlossen, oder, was dahingestellt sein mag, gesucht hatte.“

„Ich war der Einzige, der Lassalles Charakter richtig beurteilen konnte, der seine Eitelkeit, seinen Ehrgeiz und seine Herrschsucht kannte, denn alle die Quellen, die uns heute so eingehend Aufschluß über ihn geben, waren damals noch nicht erschlossen; ich war auch der Einzige auf unserer Seite, der wußte, daß er ein Bündnis mit Bismarck geschlossen, oder, was dahingestellt sein mag, gesucht hatte.“

Verfammlungen.

Vierte Wahlkreis (Südost). Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in der „Drachenburg“ eine gutbesuchte Versammlung ab. Zunächst ehrten die Anwesenden das Ableben dreier Mitglieder sowie des Abgeordneten Rosenow durch Erheben von den Plätzen.

Alsdann sprach Genosse Dr. Albert über „Die Kultur-schmach in Preußen und den Sozialismus in Rußland“. Anknüpfend an die jüngst im Reichstage und in der sozialdemokratischen Presse behandelten Maßnahmen der preußischen Polizeigebirge gegen russische Staatsangehörige gab Redner ein großartiges Bild von der bisherigen Entwicklung der freirechtlichen Bewegung im Reiche der Kruze. Er schilderte dann detailliert die opferreiche Tätigkeit der russischen Sozialisten, die Schwierigkeit der Agitation, das barbarische Verfahren der russischen Polizei- und Justizbehörden ihnen gegenüber und die Leiden und Qualen der um ihrer Ideale willen Eingekerkerten und Verbannten.

Der Vortragende kam zu dem Schluß, daß mit der zunehmenden Industrialisierung Rußlands auch die sozialistische Bewegung daselbst stetige Fortschritte machen wird, gleichwie das in dem Rußland so gesinnungsverwandten Preußen geschehen ist. Jeder freirechtliche Mensch aber werde den russischen Revolutionären in ihrem schweren Kampfe gegen den kulturwidrigen zaristischen Absolutismus vollste Sympathie bezeugen.

Der Vortragende schloß die Versammlung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen. Seit der letzten Versammlung sind dem Verein 57 neue Mitglieder beigetreten. Die Vereinsversammlungen sollen jetzt wieder, soweit kein unvorhergesehenes Hindernis eintritt, regelmäßig am ersten Dienstag jeden Monats abgehalten und pünktlich um 1/9 Uhr eröffnet werden.

Entgegung. Genosse Jülle hält sich unwiderrücklich über eine „Annahme“ von mir auf, die ich mir gar nicht „angemacht“ habe; nicht etwa aus schuldiger Heiligkeit, doch Genosse Jülle Mitglied der Prekommission ist, sondern weil ich nicht so thöricht bin, „nachdrücklichste Verwahrung“ gegen seine Verichterstattung im zweiten Wahlkreise einzulegen.

Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß Genosse Jülle bei seiner Verichterstattung durch falsche Behauptungen Stimmung zu machen suchte gegen eine Forderung, die nicht nur ich, sondern auch der Parteivorstand und die Geschäftsleitung für berechtigt hielten.

R. Wenzel.

Holzarbeiter-Verband. In der am Mittwoch abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung teilte Arbeitsvermittler Naab mit, daß seit der letzten Zusammenkunft der Vertrauensleute 28 Werkstattendifferenzen im Bureau gemeldet wurden. Es handelte sich dabei teils um die Abwehr von Abzügen oder Maßregelungen, teils um die Einführung der Lohnsicherung. In einem Falle, und zwar bei der Firma K. H. H. H. kommt ein Sympathiestreik zu Gunsten der Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter in Frage. Letztere waren wegen Einführung der 52stündigen Arbeitszeit anstatt der bisherigen 54stündigen in den Ausstand getreten, und nun verlangt die Firma von den übrigen Holzarbeitern, daß sie mit Arbeitswilligen zusammenarbeiten sollten. In Anbetracht der Gefährlichkeit des Berufs verweigerten die Holzarbeiter jedoch das Zusammenarbeiten mit den ungewählten Arbeitswilligen, weshalb erstere sämtlich entlassen wurden. — Mehrere der erwähnten Differenzen sind bereits zu Gunsten der Arbeiter beendet, die übrigen schweben noch. Auch hierbei macht sich wieder der bekannte Sekretär Meinerde vom Innungsamt in seiner Art bemerkbar, indem er an die Unternehmer Arbeitswillige liefert und die Kontrollposten des Verbandes den Polizeiorganen denuntziert. — Bezüglich der günstig verlaufenen Lohnbewegung der Einseher berichtete Naab, daß gegenwärtig Verhandlungen schweben über den Abschluß eines regulären Tarifvertrages. Die allgemeinen Bestimmungen desselben sind bereits zu beiderseitiger Zufriedenheit festgelegt, dagegen ist über die Einzelpositionen noch kein vollkommenes Einverständnis erzielt. — Bei dem Bericht über den jetzigen Streik in den Vororten empfahl Glode, die Kollegen der Vororte möchten sich bei einem zukünftigen aktiven Vorgehen mit den Berliner Kollegen ins Einvernehmen setzen, weil diese bei solchem Streik doch ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen würden. — Sodann berichtete Glode über die Verhandlungen betreffs Gründung einer Schlichtungskommission. Am Dienstag hat wiederum eine gemeinsame Sitzung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertreter dieserhalb stattgefunden, um die Kompetenzen der eventuell zu bildenden Kommission abzugrenzen. Hierbei haben die Verbandsvertreter mit Entschiedenheit darauf gedrungen, auch die Regelung der Arbeitsnachweis-Frage der Kommission zu unterstellen, weil andernfalls und besonders im Hinblick auf die ständig wiederkehrenden, höchst widertwärtigen Vorkommnisse vor dem Innungsnachweis an ein gedeihliches Wirken der Kommission nicht zu denken sei. Um nun eine fest untrifflige Grundlage für die Aufgaben der Kommission zu schaffen, legten die Verbandsvertreter den Arbeitgebern folgende Resolution vor:

Die versammelten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Berliner Holzindustrie erkennen die Notwendigkeit der Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten im Holzgewerbe an. Zur Aufgabe der Kommission soll gehören: Die Regelung von Differenzen in den Verträgen, Einigung über den Arbeitsnachweis und Herstellung eines Einverständnisses bei Streitigkeiten von prinzipieller Bedeutung. Die anwesenden Vertreter beschließen, dieser Kommission eine Geschäftsordnung zu geben und wählen zur Ausarbeitung derselben von jeder Partei zwei Vertreter.

Diese Resolution wurde in der Sitzung von sämtlichen Vertretern akzeptiert; infolgedessen soll demnächst eine Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission ausgearbeitet werden, die der nächsten Vertrauensmänner-Versammlung zur eventuellen Genehmigung vorgelegt wird.

Vor Erledigung dieser Gewerkschaftsangelegenheiten hatte der Reichstags-Abgeordnete Robert Schmidt einen beifälligen, höchst instruktiven Vortrag über die praktische Anwendung der Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetze gehalten.

In einer Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Stukkateure hielt Genosse Ströbe am Montag einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Der Staat und seine Entwicklung“. Es ist dieses der Anfang eines Kurses von fünf Vor-

trägen, welche Genosse Ströbe bei den Stukkateuren zu halten gedenkt. Eine Diskussion über den Vortrag würde nicht beliebt. Unter Gewerkschaftliches teilte der Vorsitzende mit, daß die Stukkateure in Vosen in Streit getreten seien und Jüngling deshalb fernzubalten ist. Im weiteren gab der Vorsitzende Krebs einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Bauarbeiter-Kommision im letzten Jahre, und wurde derselbe alsdann auch für dieses Jahr wieder in die Kommission gewählt. — Einem längst gehegten Bedürfnis Rechnung zu tragen, erhält jetzt jeder Kollege bei seiner Meldung als arbeitslos einen Schein, auf welchem das Datum des Beginns der Arbeitslosigkeit angegeben ist. Dieser Schein muß dann bei Annahme von Arbeit von Arbeitsnachweis, oder, falls die Arbeit anderweitig erlangt worden, von dem betreffenden Arbeitgeber mit Datum und Namen versehen werden, worauf dann gegen Vorzeigen dieses Scheines im Verbandsbureau oder beim Kassierer die Arbeitslosenmarken verabsolgt werden. Die Mitteilung, daß der „Lokalverband der Stukkateure“ alias „Freie Vereinigung“ in der Gewerkschafts-Lartell aufgenommen worden ist, fand erst wenig Glauben, erregte aber nach Bestätigung der Thatsache allgemeine und lebhaft mitgeteilte Enttäuschung. Obgleich dem Vorsitzenden der hiesigen Filiale von dem Vertreter der Lokalorganisation, Genossen Hinrichsen, versprochen worden, für den Fall, daß der Lokalverband der Stukkateure die Angliederung an das Gewerkschafts-Lartell beantragen sollte, die Einwendungen des Centralverbandes vorher zu hören, ist letzterem keinerlei Mitteilung zugegangen. Auf einem noch-maligen sofortigen Protest nach der erfolgten Angliederung war nach 8 Tagen noch keine Antwort eingelaufen. Es soll nun versucht werden, in einer öffentlichen Versammlung die Parteien zum Reden zu zwingen, denn es ist doch unglücklich, wenn eine in der gesamten Berliner Gewerkschaftsbewegung satfam bekannte, mit dem Gelde der Unternehmer gegründete Arbeitswilligen-Organisation so wohnens volens in den Schoß eines sich auf sozialdemokratischen Boden stellenden Gewerkschafts-Lartells aufgenommen wird. Daß die Personen in der früheren Freien Vereinigung und dem jetzigen Lokalverband dieselben sind, wenn auch der Vorstand anders zusammengesetzt ist, mußte den maßgebenden Personen bekannt sein. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde den Kollegen geraten, im Falle der Nichtinnehaltung des Tarifs seitens der Arbeitgeber sich ihr Recht getrost auf dem Gewerbegericht zu holen, da dort der Tarif die Unterlage bei Lohnstreitigkeiten bildet. Das Verbandsbureau befindet sich jetzt N. 37, Straßburgerstr. 17, Telefon Amt III, 1447.

Die Portefeuliers und der Heimarbeiter-Kongress. In einer gut besuchten öffentlichen Portefeuliers-Versammlung, die am Mittwoch in Graumanns Festsaal tagte, hielt Frau Dr. Lili Braun einen Vortrag über: Die Notwendigkeit des Heimarbeiter-Schutzes. Die Referentin erwähnte u. a., daß es hinsichtlich der Lebergalanterie-Branche an genauen Angaben über die Ausdehnung der Heimarbeit mangelt. Das, was sich in den Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik vorfindet, ist ungenügend und bezieht sich übrigens nur auf Berlin, läßt jedoch erkennen, daß die Heimarbeit in diesem Beruf sehr ausgedehnt und in der Zunahme begriffen ist. Am Schlusse des Vortrages unterbreitete die Referentin der Versammlung die, in der bereits bekannten und in Nummer 31 des „Vorwärts“ abgedruckten Resolution zusammengefaßten Vorschläge. Sie fanden allgemeine Billigung. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde u. a. auf die von Heimarbeitern der Portefeuliersbranche betriebene Lehrlingsausbildung hingewiesen. Es kommt häufig vor, daß junge Leute, gleich nachdem sie ausgebildet haben, Leute, die oftmals nur auf einen einzigen Artikel eingearbeitet sind, sich als Heimarbeiter etablieren und bald darauf auch noch Lehrlinge annehmen. Selbstverständlich kann von einer wirklichen Ausbildung im Beruf hier keine Rede sein. Auch gegen diesen Ausbruch der Heimarbeit scheinen gesetzliche Maßnahmen notwendig. — Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Ortsverwaltung der hiesigen Zählstelle des Portefeuliers-Verbandes Hennig als Delegierten zum Heimarbeiter-Kongress ernannt hat. Ferner wird der Verbandsvorstand 3 Delegierte zum Kongress entsenden.

Die Böttcher besaßen sich am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung mit der Wahl eines Delegierten zum Heimarbeiter-Schutz-Kongress und der Lohnbewegung in den Brauereien. Herr Bäge leitete die Versammlung durch einen Vortrag über die Entstehung des Weltalls ein, wofür ihm ein reiches Beifall zu teil wurde. Als Delegierter zum Heimarbeiter-Schutz-Kongress wurde Kapfchus gewählt. Zu der Lohnbewegung in den Brauereien teilte der Vorsitzende mit, daß er am 10. d. Mts. die Tarife an-

famliche Brauereien gesandt und auch den Ring davon in Kenntnis gesetzt hat. Er sei schon jetzt in der Lage, einige Schreiben der Brauereien sowie des Vorsitzenden des Brauereiringes als Antwort vorzulegen. Dieselben besagten sämtlich gleichmäßig, daß die Böttcher sich etwas gedulden möchten, bis der Ring seinen Beschluß gefaßt hat, welcher dem Vorsitzenden des Verbandes alsdann mitgeteilt werden soll. Einige Brauereiböttcher erklärten, daß anscheinend der Lohnzulage keine großen Hindernisse im Wege stehen; auch über den Neinstundentag ließe sich mit den Arbeitgebern ein Wort sprechen, besonders aber wegen des Arbeitsbeginns um 7 Uhr morgens. Es wurde beschlossen, sofort eine Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn das Antwortschreiben des Brauereiringes eingelaufen ist. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Verhältnisse der Zählstelle von B. r. d. l. in Spandau einer scharfen Kritik unterzogen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuhwaren-Industrie beschäftigten Personen fand am 17. Februar in den Residenzsaal Landbergerstraße, statt. Herrmann referierte über die Bedeutung des bevorstehenden Heimarbeiter-Kongresses für das Schuhmachergewerbe. Er stellte fest, daß gerade infolge der Heimararbeit die Löhne in verschiedenen Branchen des Berufs sehr heruntergegangen seien. Der eigentliche Grund der Heimararbeit sei in der Ball-, Filz- und Reifschuhfabrikation zu finden, wo der Lohnrückgang horrend sei. Auf dem Gebiete der Vörsen- und Marktarbeit sei infolge der Entwicklung der Technik die Heimindustrie zurückgegangen. Sie wäre hier längst verschwunden, wenn nicht immer noch durch größtmögliche Ausbeutung der Arbeitskräfte, die hausindustriell hergestellte Ware der mechanisch gefertigten Konkurrenz machte. Habe die mechanische Fabrikation auch zum Teil die Heimararbeit in der Schuhindustrie aufgehoben, so habe sie auf der anderen Seite wieder neue geschaffen. Die Kleinunternehmer, die finanziell nicht fähig seien, die neuesten Maschinen einzuführen, suchten sich der schärferen Konkurrenz der kapitalstärkeren Unternehmer durch Herabsetzung der Fabrikationskosten zu erwehren und drängen zu diesem Zwecke ihre Arbeiter nach Möglichkeit zur Heimararbeit. Weber, Brunow, Tiege, Berner, Krause, Walter, Hildebrandt schilderten die schon vom Referenten behandelten Zustände an der Hand von besonderen Beispielen und traten u. a. für die Ausbreitung der Organisation ein. Wilder schreckliches Elend wurde entrollt. Eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Delegationen zum Kongress sind seitens des Verbandes erfolgt. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Lohnzulage bei den Vörsen- und Reifschuhfabrikanten usw.“ wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. — Die Sperre bei K. u. S. besteht unverändert fort, wenn auch die Kollegen das Streikpostenstehen eingestellt haben.

Lichtenberg. Die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins nahm am 16. Februar den Bericht der sozialistischen Gemeindevertreter entgegen und erklärte sich mit deren Tätigkeit einverstanden. Der Bericht lehnte sich an die einzelnen Punkte des sozialistischen Kommunalwahlprogramms an und ließ erkennen, daß die Tätigkeit unserer Vertreter nicht ganz erfolglos gewesen sein kann. Der Bericht soll in einer öffentlichen Versammlung wiederholt werden. In der Besprechung der bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen wurden einzelne „Rechtsprüche“ derselben einer Kritik unterzogen. Am 1. und 2. März von 6 bis 8 Uhr abends finden im Lokale von Höflich die Wahlen zur Generalversammlung der hiesigen Orts-Krankenkasse statt. Auch hierzu wurde lebhaftere Agitation in den Interessententreffen empfohlen und Beteiligung erwartet. Am Schluß der Versammlung wurde noch gegen die Liebedienerei der Regierung Aufstand gegenüber Protest erhoben und das Spitzelwesen gekennzeichnet.

Grünau. Am Sonntag, den 31. Januar, tagte im Saale des Herrn Duchaufour eine stark besuchte öffentliche Gemeindevorwähler-Versammlung, in der Genosse Wegler in vortrefflicher Weise unser Gemeindeprogramm entrollte. Die Diskussion, in der auch die örtlichen Mißstände stark kritisiert wurden, war eine sehr interessante. Sehr kritisiert wurde besonders, daß noch immer kein genügender Schutz in der Uferstraße ist, wo im vorigen Jahre ein Fuhrwerk infolge Ortskenntnis des Lenkers in die Dahme hineinfuhr, ein Unfall, bei dem Pferde und Besizer hilflos ertrinken mußten, ist immer noch nur durch die in seiner Weise schubbedingende Straße gesperrt, so daß ein gleicher Unglücksfall sich jeden Tag wiederholen kann. Auch wunderte man sich sehr, daß die Grundbesitzerung zu einer Kirche am Orte so sehr beschleunigt wird, obgleich am Orte wirklich kein Bedürfnis dafür vorhanden ist. Als Kandidat der dritten Klasse wurde Genosse E. Neuen aufgestellt. Unter Verschiedenem wurde auch der Antrag auf Einberufung einer öffentlichen Versammlung angenommen, welche sich mit dem Kirchenbau am Orte beschäftigen soll.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Metropol. III. Masenball. Apollo. Frühlingstanz. Blütenhochzeit. Spezialitäten. Winter-Garten. Cléo de Mérode. Spezialitäten.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Der Erdball als Träger des Lebens. Um 4 Uhr (kleine Preise): An den Seen Oberitaliens. Hörspiel 8 Uhr: Prof. Dr. Müller: „Die Vernichtung der Pflanzenstoffe.“ Vom Leben zum Tode.

Theater. Sonnabend, 20. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: René König. Opern-Theater. Schauspielhaus. Die Braut von Messina. Deutsches. Robella d'Andrea. Berliner. Maria Theresia. Festung. Papstentwurf. Westen. Tempel und Jabin. (Anfang 7 Uhr) Neues. Minna von Barnhelm. Residenz. Der deutsche Gastwirt. Vorher: Die Empfehlung. Central. Das Schwalbennest. Belle-Alliance. Götterweiber. Thalia. Der Hochtourist.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Lustspiel in 4 Aufzügen von E. v. Holzogen u. H. Schumann. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Don Carlos. Sonntagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Montagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Ein Naturwunder: Die bildschönen Herkules-Brüder. Der Indianer-Riese Mianko Karoo.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Medea. Kleines Theater. Unter den Linden 44. Elektra. Anfang 8 Uhr. Morgen: Nachtsyl.

Thalia-Theater. Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440. Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren. Zum 172. Male: Der Hochtourist. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Charloys Tante.

Belle-Alliance-Theater. Belle-Allianzstr. 7/8. Amt VI 283. Anf. 7 1/2 Uhr. Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr. Heute und folgende Tage: Götterweiber. Kundst. Post mit Gefang und Tanz. Sonntagnachm. 3 Uhr bei kleineren Preisen: Von Stufe zu Stufe.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Der Veildhensfresser. Sonntagnachmittag: Minna von Barnhelm. Abends: Eine leichte Person. Montag: Die relegierten Studenten. Dienstag: Rean. Mittwoch: Minna von Barnhelm. Donnerstag: Eine leichte Person.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! Weltausstellung Paris 1900: höchster Preis der Ausstellung. Haentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherei. Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstrasse 82.

Central-Theater. Heute nachmittags 4 Uhr halbe Preise. Jeder Erwachsene ein Kind mit Extraplatz frei. Der gefielste Vater. Märchenstück mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. — Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest. Sonntagnachm. 3 Uhr halbe Preise: Die Fledermaus. Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Nachmittags 4 Uhr Kinder-Vorstellung 10, 25, 40 Pf. Die sieben Raben. Abends 8 Uhr: Der Bettelstudent von Berlin. Morgen nachm. 3 Uhr (Vorzeit 60 Pf.): Hse Römer. Abends 7 1/2 Uhr: Der Bettelstudent von Berlin.

W. Noacks Theater. Direction: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Heute wegen Feiertagsfeierlichkeit geschlossen. Sonntag: Graf Essex. Anf. 7 Uhr. Montag: Die Dame in Trauer.

Steidl-Theater. Linienstrasse 132. Oranienburger Thor. Gänzlich neues Programm. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf. (Vorzeit 40 Pf.).

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhmann, Schiffbauerdamm 142. Sonntagnachmittag 5 Uhr: Norddeutsche Säger. Nach der Vorstellung um 10 Uhr: Grosser Ball. Entree 30 Pf. Sperrstich 50 Pf. Montag: Goethe-Ensemble. Theater-Vorstellung. — Freitag.

Casino-Theater. Rotfingerringstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Die komische Operette. Die Cirkusfee. Vorh.: Das glänz. Februarprogramm. Sonntagnachm. 4 Uhr: Vortauschte Sohn.

